Bayerisches Landesamt für Statistik

Bayern in Zahlen

Fachzeitschrift für Statistik, Ausgabe 11|2022



20 Jahre Forschungsdatenzentrum der Statistischen Ämter der Länder

Verschuldung der kommunalen Körperschaften in Bayern 2021

Ergebnisse der Baumobstanbauerhebung 2022

www.statistik.bayern.de

Zeichenerklärung

0	mehr als nichts, aber weniger als die Hälfte der kleinsten in der Tabelle nachgewiesenen Einheit
–	nichts vorhanden oder keine Veränderung
/	keine Angaben, da Zahlen nicht sicher genug
·	Zahlenwert unbekannt, geheimzuhalten oder nicht rechenbar
...	Angabe fällt später an
x	Tabellenfach gesperrt, da Aussage nicht sinnvoll
( )	Nachweis unter dem Vorbehalt, dass der Zahlenwert erhebliche Fehler aufweisen kann
p	vorläufiges Ergebnis
r	berichtigtes Ergebnis
s	geschätztes Ergebnis
D	Durchschnitt
≙	entspricht
321	aktuellster Zahlenwert bzw. entsprechender vergleichbarer Vorjahreswert

Auf- und Abrunden

Im Allgemeinen ist ohne Rücksicht auf die Endsummen auf- bzw. abgerundet worden. Deshalb können sich bei der Summierung von Einzelangaben geringfügige Abweichungen zu den ausgewiesenen Endsummen ergeben. Bei der Aufgliederung der Gesamtheit in Prozent kann die Summe der Einzelwerte wegen Rundens vom Wert 100 % abweichen. Eine Abstimmung auf 100 % erfolgt im Allgemeinen nicht.

Impressum

Bayern in Zahlen
Fachzeitschrift für Statistik
Jahrgang 153. (76.)

Bestell-Nr. Z10001 202211
ISSN 0005-7215

Erscheinungsweise
monatlich

Herausgeber, Druck und Vertrieb
Bayerisches Landesamt für Statistik
Nürnberger Straße 95
90762 Fürth

Bildnachweis
Titel: © Xalanx – stock.adobe.com
Editorial: © Rolf Poss
Innen: © Bayerisches Landesamt für Statistik
(wenn nicht anders vermerkt)

Papier
Gedruckt auf umweltfreundlichem Papier,
chlorfrei gebleicht

Preise
Einzelheft 4,80 €
Jahresabonnement 46,00 €
zuzüglich Versandkosten
Datei kostenlos

Vertrieb
E-Mail vertrieb@statistik.bayern.de
Telefon 0911 98208-6311
Telefax 0911 98208-6638

Auskunftsdienst
E-Mail info@statistik.bayern.de
Telefon 0911 98208-6563
Telefax 0911 98208-6573

© **Bayerisches Landesamt für Statistik, Fürth 2022**
Vervielfältigung und Verbreitung, auch auszugsweise, mit Quellenangabe gestattet.

Hinweis: Diese Druckschrift wird im Rahmen der Öffentlichkeitsarbeit der Bayerischen Staatsregierung herausgegeben. Sie darf weder von Parteien noch von Wahlwerbern oder Wahlhelfern im Zeitraum von fünf Monaten vor einer Wahl zum Zwecke der Wahlwerbung verwendet werden. Dies gilt für Landtags-, Bundestags-, Kommunal- und Europawahlen. Missbräuchlich ist während dieser Zeit insbesondere die Verteilung auf Wahlveranstaltungen, an Informationsständen der Parteien sowie das Einlegen, Aufdrucken und Aufkleben parteipolitischer Informationen oder Werbemittel. Untersagt ist gleichfalls die Weitergabe an Dritte zum Zwecke der Wahlwerbung. Auch ohne zeitlichen Bezug zu einer bevorstehenden Wahl darf die Druckschrift nicht in einer Weise verwendet werden, die als Parteinahme der Staatsregierung zugunsten einzelner politischer Gruppen verstanden werden könnte. Den Parteien ist es gestattet, die Druckschrift zur Unterrichtung ihrer eigenen Mitglieder zu verwenden.

Sehr geehrte Leserinnen und Leser,



die Forschungsdatenzentren des Statistischen Bundesamtes und der Statistischen Ämter der Länder eröffnen der Wissenschaft den wichtigsten Zugang zu Einzeldaten der amtlichen Statistik. Das Forschungsdatenzentrum der Statistischen Ämter der Länder wurde im April 2002 – ein halbes Jahr nach dem Forschungsdatenzentrum des Statistischen Bundesamtes – errichtet. Im Februar 2003 unterzeichneten der damalige Präsident des Statistischen Bundesamtes, Johann Hahlen, und der Präsident des Bayerischen Landesamts für Statistik und Datenverarbeitung, Dr. Peter Bauer, in seiner Funktion als Vorsitzender des Lenkungsausschusses des FDZ der Statistischen Ämter der Länder die Kooperationsvereinbarung zwischen beiden Forschungsdatenzentren. Das 20-jährige Jubiläum nehmen wir zum Anlass, das Erreichte für Bayern und den Statistischen Verbund darzustellen und auf die Themen der kommenden Jahre für die Forschungsdatenzentren der amtlichen Statistik zu schauen. Die amtliche Statistik war mit den Forschungsdatenzentren Vorreiter im Verhältnis zwischen Wissenschaft und öffentlichen Datenproduzenten und in den letzten Jahren auch Vorbild für die Diskussionen über eine nationale Forschungsdateninfrastruktur. Umso wichtiger ist es, auch in Zukunft voranzuschreiten und die Möglichkeiten der Digitalisierung zu nutzen, unter Wahrung des Statistikgeheimnisses der Wissenschaft den Zugang zu anonymisierten Einzeldaten auch über Fernzugänge zu erschließen.

Der zweite Beitrag beschäftigt sich mit dem Stand der Verschuldung der kommunalen Körperschaften. Die Erfassung der staatlichen Finanzen ist eine klassische Aufgabe der amtlichen Statistik. Eine solide Finanz- und Schuldenpolitik stellt zukünftige staatliche Gestaltungsspielräume sicher. Wie im ersten Pandemiejahr 2020 zeigt die Verschuldung in den Kernhaushalten der kommunalen Körperschaften in Bayern auch im Jahr 2021 ein eingetrübtes Bild: Die Verschuldung in den Kernhaushalten der kommunalen Körperschaften weist eine Erhöhung um 437,3 Millionen Euro auf 13 996,2 Millionen Euro auf, das heißt, auf jeden Einwohner in Bayern treffen Schulden in Höhe von 1 064 Euro. Nahm die Verschuldung der kommunalen Haushalte bis 2019 noch ab, setzt sich die 2020 begonnene Trendwende nun fort. Aufgabe des Staates wird es nun sein, mit wirtschafts- und finanzpolitischen Maßnahmen gegenzusteuern, um unerwünschte ökonomische und soziale Folgen zu minimieren.

Ausgewählte Ergebnisse der Baumobstanbauerhebung 2022 finden Sie im dritten Beitrag. Diese findet alle fünf Jahre statt und zielt auf die Erfassung der marktrelevanten Anbauflächen für das Baumobst. Nach den aktuellen Ergebnissen liegt diese Fläche in Bayern bei 3 065 ha; sie wird von 906 Betrieben bewirtschaftet. Die Bedeutung größerer Betriebe ist gestiegen: So ist die Anzahl der Baumobstbetriebe gegenüber dem Jahr 2012 mit einem Minus von 12 Prozent rückläufig, während die betrachtete Anbaufläche um gut ein Viertel zugenommen hat. Der ökologische Anbau wird auch beim Baumobst immer gewichtiger: 195 Baumobstbetriebe wirtschaften im Jahr 2022 vollständig nach ökologischen Kriterien, die dazu gehörige Baumobstfläche umfasst 793 ha.

Ich wünsche Ihnen viel Freude beim Lesen.

Herzlichst



Dr. Gößl
Präsident

Statistik aktuell

7 Kurzmitteilungen

Beiträge aus der Statistik

25 20 Jahre Forschungsdatenzentrum der Statistischen Ämter der Länder
Das Daten- und Dienstleistungsangebot für wissenschaftliche Nutzungen von Mikrodaten der amtlichen Statistik

34 Verschuldung der kommunalen Körperschaften in Bayern 2021

43 Ergebnisse der Baumobstanbauerhebung 2022
Im Vergleich zu den Vorerhebungen 2017 und 2012 gewinnen größere Betriebe und der ökologische Anbau an Bedeutung

Rückschau

49 Die Obstanbauerhebung 2002

Bayerischer Zahlenspiegel

54 Tabellen

64 Graphiken

Neuerscheinungen

75 Statistische Berichte, Verzeichnisse

Kurzmitteilungen

Die Kurzmitteilungen umfassen eine Auswahl von bereits veröffentlichten Pressemitteilungen. Teilweise wird auf zugehörige Publikationen mit ausführlichen Ergebnissen verwiesen, die möglicherweise bei Erscheinen dieser Ausgabe von „Bayern in Zahlen“ noch nicht veröffentlicht sind.

Alle Statistischen Berichte sowie ausgewählte Publikationen (Informationelle Grundversorgung) sind zum kostenlosen Download verfügbar unter **www.statistik.bayern.de/produkte**

Die Zusendung eines (kostenpflichtigen) Ausdrucks ist auf Bestellung möglich unter:
Telefon 0911 98208-6311 | Telefax 0911 98208-6638 | vertrieb@statistik.bayern.de

A Bevölkerung, Gesundheitswesen, Gebiet, Erwerbstätigkeit

Leichter Anstieg der Fallzahlen in den bayerischen Vorsorge- oder Rehabilitationseinrichtungen im Jahr 2021

Durchschnittliche Bettenauslastung bei 65,2 Prozent

Nach Angaben des Bayerischen Landesamts für Statistik wurden im Jahr 2021 in den 240 bayerischen Vorsorge- oder Rehabilitationseinrichtungen insgesamt 277 024 Patientinnen und Patienten vollstationär behandelt (Fallzahl). Dies entspricht einer Zunahme um 5,0 Prozent. Die Bettenauslastung beträgt im Jahr 2021 durchschnittlich 65,2 Prozent gegenüber einem

Ergebnisse der Krankenhausstatistik Bayerns 2021: Grunddaten der Vorsorge- oder Rehabilitationseinrichtungen

Vorsorge- oder Rehabilitationseinrichtungen, Betten, Patientenbewegung und Vollkräfte	Vorsorge- oder Rehabilitationseinrichtungen insgesamt			davon nach Art des Trägers								
				öffentlich			freigemeinnützig			privat		
	2021	2020	Veränderung in %	2021	2020	Veränderung in %	2021	2020	Veränderung in %	2021	2020	Veränderung in %
	Anzahl											
Vorsorge- oder Rehabilitationseinrichtungen mit … Betten												
weniger als 100	132	141	*– 6,4*	31	34	*– 8,8*	41	44	*– 6,8*	60	63	*– 4,8*
100 oder mehr	108	106	*1,9*	29	30	*– 3,3*	10	7	*42,9*	69	69	–
Insgesamt	**240**	**247**	***– 2,8***	**60**	**64**	***– 6,3***	**51**	**51**	***0,0***	**129**	**132**	***– 2,3***
Bettenausstattung												
Aufgestellte Betten	29 328	29 318	*0,0*	7 186	7 317	*– 1,8*	3 468	3 211	*8,0*	18 674	18 790	*– 0,6*
Patientenbewegung (vollstationär)												
Pflegetage	6 974 726	6 418 847	*8,7*	1 862 697	1 659 933	*12,2*	865 521	705 066	*22,8*	4 246 508	4 053 848	*4,8*
Stationär behandelte Patienten (Fallzahl)	277 024	263 827	*5,0*	74 439	69 945	*6,4*	27 335	20 980	*30,3*	175 251	172 902	*1,4*
Durchschnittliche Bettenauslastung in %	*65,2*	*59,8*	*5,4*	*71,0*	*62,0*	*9,0*	*68,4*	*60,0*	*8,4*	*62,3*	*58,9*	*3,4*
Durchschnittliche Verweildauer in Tagen	25,2	24,3	*3,8*	25,0	23,7	*5,5*	31,7	33,6	*– 5,7*	24,2	23,4	*3,4*
Vollkräfte[1]												
Ärztliches Personal	1 568	1 657	*– 5,4*	503	531	*– 5,3*	134	141	*– 5,0*	931	985	*– 5,5*
Nichtärztliches Personal	16 134	16 840	*– 4,2*	4 349	4 369	*– 0,5*	1 831	1 687	*8,5*	9 954	10 783	*– 7,7*
darunter Pflegedienst	4 240	4 269	*– 0,7*	1 120	1 125	*– 0,4*	513	501	*2,4*	2 608	2 643	*– 1,3*

1 Es sind Rundungsdifferenzen in den Summen möglich, da diese auf Basis der Vollkräfte im Jahresdurchschnitt ermittelt werden.

Vorsorge- oder Rehabilitationseinrichtungen, Betten und Patientenbewegung in Bayern von 2002 bis 2021

Jahr	Vorsorge- oder Rehabilitationseinrichtungen insgesamt	Aufgestellte Betten insgesamt		Patientenbewegung [1]				
				Fallzahl		Pflegetage	durchschnittliche Verweildauer	Nutzungsgrad der Betten
	Anzahl		je 100 000 Einwohner [2]	Anzahl	je 100 000 Einwohner [2]	Tage		Prozent
2002	315	34 436	*275*	364 815	*2 910*	8 962 716	24,6	*71,3*
2003	305	32 632	*263*	330 974	*2 670*	8 226 070	24,9	*69,1*
2004	303	32 603	*262*	327 487	*2 635*	8 070 767	24,6	*67,6*
2005	302	32 628	*262*	332 032	*2 666*	8 143 550	24,5	*68,4*
2006	298	31 278	*251*	334 865	*2 684*	8 182 311	24,4	*71,7*
2007	302	32 004	*256*	361 220	*2 889*	8 719 927	24,1	*74,7*
2008	301	31 795	*254*	367 559	*2 936*	8 911 134	24,2	*76,6*
2009	299	31 631	*253*	366 085	*2 928*	8 906 153	24,3	*77,1*
2010	295	31 502	*252*	359 604	*2 872*	8 745 081	24,3	*76,1*
2011	289	31 365	*253*	351 784	*2 838*	8 539 820	24,3	*74,6*
2012	280	30 638	*245*	354 700	*2 842*	8 602 056	24,3	*76,7*
2013	269	30 355	*242*	363 840	*2 896*	8 559 777	23,5	*77,3*
2014	260	29 860	*236*	358 033	*2 831*	8 565 768	23,9	*78,6*
2015	253	29 290	*229*	353 853	*2 772*	8 520 145	24,1	*79,7*
2016	262	29 794	*231*	356 611	*2 767*	8 674 406	24,3	*79,5*
2017	260	29 436	*227*	358 603	*2 766*	8 742 021	24,4	*81,4*
2018	259	29 563	*227*	361 129	*2 770*	8 816 927	24,4	*81,7*
2019	250	29 475	*225*	363 756	*2 777*	8 872 560	24,4	*82,5*
2020	247	29 318	*223*	263 827	*2 009*	6 418 847	24,3	*59,8*
2021	240	29 328	*223*	277 024	*2 105*	6 974 726	25,2	*65,2*

1 Einschließlich Stundenfälle.
2 Bis 2011 wurde die durchschnittliche Bevölkerung als arithmetisches Mittel aus 12 Monatsmittelwerten berechnet. Seit 2012 wird die durchschnittliche Bevölkerung als arithmetisches Mittel zwischen den Beständen am Jahresanfang und am Jahresende berechnet.

Vorjahreswert von 59,8 Prozent. Im Jahr 2019 lag diese noch bei 82,5 Prozent. Die durchschnittliche Verweildauer stieg in 2021 auf 25,2 Tage an (in 2020: 24,3 Tage; 2019: 24,4 Tage). Insgesamt standen im Berichtsjahr 2021 in den bayerischen Vorsorge- oder Rehabilitationseinrichtungen 29 328 aufgestellte Betten, zehn Betten mehr als in 2020, zur Verfügung.

Wie das Bayerische Landesamt für Statistik mitteilt, wurden im Jahr 2021 insgesamt 277 024 Patientinnen und Patienten in bayerischen Vorsorge- oder Rehabilitationseinrichtungen vollstationär behandelt. Das bedeutet im Vergleich zum Vorjahr einen Anstieg um 13 197 Fälle (+5,0 Prozent). Parallel dazu erhöht sich die Anzahl der Pflegetage um 555 879 (+8,7 Prozent) auf nahezu 7,0 Millionen.

Die durchschnittliche Bettenauslastung steigt im Berichtsjahr auf 65,2 Prozent an, was einem Plus von 5,4 Prozentpunkten entspricht. In 2019 lag der Wert noch bei 82,5 Prozent. Die Aufenthaltsdauer in den Vorsorge- oder Rehabilitationseinrichtungen beträgt im Jahr 2021 durchschnittlich 25,2 Tage und steigt damit im Vergleich zum Vorjahr um 0,9 Tage.

Im Jahr 2021 standen in den 240 bayerischen Vorsorge- oder Rehabilitationseinrichtungen (sieben Einrichtungen weniger als 2020) insgesamt 29 328 Betten für die stationäre Versorgung zur Verfügung. Das sind zehn Betten mehr als im Vorjahr Der überwiegende Anteil der aufgestellten Betten befand sich mit 18 674 Betten in privater Trägerschaft (63,7 Prozent). In öffentlicher Trägerschaft sind 7 186 (24,5 Prozent) und in freigemeinnütziger Trägerschaft insgesamt 3 468 (11,8 Prozent) aufgestellte Betten vorhanden.

Insgesamt sind im Jahr 2021 im Jahresdurchschnitt 17 701 Vollkräfte (mit einem direkten Beschäftigungsverhältnis, ohne Schüler und Auszubildende sowie ohne Belegärzte und von

Belegärzten angestellte Ärzte) in den bayerischen Vorsorge- oder Rehabilitationseinrichtungen tätig. Davon gehören 1 568 Vollkräfte zum ärztlichen Dienst und 16 134 zum nichtärztlichen Dienst – darunter wiederum allein 4 240 Vollkräfte zum Pflegedienst.

Im Vergleich zum Vorjahr nimmt die Zahl der beschäftigten Vollkräfte im ärztlichen Dienst um 5,4 Prozent ab und im nichtärztlichen Dienst um 4,2 Prozent. Die Zahl der Vollkräfte im Pflegedienst verringert sich um 0,7 Prozent (–29 Vollkräfte).

Hinweise:
Regionalisierte Zahlen stehen nicht zur Verfügung.

Die hier berichtete einrichtungsbezogene „Fallzahl" wird durch folgende Formel ermittelt: (Vollstationäre Aufnahmen + Vollstationäre Entlassungen + Sterbefälle) / 2.

Ausführliche Ergebnisse enthält der Statistische Bericht „Krankenhausstatistik – Grunddaten, Diagnosen und Kostennachweis 2021", kostenlos abrufbar unter: www.statistik.bayern.de/statistik/bildung_soziales/gesundheitswesen

Immer mehr Privathaushalte in Bayern mit E-Bikes

Ergebnisse der Laufenden Wirtschaftsrechnungen (LWR) zeigen:
Anstieg an Haushalten mit E-Bikes seit 2019 um fast zwei Drittel

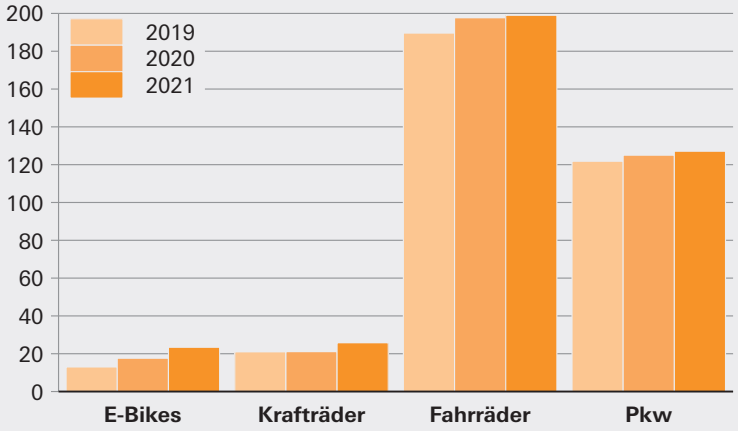
Elektrofahrräder werden immer häufiger Bestandteil des Fuhrparks bayerischer Haushalte. Während die Zahl der Haushalte mit mindestens einem Fahrrad ohne Elektroantrieb und der Haushalte mit mindestens einem Pkw zwischen 2019 und 2021 eher stagnierte, nahm die Zahl der Haushalte mit E-Bikes rasant zu.

Rund 929 000, also etwa 16 Prozent, der bayerischen Haushalte besitzen im Jahr 2021

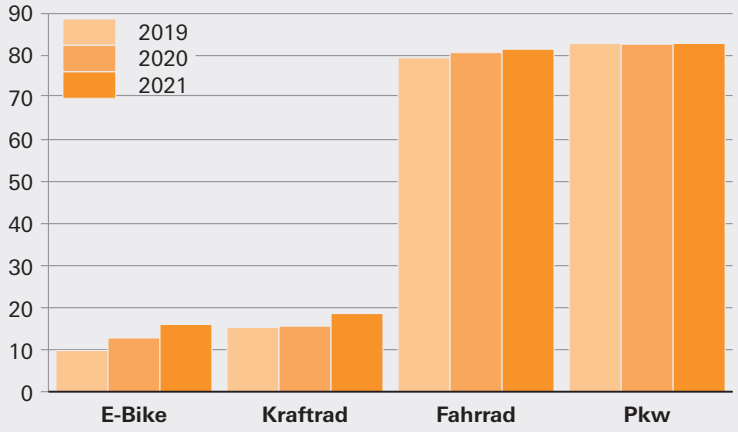
Bei Straßenverkehrsunfällen in Bayern verunglückte Fahrrad- bzw. Pedelec-Fahrende in den Jahren 2019 bis 2021

Art der Verkehrsbeteiligung, Altersgruppe	Berichtsjahr					
	2019		2020		2021	
	Verunglückte	dar. Getötete	Verunglückte	dar. Getötete	Verunglückte	dar. Getötete
	Anzahl					
Fahrrad (ohne Pedelec)						
unter 15	1 547	1	1 637	1	1 367	1
15 bis unter 18	734	–	760	1	654	–
18 bis unter 21	616	–	510	–	449	–
21 bis unter 25	819	–	798	1	737	–
25 bis unter 35	2 077	7	2 223	3	1 917	1
35 bis unter 45	1 649	–	1 767	1	1 457	2
45 bis unter 55	2 089	6	2 266	7	1 814	3
55 bis unter 65	2 104	6	2 411	5	2 063	12
65 bis unter 75	1 321	6	1 380	4	1 223	4
75 oder älter	1 345	33	1 346	20	1 233	18
Alter unbekannt	34	–	32	–	41	–
zusammen	**14 335**	**59**	**15 130**	**43**	**12 955**	**41**
Pedelec						
unter 15	17	–	33	–	57	–
15 bis unter 18	24	–	49	–	64	–
18 bis unter 21	20	–	26	–	50	–
21 bis unter 25	34	–	57	–	65	–
25 bis unter 35	114	–	211	–	232	2
35 bis unter 45	170	1	217	1	245	–
45 bis unter 55	317	3	460	3	483	1
55 bis unter 65	480	3	755	3	780	4
65 bis unter 75	401	4	640	7	664	2
75 oder älter	370	7	487	11	504	13
Alter unbekannt	–	–	4	–	2	–
zusammen	**1 947**	**18**	**2 939**	**25**	**3 146**	**22**

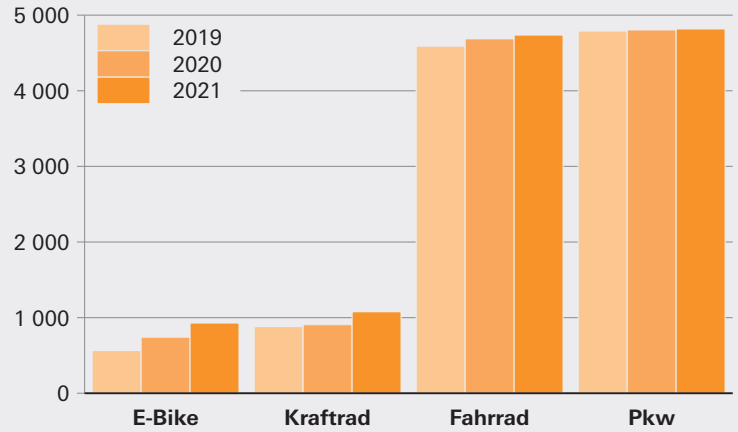
Anzahl der E-Bikes, Krafträder, Fahrräder oder Pkw je 100 Haushalte in Bayern 2019, 2020 und 2021
Stichtag 1. Januar



Anteil der Haushalte mit mindestens einem E-Bike, Kraftrad, Fahrrad oder Pkw in Bayern 2019, 2020 und 2021
in Prozent, Stichtag 1. Januar



Anzahl der Haushalte mit mindestens einem E-Bike, Kraftrad, Fahrrad oder Pkw in Bayern 2019, 2020 und 2021
Stichtag 1. Januar



mindestens ein E-Bike. Das sind 364 000 mehr als noch im Jahr 2019, als etwa jeder zehnte Haushalt (565 000 Haushalte) ein Elektrofahrrad hatte.

Auch der Anteil an Haushalten mit Krafträdern (darunter Motorräder, Mofas, Roller, E-Bikes mit Führerscheinpflicht) stieg zwischen 2019 und 2021 deutlich von 15 Prozent auf 19 Prozent an. Dagegen blieb die Zahl der Haushalte, die mindestens ein Fahrrad ohne Elektroantrieb besaßen, im selben Zeitraum bei etwa 80 Prozent bis 82 Prozent eher konstant, so auch die Zahl der Haushalte mit Pkw bei ungefähr 83 Prozent.

Dass das klassische Fahrrad in bayerischen Haushalten durch E-Bikes ersetzt wurde, können die Fachleute des Bayerischen Landesamts für Statistik den Zahlen nach allerdings nicht bestätigen. Auf 100 Haushalte kommen im Jahr 2021 etwa 23 Elektrofahrräder und 199 Fahrräder ohne Elektroantrieb. Zwischen 2019 und 2021 kamen pro 100 Haushalte durchschnittlich neben zehn E-Bikes jedoch auch neun Fahrräder ohne Elektroantrieb dazu. Im selben Zeitraum kamen im Schnitt auf 100 Haushalte weitere fünf Krafträder und Pkw hinzu.

Dem Trend folgend verunglücken auch immer mehr Menschen mit einem E-Bike im Straßenverkehr. Im Jahr 2021 wurden 3 146 Menschen, die mit einem E-Bike gefahren sind, bei einem Straßenverkehrsunfall getötet oder verletzt. Mehr als jemals zuvor. Gegenüber dem Jahr 2019 ist das eine Steigerung um 62 Prozent. Mehr als zwei Drittel der getöteten E-Bike-Fahrerinnen und -Fahrer im Jahr 2021 war im Seniorenalter.

Methodische Hinweise:
Datengrundlage sind die von der Polizei registrierten Straßenverkehrsunfälle 2019 bis 2021 und die Laufenden Wirtschaftsrechnungen (LWR) 2021. Ergebnisse für Haushalte, deren regelmäßiges monatliches Nettoeinkommen 18 000 Euro und mehr beträgt, bleiben in den LWR unberücksichtigt, da diese nicht beziehungsweise in viel zu geringer Zahl an der Erhebung teilnehmen. In die LWR werden nach den gesetzlichen Vorgaben Haushalte von Selbstständigen (Gewerbetreibende und selbstständige Landwirte und Landwirtinnen sowie freiberuflich Tätige) nicht einbezogen.

Die Angaben zur Ausstattung mit Gebrauchsgütern beziehen sich auf den Stichtag 1. Januar des Erhebungsjahres. Unter Elektrofahrrad beziehungsweise E-Bike werden Fahrräder mit unterstützendem Elektromotorantrieb ohne Führerscheinpflicht (Pedelecs) verstanden.

Durchschnittlicher Flächenverbrauch in Bayern beläuft sich auf 10,3 Hektar pro Tag im Jahr 2021

12,2 Prozent der Flächennutzung im Freistaat dienen Siedlung und Verkehr

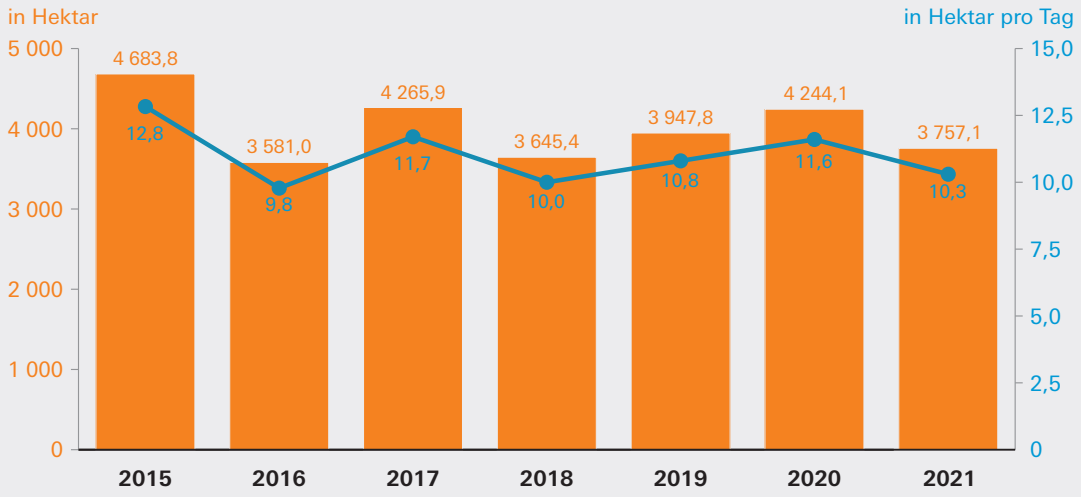
Mit 46,1 Prozent wird Ende 2021 knapp die Hälfte der Gesamtfläche Bayerns landwirtschaftlich genutzt. Ein weiteres gutes Drittel besteht aus Wald (35,3 Prozent). 863 192 Hektar beziehungsweise 12,2 Prozent der Fläche Bayerns dienen Siedlungs- und Verkehrszwecken. Beim Rest handelt es sich um sonstige Flächen, wie zum Beispiel Sümpfe und Moore, Wasserflächen und Abbauland. Wie das Expertenteam des Bayerischen Landesamts für Statistik weiter mitteilt, nimmt binnen Jahresfrist die Siedlungs- und Verkehrsfläche um 3 757 Hektar beziehungsweise 0,4 Prozent zu. Der tägliche Flächenverbrauch liegt damit 2021 bei durchschnittlich 10,3 Hektar pro Tag. Im Jahr zuvor lag der Wert bei 11,6 Hektar täglich. Da Siedlungs- und Verkehrsflächen in beachtlichem Umfang auch Grün- und Freiflächen umfassen, ist der Flächenverbrauch nicht mit Versiegelung (wie Überbauung, Betonierung oder Asphaltierung) gleichzusetzen. Untersuchungen des Landesamts für Umwelt weisen darauf hin, dass der Versiegelungsgrad bei etwa 51 Prozent der Siedlungs- und Verkehrsfläche liegt.

Nach Auswertungen des Liegenschaftskataster-Informationssystems (ALKIS) der Vermessungsverwaltung durch das Fachteam des Bayerischen Landesamts für Statistik beläuft sich die Siedlungs- und Verkehrsfläche (ohne Bergbau und Tagebau/Grube/Steinbruch) in Bayern zum Stichtag 31. Dezember 2021 auf 863 192 Hektar. Das entspricht 12,2 Prozent der bayerischen Landesfläche mit insgesamt 70 542 km².

Verkehrsflächen mit größtem Anteil an der Siedlungs- und Verkehrsfläche

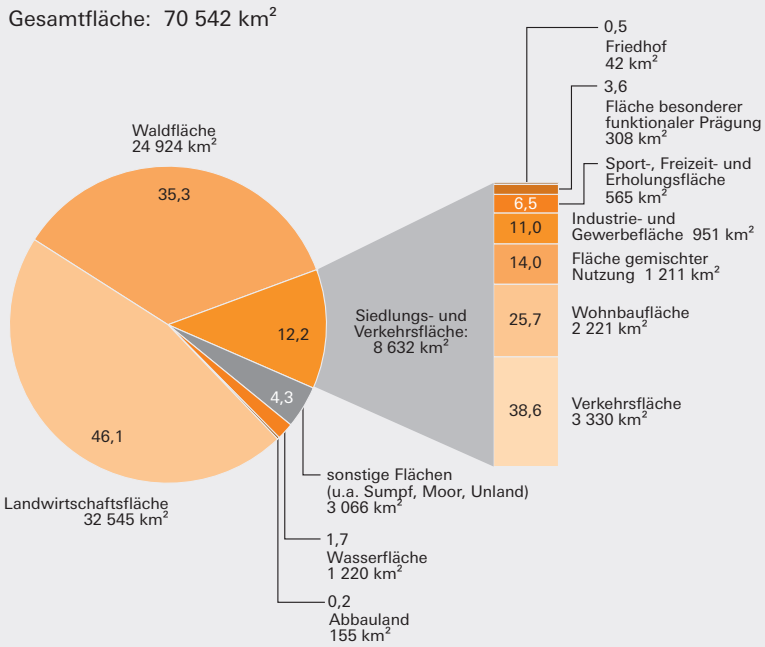
Mit 38,6 Prozent entfällt der weitaus größte Teil der Siedlungs- und Verkehrsfläche im Freistaat (ohne Bergbau und Tagebau/Grube/Steinbruch) auf Verkehrsflächen. Diese umfassen Straßen, Wege, Plätze, Schienen- und Luftverkehrsflächen sowie Flächen, die an Land den Schiffsverkehr betreffen. Es folgen die Wohnbauflächen mit 25,7 Prozent und die sogenannten „Flächen gemischter Nutzung“ mit 14,0 Prozent. Hierbei handelt es sich zum Beispiel um Gebäude, die sowohl Wohn- als auch Gewerbeflächen umfassen. Der Anteil der Industrie- und Gewerbeflächen, zu denen die Statistikerinnen und Statistiker auch die Nutzungsart „Handel- und Dienstleistung“ zählen, beläuft sich auf 11,0 Prozent. Der Rest entfällt auf Sport-, Freizeit- und Erholungsflächen (6,5 Prozent), sogenannte Flächen „besonderer funktionaler Prägung“ (3,6 Prozent),

Flächenverbrauch in Bayern in den Jahren 2015 bis 2021



Quelle: Das Amtliche Liegenschaftskatasterinformationssystem (ALKIS).

Bodenfläche Bayerns zum 31. Dezember 2021 nach Nutzungsarten
Ergebnisse der Flächenerhebung in Prozent



Siedlungs- und Verkehrsfläche in Bayern 2020 und 2021
Stichtag jeweils 31. Dezember

Nutzungsart	2020	2021
	in ha	
Siedlungsfläche	542 155	545 712
darunter Bergbau, Tagebau/Grube/Steinbruch	15 452	15 552
Verkehrsfläche	332 731	333 032
Siedlungs- (abzüglich Bergbau, Tagebau/Grube/Steinbruch) und Verkehrsfläche	859 434	863 192
Flächenverbrauch je Tag	11,6	10,3

Den Ergebnissen liegt die Systematik des Amtlichen Liegenschaftskatasterinformationssystems (ALKIS) zu Grunde. Der Vergleich mit vorangegangenen Jahren (Basis ALB-Daten) ist deutlich eingeschränkt.

Siedlungs- und Verkehrsfläche (SuV) und Flächenverbrauch der Regierungsbezirke Bayerns

Regierungsbezirke	Bodenfläche insgesamt	darunter Siedlungs- und Verkehrsfläche	Anteil SuV an Bodenfläche insgesamt	jährlicher Flächenverbrauch	Flächenverbrauch pro Tag
	in ha		in %	in ha	
Bayern	**7 054 157,5**	**863 191,6**	***12,2***	**3 757,1**	**10,3**
Oberbayern	1 752 909,6	218 970,6	*12,5*	907,2	2,5
Niederbayern	1 032 593,4	119 281,5	*11,6*	886,7	2,4
Oberpfalz	969 012,4	107 093,0	*11,1*	561,0	1,5
Oberfranken	723 112,2	88 112,0	*12,2*	297,3	0,8
Mittelfranken	724 368,6	101 016,8	*13,9*	377,7	1,0
Unterfranken	853 007,4	104 480,0	*12,2*	219,5	0,6
Schwaben	999 154,0	124 237,7	*12,4*	507,7	1,4

wie zum Beispiel öffentliche Gebäude und historische Anlagen, und nicht zuletzt auch Friedhöfe (0,5 Prozent).

Flächenverbrauch geht leicht zurück

Gegenüber dem Vorjahresstichtag nimmt die Siedlungs- und Verkehrsfläche um 3 757 Hektar beziehungsweise 0,4 Prozent zu. Der tägliche Flächenverbrauch, unter dem man die jährliche Veränderung der Siedlungs- und Verkehrsfläche zum Stichtag 31. Dezember versteht, sinkt damit 2021 im Vergleich zum Vorjahr leicht auf 10,3 Hektar pro Tag. Im Jahr zuvor lag der Wert bei 11,6 Hektar.

Da Siedlungs- und Verkehrsflächen in erheblichem Umfang auch Grün- und Freiflächen umfassen, kann der Flächenverbrauch nicht mit Versiegelung (Überbauung, Betonierung, Asphaltierung o. a.) gleichgesetzt werden. So umfassen beispielsweise die dem Wohnbau oder der Industrie- und dem Gewerbe zugerechneten Flächen neben den bebauten auch alle zugehörigen (unbebauten) Freiflächen. Hierzu zählen zum Beispiel Hofräume, Spielplätze, Grünflächen oder Stellplätze.

Regionalvergleich: Niederbayern mit höchstem – Unterfranken mit niedrigstem Flächenverbrauch

In den Regierungsbezirken liegt der Anteil der Siedlungs- und Verkehrsfläche an der jeweiligen Gesamtfläche zwischen 11,1 Prozent (Oberpfalz) und 13,9 Prozent (Mittelfranken). Am deutlichsten wächst im Jahr 2021 die Siedlungs- und Verkehrsfläche mit einem Plus von 0,7 Prozent (887 Hektar insgesamt) in Niederbayern. Die kleinste Zuwachsrate errechnen die Statistiker mit 0,2 Prozent (220 Hektar insgesamt) für den Regierungsbezirk Unterfranken.

Zur Methodik

Bei der Flächenstatistik handelt es sich um eine sekundärstatistische Auswertung von Daten der Bayerischen Vermessungsverwaltung. Die Erhebungsgrundlage stellt seit 2016 bundesweit das Amtliche Liegenschaftskataster-Informationssystem (ALKIS) dar. Mit der neuen Erhebungsgrundlage wurde der vereinbarte Nutzungsartenkatalog verändert. Vor 2016 basierte die Erhebung auf der Systematik der Automatisierten Liegenschaftsbücher (ALB). Der Vergleich von ALKIS-Ergebnissen

mit ALB-Ergebnissen des Zeitraums vor 2016 ist nur eingeschränkt möglich.

Die zugrundeliegenden Daten basieren auf aktuellen Luftbildaufnahmen, den Daten land- und forstwirtschaftlicher Verwaltungsstellen sowie Erhebungen vor Ort. Die Ämter für Digitalisierung, Breitband und Vermessung (ÄDBV) nehmen dabei auch regelmäßig Korrekturen und Neubewertungen vor. Infolgedessen können Flächen und Objekte im Jahresverlauf auch neuen Nutzungsarten zugeordnet werden, zum Beispiel der Wohnbaufläche statt der Fläche gemischter Nutzung.

Die Siedlungs- und Verkehrsfläche errechnet sich aus den Nutzungsartenkategorien „Siedlungsfläche“ und „Verkehrsfläche“ abzüglich „Bergbau“ und „Tagebau/Grube/Steinbruch“. Der Flächenverbrauch errechnet sich aus der Veränderung der Siedlungs- und Verkehrsfläche zum Stichtag 31. Dezember und wird in der Regel in Hektar pro Tag angegeben.

Hinweise:
Regionalisierte Zahlen der Flächenerhebung nach Art der tatsächlichen Nutzung sind in der Datenbank Genesis abrufbar unter: www.statistikdaten.bayern.de

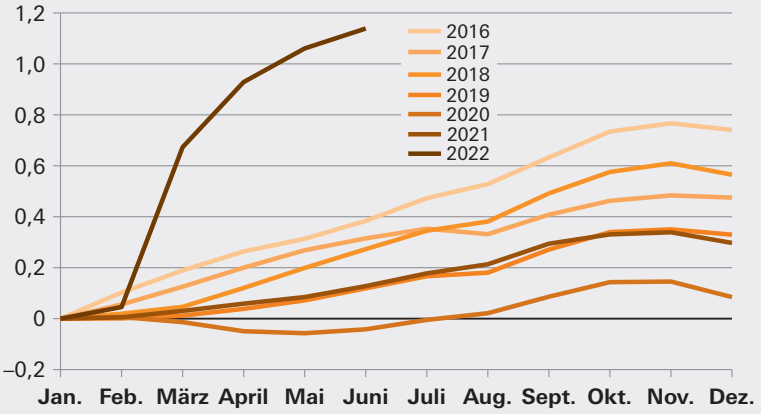
Ausführliche Ergebnisse enthält der Statistische Bericht „Flächenerhebung nach Art der tatsächlichen Nutzung in Bayern zum Stichtag 31. Dezember 2021“, kostenlos abrufbar unter: www.statistik.bayern.de/statistik/gebiet_bevoelkerung/gebiet

Bayerns Bevölkerung wächst im ersten Halbjahr 2022 um mehr als 150 000 Personen

Einwohnerzahl des Freistaats am 30.06.2022 bei rund 13,33 Millionen

Nach Mitteilung der Expertinnen und Experten des Bayerischen Landesamts für Statistik verzeichnet der Freistaat im ersten Halbjahr 2022 einen Bevölkerungsanstieg um rund 154 100 Personen. Es handelt sich um den stärksten Anstieg der Einwohnerzahlen innerhalb eines Halbjahres seit Beginn der quartalsweisen Ausweisung der Einwohnerzahlen im Jahr 1971 und ist eine direkte Folge des Krieges in der Ukraine. Zu Jahresbeginn leben knapp 27 400 Personen mit ukrainischer Staatsangehörigkeit in Bayern. Am 30.06.2022 sind es fast 147 600 Personen. Insgesamt verzeichnet Bayern im ersten Halbjahr 2022 einen Wanderungsgewinn in Höhe von rund 175 300 Personen, wodurch das bestehende Geburtendefizit von etwa 14 900 Personen ausgeglichen werden konnte. Hinzu kommt ein Minus von gut 6 300 buchungstechnischen Korrekturen der Kommunen.

Entwicklung der Einwohner Bayerns 2016 bis 2022
Prozentuale Veränderung im Vergleich zum Januar des jeweiligen Jahres



Am 30. Juni 2022 leben im Freistaat 13 331 119 Menschen und damit 154 130 mehr als Ende des Jahres 2021 (13 176 989 Personen). Seit Beginn der quartalsweisen Ausweisung der Einwohnerzahlen im Jahr 1971 hat es in Bayern keinen vergleichbaren Anstieg der Einwohnerzahlen innerhalb eines Halbjahres gegeben. Die starke Zunahme der Bevölkerung Bayerns im ersten Halbjahr 2022 ist vor allem eine Auswirkung des Krieges in der Ukraine, denn die Zahl der in Bayern gemeldeten Ukrainerinnen und Ukrainer ist in den ersten sechs Monaten dieses Jahres um 120 211 Personen auf nun 147 595 Personen angestiegen.

Wie das Expertenteam des Bayerischen Landesamts für Statistik nach der Auswertung vorläufiger Daten mitteilt, wurden für das erste Halbjahr dieses Jahres bisher 58 992 Lebendgeburten verzeichnet. Nach dem Geburtenhoch aus dem Jahr 2021, ist die Zahl der Geburten deutlich zurück gegangen. Weniger Lebendgeborene

innerhalb der ersten sechs Monate eines Jahres wurden zuletzt im Jahr 2015 (56 894) registriert. Zudem überstieg die Zahl der Gestorbenen mit 73 842 Fällen die Zahl der Geburten, wodurch ein Geburtendefizit in Höhe von 14 850 entstand.

Das Geburtendefizit Bayerns wird jedoch durch Wanderungsüberschüsse sowohl aus den anderen Bundesländern (2 088 Personen) als auch aus dem Ausland (173 225 Personen, darunter 120 916 ukrainische Staatsangehörige) kompensiert, sodass die bayerische Bevölkerung zwischen Januar und Juni 2022 insgesamt wächst.

Die verbleibende rechnerische Abweichung zur Gesamtveränderung in Höhe eines Minus von rund 6 300 Personen beruht auf „sonstigen Veränderungen", unter die beispielsweise Korrekturbuchungen und Nachmeldungen der Kommunen fallen.

Hinweise:
Die Zahlen der natürlichen Bevölkerungsbewegung und der Wanderungen bis zum Stichtag 30.6.2022 geben den jeweils aktuellen Stand im noch nicht abgeschlossenen Berichtsjahr wieder. Bis zum Ende des Jahres können noch Nachmeldungen der Städte und Gemeinden für die einzelnen Monate erfolgen, sodass sich die endgültigen Monatsergebnisse noch ändern können.

Die Bevölkerungszahlen ab Mai 2022 werden vorerst weiter auf Grundlage des Zensus 2011 fortgeschrieben. Die Zahlen werden jedoch auf Basis des Zensus 2022 revidiert, wenn diese – voraussichtlich Ende 2023 – zur Verfügung stehen.

Ausführliche Ergebnisse zu den Einwohnerzahlen enthält die Datenbank GENESIS-Online, kostenlos abrufbar unter www.statistikdaten.bayern.de sowie der „Bevölkerungsstatistische Quartalsbericht: Daten zu Einwohnern, Sterbefällen, Geburten, Eheschließungen und Wanderungen bis zum II. Quartal 2021", kostenlos abrufbar unter: www.statistik.bayern.de/statistik/gebiet_bevoelkerung/bevoelkerungsstand

Alle Daten sind in der Datenbank GENESIS-online abrufbar unter: www.statistikdaten.bayern.de/genesis/online?operation=tables&code=12*-BQB

E Produzierendes Gewerbe, Handwerk

101 098 bayerische Handwerksunternehmen erzielen im Jahr 2020 einen Umsatz in Höhe von 129,6 Milliarden Euro

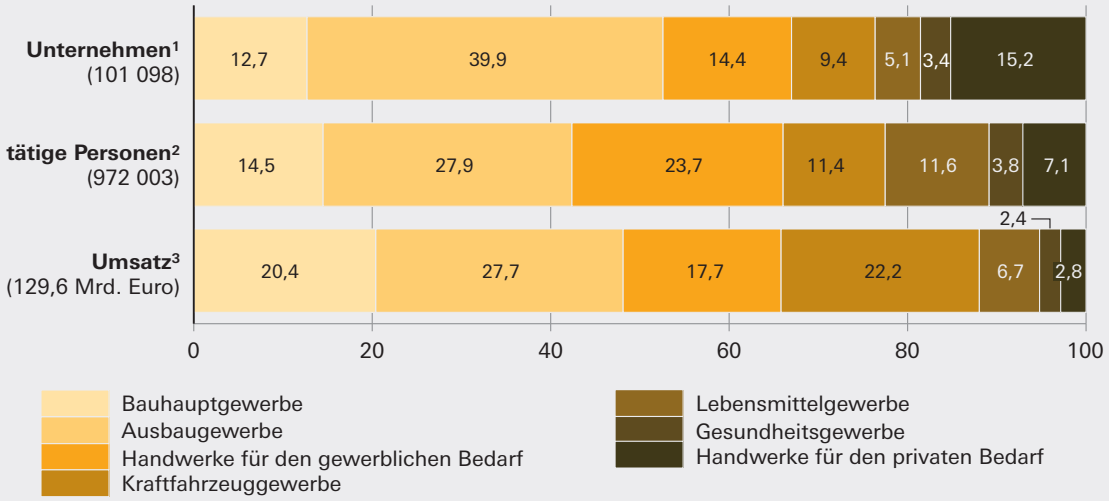
Ausbaugewerbe weiter bedeutendste Gewerbegruppe: 40 319 Handwerksunternehmen mit 271 081 tätigen Personen verbuchen 35,9 Milliarden Euro Jahresumsatz

Nach Mitteilung der Fachgruppe im Bayerischen Landesamt für Statistik umfasst das Handwerk im Freistaat im Jahr 2020 insgesamt 101 098 selbstständige Handwerksunternehmen. In diesen Handwerksunternehmen sind jahresdurchschnittlich insgesamt 972 003 Personen tätig. Das zulassungspflichtige Handwerk beschäftigt 833 829 Personen und das zulassungsfreie Handwerk 138 174 Personen. Von allen Handwerksunternehmen zusammen wird 2020 ein Jahresumsatz von insgesamt 129,6 Milliarden Euro erzielt. Je Handwerksunternehmen bedeutet das einen durchschnittlichen Jahresumsatz von 1,28 Millionen Euro und je tätige Person von 133 303 Euro. Die Vergleichsumsätze im Jahr 2019 betragen 1,24 Millionen Euro und 130 072 Euro. Mit insgesamt 40 319 sind auch im Jahr 2020 die meisten Handwerksunternehmen im Ausbaugewerbe tätig.

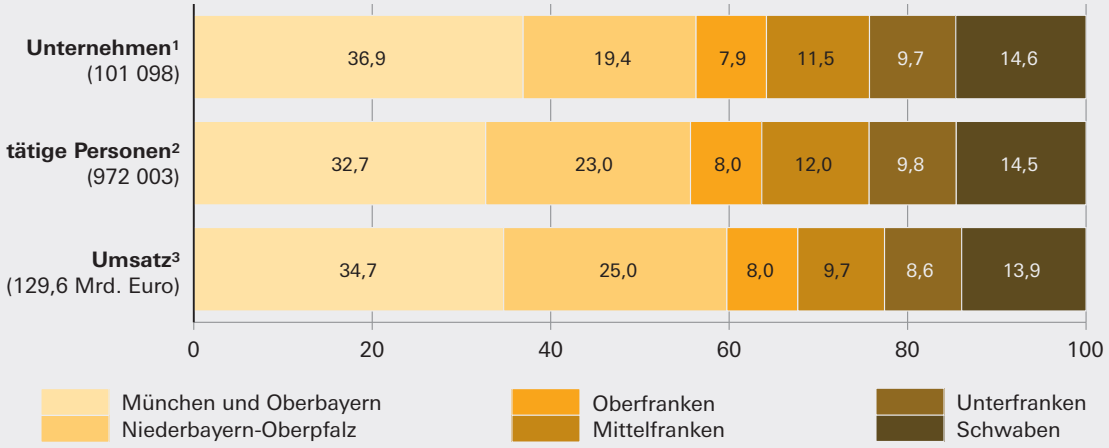
Im Jahr 2020 sind im Freistaat insgesamt 101 098 selbstständige Handwerksunternehmen tätig. Laut Bayerischem Landesamt für Statistik erzielen diese Handwerksunternehmen* 2020 einen Jahresumsatz von 129,6 Milliarden Euro mit jahresdurchschnittlich insgesamt 972 003 tätigen Personen. Dementsprechend errechnet sich für das Handwerk in Bayern 2020 ein durchschnittlicher Jahresumsatz je tätige Person von 133 303 Euro gegenüber 130 072 Euro im Jahr zuvor. Je Handwerksunternehmen sind 2020 wie 2019 im Mittel zehn Personen beschäftigt.

Auch im aktuellen Berichtsjahr ist das Ausbaugewerbe die bedeutendste Gewerbegruppe im bayerischen Handwerk. Zu dieser Gewerbegruppe zählen 40 319 Unternehmen ausschließlich des zulassungspflichtigen Handwerks (gemäß im Februar 2020 geänderter Handwerksordnung). Das sind immerhin zwei Fünftel aller bayerischen Handwerksunternehmen im Jahr 2020. Gemessen am Jahresumsatz beziehungsweise an der Beschäftigung bemisst sich das Gewicht der ausbaugewerblichen Unternehmen am Handwerk

Handwerksunternehmen, tätige Personen und Umsatz in Bayern 2020
nach Gewerbegruppen
in Prozent



nach Handwerkskammerbezirken
in Prozent



1 Nur Unternehmen (einschl. der inzwischen inaktiven Unternehmen) mit steuerbarem Umsatz aus Lieferungen und Leistungen und/oder mit sozialversicherungspflichtig oder geringfügig entlohnten Beschäftigten im Berichtsjahr 2020.
2 Im Jahresdurchschnitt 2020; einschließlich tätiger Inhaber (geschätzt).
3 Mit geschätzten Umsätzen bei Organschaftsmitgliedern; ohne Umsatzsteuer.

insgesamt mit 35,9 Milliarden Euro Umsatz beziehungsweise 271 081 tätigen Personen auf jeweils fast 28 Prozent.

Von den im Jahr 2020 festgestellten 101 098 Handwerksunternehmen im Freistaat entfallen 36,9 Prozent auf den Kammerbezirk München und Oberbayern sowie 19,4 Prozent auf den Kammerbezirk Niederbayern-Oberpfalz. Die Unternehmensanteile der vier anderen bayerischen Handwerkskammerbezirke betragen zwischen 7,9 Prozent beim Kammerbezirk Oberfranken und 14,6 Prozent beim Kammerbezirk Schwaben. In den 25 kreisfreien Städten Bayerns haben 20 637 Handwerksunternehmen ihren Sitz und in den 71 bayerischen Landkreisen zusammen 80 461 Handwerksunternehmen.

Den Blick auf die Anzahl der Beschäftigten gerichtet, bilden Handwerksunternehmen mit weniger

Handwerksunternehmen, tätige Personen und Umsatz nach Gewerbegruppen in Bayern 2020
Ergebnisse der Registerauswertung für das Handwerk

Gewerbegruppe	Handwerksunternehmen[1]	Tätige Personen im Jahresdurchschnitt 2020				Umsatz[3] 2020	
		insgesamt[2]	darunter		je Unternehmen	insgesamt	je tätige Person
			sozialversicherungspflichtig Beschäftigte	geringfügig entlohnte Beschäftigte			
	Anzahl					in 1 000 €	in €
Handwerk insgesamt							
Bauhauptgewerbe	12 839	140 816	119 413	8 208	11	26 451 957	187 848
Ausbaugewerbe	40 319	271 081	208 225	21 273	7	35 911 996	132 477
Handwerke für den gewerblichen Bedarf	14 563	230 081	175 998	39 105	16	22 931 527	99 667
Kraftfahrzeuggewerbe	9 481	111 235	91 716	9 614	12	28 783 113	258 760
Lebensmittelgewerbe	5 134	113 227	85 274	22 537	22	8 740 116	77 191
Gesundheitsgewerbe	3 415	36 670	29 064	3 949	11	3 064 899	83 581
Handwerke für den privaten Bedarf	15 347	68 893	42 262	10 674	4	3 686 979	53 517
Insgesamt	**101 098**	**972 003**	**751 952**	**115 360**	**10**	**129 570 587**	**133 303**
Veränderung ggü. 2019 in %	*– 0,3*	*0,8*	*1,3*	*– 0,9*	*1,1*	*3,4*	*2,5*
Zulassungspflichtiges Handwerk							
Bauhauptgewerbe	11 089	136 427	117 189	7 830	12	26 051 460	190 955
Ausbaugewerbe	40 319	271 081	208 225	21 273	7	35 911 996	132 477
Handwerke für den gewerblichen Bedarf	9 158	125 926	107 669	8 843	14	19 086 985	151 573
Kraftfahrzeuggewerbe	9 481	111 235	91 716	9 614	12	28 783 113	258 760
Lebensmittelgewerbe	4 637	105 865	80 106	20 866	23	7 607 034	71 856
Gesundheitsgewerbe	3 415	36 670	29 064	3 949	11	3 064 899	83 581
Handwerke für den privaten Bedarf	11 267	46 625	28 143	6 795	4	1 977 289	42 408
Insgesamt	**89 366**	**833 829**	**662 112**	**79 170**	**9**	**122 482 776**	**146 892**
Veränderung[4] ggü. 2019 in %	*11,2*	*4,9*	*4,5*	*1,0*	*– 5,7*	*6,9*	*1,9*
Zulassungsfreies Handwerk							
Bauhauptgewerbe	1 750	4 389	2 224	378	3	400 497	91 250
Handwerke für den gewerblichen Bedarf	5 405	104 155	68 329	30 262	19	3 844 542	36 912
Lebensmittelgewerbe	497	7 362	5 168	1 671	15	1 133 082	153 910
Handwerke für den privaten Bedarf	4 080	22 268	14 119	3 879	5	1 709 690	76 778
Insgesamt	**11 732**	**138 174**	**89 840**	**36 190**	**12**	**7 087 811**	**51 296**
Veränderung[4] ggü. 2019 in %	*– 44,2*	*– 18,1*	*– 17,6*	*– 4,9*	*46,8*	*– 34,4*	*– 19,8*

1 Nur Unternehmen (einschließlich der inzwischen inaktiven Unternehmen) mit steuerbarem Umsatz aus Lieferungen und Leistungen und/oder mit sozialversicherungspflichtig oder geringfügig entlohnten Beschäftigten im Berichtsjahr 2020.
2 Einschließlich tätiger Unternehmer (geschätzt).
3 Mit geschätzten Umsätzen bei Organschaftsmitgliedern; ohne Umsatzsteuer.
4 Bedingte Aussagekraft. Aufgrund der Änderung der Handwerksordnung (HWO) im Februar 2020 sind zwölf zulasssungsfreie Gewerbezweige in das zulassungspflichtige Handwerk gewechselt. In das zulassungsfreie Handwerk wurden die Nr. 54 „Holz- und Bautenschützer (Mauerschutz und Holzimprägnierung in Gebäuden)“ und Nr. 55 „Bestatter“ aus der früheren HWO Anlage B Abschnitt 2 (handwerksähnliches Gewerbe) aufgenommen.

als fünf tätigen Personen im Freistaat weiterhin die Mehrheit. Im aktuellen Berichtsjahr beschäftigen 60,7 Prozent aller Handwerksunternehmen jeweils höchstens vier Personen. Bei insgesamt 122 983 tätigen Personen in dieser Unternehmensgrößenklasse kommt dieser ein Beschäftigtenanteil von 12,7 Prozent zu und bei 11,2 Milliarden Euro Umsatz ein Umsatzanteil von 8,6 Prozent. Große Handwerksunternehmen mit mindestens 50 tätigen Personen gibt es in Bayern 2 437. Allerdings beschäftigen diese großen Handwerksunternehmen 39,9 Prozent aller Arbeitskräfte im bayerischen Handwerk und erwirtschaften 49,7 Prozent vom gesamten Umsatz.

* Das Handwerksunternehmen ist definiert als kleinste rechtlich selbstständige Einheit, die aus handels- und/oder steuerrechtlichen Gründen Bücher führt und zudem dem zulassungspflichtigen oder dem zulassungsfreien Handwerk angehört. Die zulassungspflichtigen Gewerbezweige sind in Anlage A, die zulassungsfreien Gewerbezweige sind in Anlage B Abschnitt 1 der Handwerksordnung aufgeführt.

Hinweise:
Ausführliche Ergebnisse bis auf Kreisebene sowie in tieferer fachlicher Untergliederung enthält der Statistische Bericht „Handwerk in Bayern – Ergebnisse der Registerauswertung 2020", kostenlos abrufbar unter: www.statistik.bayern.de/statistik/wirtschaft_handel/handwerk

G Handel, Tourismus, Gastgewerbe

Importe der bayerischen Wirtschaft steigen mit einem Zuwachs von 18,7 Prozent auch im Juli 2022 deutlich

Exporte nehmen um 9,9 Prozent zu

Nach vorläufigen Ergebnissen des Bayerischen Landesamts für Statistik zur Außenhandelsstatistik wachsen die Exporte der bayerischen Wirtschaft im Juli 2022 gegenüber dem Juli 2021 um 9,9 Prozent auf 18,0 Milliarden Euro. Zeitgleich steigen die Importe um 18,7 Prozent auf 20,4 Milliarden Euro. In den ersten sieben Monaten 2022 erhöhen sich die Exporte gegenüber dem Vorjahreszeitraum um 9,3 Prozent auf 120,0 Milliarden Euro. Die Importe nehmen um 18,1 Prozent auf 141,9 Milliarden Euro zu.

Wie das Bayerische Landesamt für Statistik nach den vorläufigen Ergebnissen der Außenhandelsstatistik berichtet, steigen die Ausfuhren der bayerischen Wirtschaft im Juli 2022 gegenüber dem Vorjahresmonat um 9,9 Prozent auf gut 18,0 Milliarden Euro. Nach den zweistelligen Zuwächsen im Mai mit + 17,8 Prozent und Juni mit + 15,6 Prozent geht die Steigerungsrate damit wieder zurück.

Die Einfuhren wachsen im Juli 2022 unterdessen um 18,7 Prozent auf knapp 20,4 Milliarden Euro. Auch hier flacht das Wachstum ab, nachdem im Mai und Juni Zuwächse von 29,0 Prozent beziehungsweise 21,3 Prozent verzeichnet worden waren.

Die bedeutendsten Ausfuhrländer für die bayerische Wirtschaft sind die Vereinigten Staaten, Österreich, die Volksrepublik China, Italien, Frankreich und das Vereinigte Königreich. Die höchsten Einfuhrwerte nach Bayern verzeichnen die Volksrepublik China, Österreich, Tschechien, Italien, die Vereinigten Staaten, Polen und Ungarn. Mit einem Zuwachs seiner Importe nach Bayern von gut 79 Prozent lag Kasachstan im Juli 2022 auf Rang 10 der Importländer. Mit einem Importwert von 515,8 Millionen Euro war Kasachstan im Juli 2022 das wichtigste Importland für „Erdöl und Erdgas" nach Bayern vor der Russischen Föderation mit 354,0 Millionen Euro.

Die wichtigsten Exportgüter der bayerischen Wirtschaft sind „Maschinen zusammen", „Personenkraftwagen und Wohnmobile", „Geräte zur Elektrizitätserzeugung und -verteilung" sowie „Fahrgestelle, Karosserien, Motoren, Teile und Zubehör für Kraftfahrzeuge und dergleichen". Die höchsten Importwerte nach Bayern verbuchen „Maschinen zusammen", „Geräte zur Elektrizitätserzeugung und -verteilung", „elektronische Bauelemente", „Erdöl und Erdgas", „Fahrgestelle, Karosserien, Motoren, Teile und Zubehör für Kraftfahrzeuge und dergleichen" sowie „Personenkraftwagen und Wohnmobile".

In den ersten sieben Monaten 2022 steigen die Exporte der bayerischen Wirtschaft gegenüber dem Vorjahreszeitraum um 9,3 Prozent auf knapp 120,0 Milliarden Euro. Die Importe nehmen um 18,1 Prozent auf über 141,9 Milliarden Euro zu.

Hinweise:
Regionale Zahlen stehen nicht zur Verfügung.

Ausführliche Ergebnisse enthält der Statistische Bericht „Ausfuhr und Einfuhr Bayerns im Juli 2022" (Bestellnummer: G3000C 202207), kostenlos abrufbar unter: www.statistik.bayern.de/statistik/wirtschaft_handel/handel

Der Außenhandel Bayerns im Juli und von Januar bis Juli 2022

Vorläufige Ergebnisse

Erdteil / Ländergruppe / Land ——— Warenuntergruppe	Ausfuhr im Spezialhandel		Einfuhr im Generalhandel	
	insgesamt	Veränderung gegenüber dem Vorjahr	insgesamt	Veränderung gegenüber dem Vorjahr
	in 1 000 €	in %	in 1 000 €	in %
	Juli			
Europa	11 404 744	*9,0*	12 945 602	*10,4*
darunter EU-Länder (EU-27)	9 223 931	*10,1*	10 691 506	*8,4*
darunter Euro-Länder	6 644 172	*9,9*	6 603 304	*13,5*
darunter Frankreich	1 039 403	*– 6,0*	761 673	*9,4*
Niederlande	750 082	*20,1*	904 218	*9,5*
Italien	1 186 444	*2,1*	1 211 130	*0,3*
Spanien	489 476	*2,4*	375 797	*12,6*
Österreich	1 799 026	*27,9*	1 835 929	*25,7*
Belgien	509 622	*0,8*	449 959	*14,1*
Polen	833 034	*17,0*	1 033 813	*– 18,3*
Tschechien	582 881	*8,3*	1 344 355	*9,8*
Ungarn	391 340	*10,8*	1 002 821	*13,6*
Vereinigtes Königreich	966 388	*14,1*	481 469	*39,2*
Schweiz	589 720	*18,0*	488 890	*4,1*
Russische Föderation	96 840	*– 63,1*	420 256	*– 0,5*
Afrika	234 052	*13,2*	311 653	*– 8,1*
Amerika	2 796 084	*9,2*	1 430 700	*30,2*
darunter Vereinigte Staaten	2 145 161	*7,1*	1 206 539	*33,3*
Asien	3 424 052	*13,3*	5 650 578	*42,1*
darunter Volksrepublik China	1 710 398	*14,9*	2 890 316	*51,9*
Kasachstan	20 632	*92,5*	517 203	*79,3*
Taiwan	141 596	*– 0,7*	413 542	*42,9*
Australien-Ozeanien	177 703	*5,7*	22 299	*– 13,1*
Verschiedenes[1]	8 932	*.*	20 417	*90,3*
Insgesamt	**18 045 566**	***9,9***	**20 381 249**	***18,7***
darunter Eisen-, Blech- und Metallwaren, a.n.g.	377 874	*0,0*	506 044	*3,0*
elektronische Bauelemente	338 456	*5,3*	1 423 211	*45,7*
elektrotechnische Erzeugnisse, a.n.g.	304 042	*9,0*	445 178	*0,9*
Erdöl und Erdgas	–	*x*	1 355 537	*39,3*
Fahrgestelle, Karosserien, Motoren[2]	1 091 506	*– 3,8*	1 314 646	*14,2*
Geräte zur Elektrizitätserzeugung u. -verteilung	1 235 550	*5,1*	1 661 856	*24,0*
Kunststoffe	409 402	*12,4*	298 480	*7,0*
medizinische Geräte und orthopädische Vorrichtungen	591 590	*6,9*	194 238	*– 4,7*
mess-, steuerungs- und regelungstechnische Erzeugnisse	576 994	*1,5*	323 926	*1,1*
Mineralölerzeugnisse	447 946	*132,7*	66 039	*6,4*
nachrichtentechnische Geräte u. Einrichtungen	148 963	*11,0*	494 482	*22,0*
Personenkraftwagen und Wohnmobile	2 858 493	*22,3*	1 172 241	*44,9*
Waren aus Kunststoffen	484 791	*– 6,0*	366 027	*3,9*
Bekleidung zusammen (EGW801 bis EGW807[3])	163 362	*259,2*	522 320	*11,5*
Maschinen zusammen (EGW841 bis EGW859[3])	2 902 127	*– 0,8*	1 872 106	*– 1,9*

1 Schiffs- und Flugzeugbedarf, Hohe See, nicht ermittelte Länder und Gebiete.
2 Fahrgestelle, Karosserien, Motoren, Teile und Zubehör für Kraftfahrzeuge und dergleichen.
3 EGW: Warengruppen und -untergruppen der Ernährungswirtschaft und der Gewerblichen Wirtschaft (Rev. 2002).

Noch: Der Außenhandel Bayerns im Juli und von Januar bis Juli 2022
Vorläufige Ergebnisse

Erdteil / Ländergruppe / Land ——— Warenuntergruppe	Ausfuhr im Spezialhandel		Einfuhr im Generalhandel	
	insgesamt	Veränderung gegenüber dem Vorjahr	insgesamt	Veränderung gegenüber dem Vorjahr
	in 1 000 €	in %	in 1 000 €	in %
	Januar bis Juli			
Europa	78 192 001	*8,4*	91 181 901	*9,3*
darunter EU-Länder (EU-27)	63 372 284	*9,4*	73 127 476	*5,4*
darunter Euro-Länder	44 994 946	*9,9*	44 437 263	*9,2*
darunter Frankreich	7 605 360	*– 1,9*	5 341 435	*12,6*
Niederlande	4 949 798	*12,2*	6 137 109	*1,7*
Italien	8 081 652	*6,7*	8 119 331	*2,1*
Spanien	3 388 674	*2,6*	2 677 326	*4,2*
Österreich	11 273 532	*26,4*	11 174 496	*12,8*
Belgien	3 672 079	*1,4*	3 494 101	*21,7*
Polen	5 757 002	*14,9*	7 759 073	*– 14,8*
Tschechien	4 256 222	*9,4*	9 321 140	*4,8*
Ungarn	2 717 632	*5,9*	6 498 809	*4,9*
Vereinigtes Königreich	6 293 292	*11,8*	3 013 535	*17,6*
Schweiz	3 881 765	*12,2*	3 265 093	*– 3,1*
Russische Föderation	990 208	*– 44,8*	5 848 932	*72,5*
Afrika	1 597 121	*18,6*	3 404 826	*36,2*
Amerika	16 978 589	*15,6*	10 135 190	*28,7*
darunter Vereinigte Staaten	13 083 466	*16,7*	8 602 419	*28,4*
Asien	22 014 155	*6,9*	36 959 923	*41,1*
darunter Volksrepublik China	10 595 646	*1,5*	18 905 012	*45,5*
Kasachstan	107 847	*39,5*	2 883 257	*86,0*
Taiwan	1 002 694	*14,0*	2 805 600	*47,2*
Australien-Ozeanien	1 130 023	*16,6*	154 519	*23,3*
Verschiedenes[1]	43 175	.	105 667	*44,3*
Insgesamt	119 955 063	*9,3*	141 942 026	*18,1*
darunter Eisen-, Blech- und Metallwaren, a.n.g.	2 743 225	*8,5*	3 593 956	*12,8*
elektronische Bauelemente	**2 406 385**	***15,3***	**9 105 164**	***49,6***
elektrotechnische Erzeugnisse, a.n.g.	2 172 895	*– 1,0*	3 182 560	*– 1,4*
Erdöl und Erdgas	–	*x*	12 352 670	*97,3*
Fahrgestelle, Karosserien, Motoren[2]	7 861 401	*– 4,2*	8 571 983	*– 1,5*
Geräte zur Elektrizitätserzeugung u. -verteilung	8 391 940	*4,0*	11 495 232	*25,0*
Kunststoffe	2 933 780	*22,2*	2 129 495	*23,8*
medizinische Geräte und orthopädische Vorrichtungen	3 803 382	*5,6*	1 367 345	*7,1*
mess-, steuerungs- und regelungstechnische Erzeugnisse	4 016 693	*1,8*	2 283 585	*5,2*
Mineralölerzeugnisse	2 465 462	*134,9*	488 863	*22,1*
nachrichtentechnische Geräte u. Einrichtungen	972 560	*– 1,2*	3 210 575	*2,7*
Personenkraftwagen und Wohnmobile	17 402 184	*7,6*	8 203 608	*25,9*
Waren aus Kunststoffen	3 657 234	*6,4*	2 591 357	*10,0*
Bekleidung zusammen (EGW801 bis EGW807[3])	918 522	*40,6*	3 662 815	*15,7*
Maschinen zusammen (EGW841 bis EGW859[3])	19 604 598	*3,5*	13 158 335	*– 3,3*

1 Schiffs- und Flugzeugbedarf, Hohe See, nicht ermittelte Länder und Gebiete.
2 Fahrgestelle, Karosserien, Motoren, Teile und Zubehör für Kraftfahrzeuge und dergleichen.
3 EGW: Warengruppen und -untergruppen der Ernährungswirtschaft und der Gewerblichen Wirtschaft (Rev. 2002).

H Verkehr

Güterumschlag der Binnenschifffahrt in Bayern im ersten Halbjahr 2022 rückläufig

Auf bayerischen Wasserstraßen vorwiegend Transport von Steinen und Erden, gefolgt von land- und forstwirtschaftlichen Erzeugnissen

Der Güterumschlag der Binnenschifffahrt in Bayern liegt im ersten Halbjahr bei rund 2,9 Millionen Tonnen. Das entspricht einem Rückgang um 6,9 Prozent im Vergleich zum entsprechenden Vorjahreszeitraum. Wie das Fachteam des Bayerischen Landesamts für Statistik weiter mitteilt, entfallen davon 1,61 Millionen Tonnen auf das Donaugebiet (– 8,1 Prozent) und 1,34 Millionen Tonnen auf das Maingebiet (– 5,4 Prozent). Auf den bayerischen Wasserstraßen werden vorwiegend Steine und Erden sowie land- und forstwirtschaftliche Erzeugnisse transportiert.

Insgesamt rund 2,95 Millionen Tonnen Güter und somit 6,9 Prozent weniger als im Vorjahreszeitraum werden im ersten Halbjahr 2022 in den bayerischen Häfen der Bundeswasserstraßen von Passau über Nürnberg bis Aschaffenburg umgeschlagen. Nach Angaben des Bayerischen Landesamts für Statistik werden 1,27 Millionen Tonnen eingeladen und 1,67 Millionen Tonnen Güter ausgeladen.

Der Güterumschlag an der Donau liegt mit einer Abnahme um 8,1 Prozent bei 1,61 Millionen Tonnen und entspricht einem Anteil von 54,6 Prozent am Gesamtumschlag Bayerns. Im Maingebiet sinkt der Güterumschlag von Januar bis Juni 2022 um 5,4 Prozent auf 1,34 Millionen Tonnen. Die umschlagstärksten Häfen sind Regensburg mit rund 559 000 Tonnen und Aschaffenburg mit gut 367 000 Tonnen.

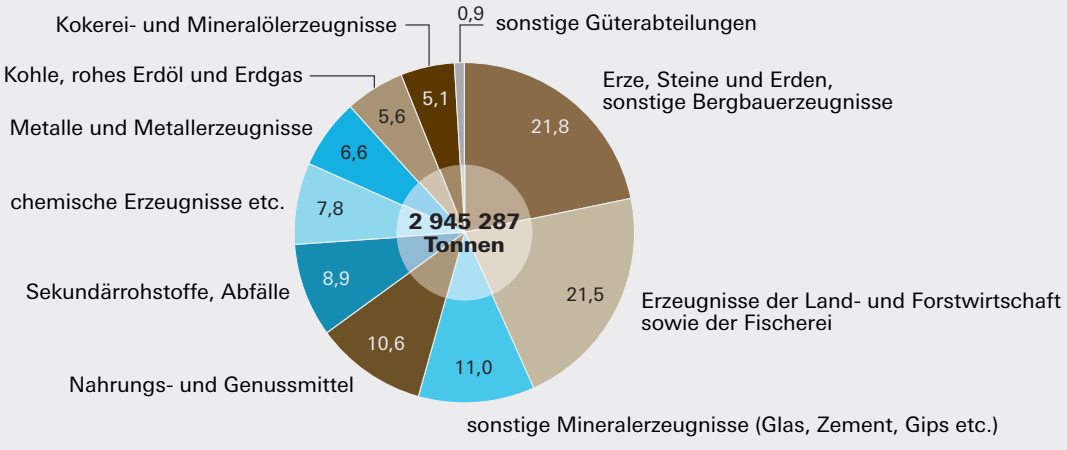
Auf den bayerischen Bundeswasserstraßen werden im ersten Halbjahr 2022 hauptsächlich „Erze, Steine und Erden“ (21,8 Prozent) sowie „Erzeugnisse der Land- und Forstwirtschaft“ (21,5 Prozent) transportiert. Weitere 11,0 Prozent entfallen auf die Abteilung „Sonstige Mineralerzeugnisse (Glas, Zement, Gips etc.)“.

Von Januar bis Juni 2022 melden sich in den bayerischen Häfen insgesamt 3 408 Schiffe mit Umschlagsgütern an und ab, davon befahren mit 58,8 Prozent mehr als die Hälfte der Schiffe (2 005) die Donau.

Hinweise:
Die Ausweisung der in der Binnenschifffahrt transportierten Güter erfolgt nach der NST-2007.

Ausführliche Ergebnisse enthält der Statistische Bericht „Binnenschifffahrt in Bayern im Juni 2022“, kostenlos abrufbar unter: www.statistik.bayern.de/statistik/wirtschaft_handel/verkehr

Güterumschlag der Binnenschifffahrt in Bayern von Januar bis Juni 2022 nach Güterabteilungen
in Prozent



Güterumschlag der Binnenschifffahrt in Bayern von Januar bis Juni 2021 und 2022 nach Wasserstraßengebieten und ausgewählten Häfen

Wasserstraßengebiet — Hafen*	Güterumschlag Januar bis Juni		
	2021	2022	
	Tonnen		Veränderung 2022 gegenüber 2021 in %
Rheingebiet/Main	**1 413 778**	**1 337 080**	***–5,4***
darunter Schweinfurt	64 729	78 832	*21,8*
Kitzingen	62 647	34 266	*–45,3*
Würzburg	137 329	96 176	*–30,0*
Karlstadt	138 659	99 709	*–28,1*
Lengfurt	275 195	253 441	*–7,9*
Aschaffenburg	328 878	367 404	*11,7*
Donaugebiet	**1 749 298**	**1 608 207**	***–8,1***
darunter Bamberg	134 287	104 750	*–22,0*
Nürnberg	101 191	133 515	*31,9*
Kelheim	253 139	198 865	*–21,4*
Regensburg	632 083	559 121	*–11,5*
Straubing-Sand	350 446	334 842	*–4,5*
Deggendorf	63 611	58 132	*–8,6*
Passau	113 040	125 440	*11,0*
Bayern insgesamt	**3 163 076**	**2 945 287**	***–6,9***

* Einschließlich Umschlagsstellen.

L Öffentliche Finanzen, Personal, Steuern

2,69 Millionen Menschen in Bayern im Alter von 65 Jahren oder älter erhalten im Jahr 2021 Rentenleistungen

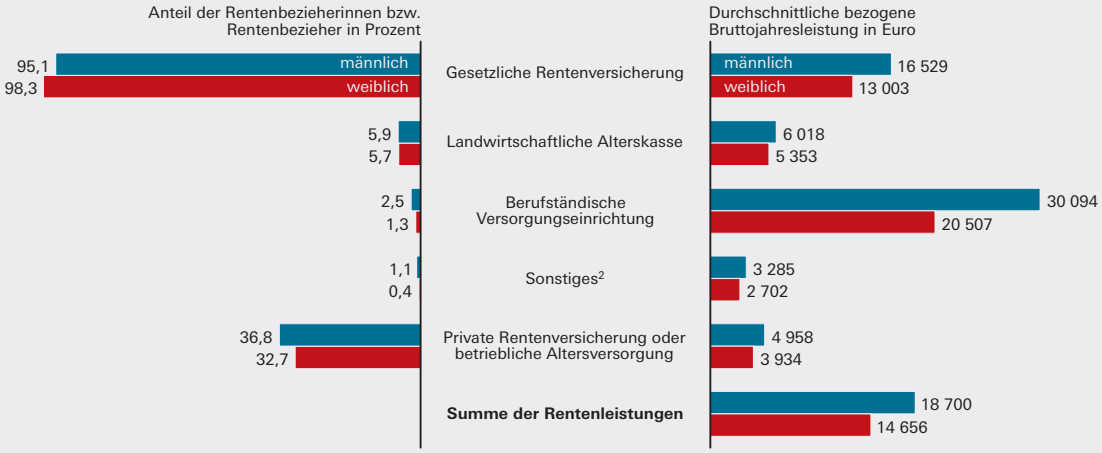
Durchschnittliche Rentenzahlung pro Person für das Jahr 2021 bei 16 413 Euro

Nach Angaben des Bayerischen Landesamts für Statistik erhalten im Jahr 2021 insgesamt 2,69 Millionen Rentnerinnen und Rentner mit Wohnsitz in Bayern, die 65 Jahre oder älter sind, Leistungen aus gesetzlicher, privater oder betrieblicher Rente. Wie sich auf Basis vorläufiger Ergebnisse der Statistik der Rentenbezugsmitteilungen weiter ergibt, beträgt die durchschnittliche Höhe der bezogenen Bruttojahresleistungen pro Person im Alter von 65 Jahren oder mehr dabei 16 413 Euro. Der überwiegende Teil, 95,1 Prozent der Männer und 98,3 Prozent der Frauen, bezieht Leistungen aus der gesetzlichen Rentenversicherung. Die durchschnittliche Höhe der ausgezahlten Bruttojahresleistungen aus der gesetzlichen Rentenversicherung beträgt pro Person 14 507 Euro, wobei sich dieser Wert bei den Männern auf 16 529 Euro und bei den Frauen auf 13 003 Euro beläuft.

Wie das Bayerische Landesamt für Statistik anhand der vorläufigen Ergebnisse der Statistik der Rentenbezugsmitteilungen mitteilt, werden im Jahr 2021 an insgesamt 2,69 Millionen Personen im Alter von 65 Jahren oder mehr mit Wohnsitz in Bayern insgesamt rund 44,16 Milliarden Euro an Rentenleistungen ausgezahlt. Pro Person sind das im Durchschnitt 16 413 Euro, wobei Männer mit 18 700 Euro durchschnittlich höhere Leistungen erhalten als Frauen mit 14 656 Euro. Die mittlere bezogene Bruttojahresleistung erhöht sich somit gegenüber dem Vorjahr um 330 Euro (+ 1,8 Prozent) bei den Männern und um 324 Euro (+ 2,3 Prozent) bei den Frauen.

Im Jahr 2021 erhalten 95,1 Prozent der männlichen und 98,3 Prozent der weiblichen Rentenempfänger im Alter von 65 Jahren oder mehr Leistungen aus der gesetzlichen Rentenversicherung. Die durchschnittliche Höhe der dabei pro Person bezogenen Bruttojahresleistungen aus der gesetzlichen Rentenversicherung beläuft sich auf 16 529 Euro bei den Männern und auf 13 003 Euro bei den Frauen. Aus der landwirtschaftlichen Alterskasse beziehen

Anteile der Rentenbeziehenden verschiedener Rentenarten im Alter von 65 Jahren oder mehr an allen Rentenbeziehenden in dieser Altersgruppe in Bayern im Jahr 2021, sowie durchschnittliche bezogene Bruttojahresrentenleistung in Euro[1]



1 Ein- und dieselbe Person kann im Betrachtungszeitraum Leistungen aus verschiedenen Rentenarten bezogen haben.
2 Rentenversicherungen im Sinne des § 10 Absatz 1 Nr. 2 Buchstabe b EStG.

5,9 Prozent der männlichen und 5,7 Prozent der weiblichen Rentenbezieher im Alter von mindestens 65 Jahren Leistungen, mit durchschnittlichen Bruttojahresauszahlungen in Höhe von 6 018 bzw. 5 353 Euro.

Nur 2,5 Prozent bei den Männern und 1,3 Prozent bei den Frauen in der genannten Altersgruppe beziehen Rentenleistungen aus berufsständischen Versorgungseinrichtungen. Hier betragen die ausgezahlten Bruttojahresleistungen im Schnitt 30 094 Euro bei den Männern beziehungsweise 20 507 Euro bei den Frauen. Diese Arten der Rentenleistungen gehören zur sogenannten Basisversorgung und unterliegen dabei dem Besteuerungsansatz des Kohortenprinzips.

Auszahlungen aus privaten Rentenversicherungen oder aus betrieblicher Altersversorgung erhalten im Jahr 2021 36,8 Prozent der männlichen und 32,7 Prozent der weiblichen Rentenempfänger der Altersgruppe 65-Plus. Diese Rentenleistungen unterliegen dem Ansatz der vollen nachgelagerten Besteuerung oder der Ertragswertbesteuerung, abhängig davon, ob sie in der Ansparphase steuerlich gefördert wurden oder nicht. Die durchschnittliche Höhe der Bruttoleistungen aus diesen Zusatzversorgungen beläuft sich auf 4 958 Euro bei den Männern und auf 3 934 Euro bei den Frauen.

Es ist zu beachten, dass bei den hier dargestellten Zahlenwerten ein- und dieselbe Person gleichzeitig aus mehreren Rentenarten Leistungen für das Jahr 2021 bezogen haben kann.

Hinweise:
Die Ergebnisse stammen aus der Statistik der Rentenbezugsmitteilungen, die erstmalig für das Veranlagungsjahr 2015 veröffentlicht wurde.

Eine tabellarische Darstellung der Ergebnisse findet sich unter: www.statistik.bayern.de/statistik/haushalte_steuern/steuern

Methodische Hinweise:
Die Statistik der Rentenbezugsmitteilungen liegt seit dem Veranlagungsjahr 2015 vor und wird jährlich veröffentlicht. Die Grundgesamtheit der Statistik der Rentenbezugsmitteilungen bilden alle Leistungen aus gesetzlicher, privater oder betrieblicher Rente, die im Grundsatz der Besteuerung unterliegen. Es handelt sich dabei vor allem um Altersrenten, Erwerbsminderungs-, Berufsunfähigkeits- und Hinterbliebenenrenten. Nicht einbezogen sind Renten, die steuerfrei oder nicht steuerbar sind (z. B. Leistungen aus der gesetzlichen Unfallversicherung). Ebenfalls nicht im Datenbestand enthalten sind Beamtenpensionen und Versorgungsleistungen aufgrund einer Direktzusage und aus einer Unterstützungskasse, da diese einkommensteuerlich zu den Einkünften aus nichtselbstständiger Arbeit zählen.

Im Rahmen der Statistik der Rentenbezugsmitteilungen kann für jeden Rentenbezieher beziehungsweise für jede Rentenbezieherin abgebildet werden, wie viele Renten er beziehungsweise sie erhält, und in welcher Höhe. Für die Zukunft ist zudem eine verknüpfte Darstellung mit Ergebnissen der Lohn- und Einkommensteuerstatistik geplant.

Mit dem Alterseinkünftegesetz von 2005 wurde der Übergang von der vorgelagerten auf eine nachgelagerte Besteuerung von gesetzlichen Renten beschlossen. Ab 2040 werden somit gesetzliche Renten vollumfänglich in der Auszahlungsphase besteuert werden. In der Übergangsphase werden

Aufwendungen zur Alterssicherung in der Ansparphase schrittweise steuerfrei gestellt und die Leistungen erst in der Auszahlungsphase steuerlich belastet. Welcher Anteil der Renteneinkünfte versteuert wird, richtet sich nach dem Jahr des Rentenbeginns: Je später der Rentenbeginn, desto höher ist der besteuerte Anteil der Renteneinkünfte.

P Gesamtrechnungen

Bayerische Wirtschaft erholt sich weiter

Bruttoinlandsprodukt wächst im ersten Halbjahr 2022 real um 2,9 Prozent

Die bayerische Gesamtwirtschaft erholt sich im ersten Halbjahr 2022 weiter. Das Bruttoinlandsprodukt steigt preisbereinigt um 2,9 Prozent. Damit liegt Bayern nach Mitteilung des Bayerischen Landesamts für Statistik etwa gleichauf mit dem deutschlandweiten Zuwachs in Höhe von 2,8 Prozent. Das gesamtwirtschaftliche Wachstum erfolgt vor dem Hintergrund der tiefgreifenden wirtschaftlichen Auswirkungen des russischen Angriffs auf die Ukraine. Begünstigt wird dieser Effekt, da im ersten Halbjahr 2021 teilweise noch Einschränkungen zur Bekämpfung der Covid-19-Pandemie galten und man dadurch von einem vergleichsweisen niedrigen Niveau ausgeht.

Das Bruttoinlandsprodukt in den Bundesländern – Entwicklung im 1. Halbjahr 2022 gegenüber dem 1. Halbjahr 2021

Land / Gebiet	Bruttoinlandsprodukt	
	in jeweiligen Preisen	preisbereinigt
	Veränderung 1. Halbjahr 2022 gegenüber 1. Halbjahr 2021 in %	
Baden-Württemberg	*6,8*	*1,8*
Bayern	***8,5***	***2,9***
Berlin	*7,3*	*3,7*
Brandenburg	*10,2*	*3,1*
Bremen	*11,1*	*5,0*
Hamburg	*10,8*	*3,5*
Hessen	*8,8*	*3,6*
Mecklenburg-Vorpommern	*13,1*	*5,2*
Niedersachsen	*7,9*	*1,1*
Nordrhein-Westfalen	*6,0*	*2,5*
Rheinland-Pfalz	*13,3*	*6,4*
Saarland	*8,7*	*3,3*
Sachsen	*9,0*	*3,0*
Sachsen-Anhalt	*13,9*	*4,5*
Schleswig-Holstein	*8,6*	*1,6*
Thüringen	*8,2*	*1,9*
Deutschland	***8,2***	***2,8***
darunter nachrichtlich:		
Westdeutschland		
ohne Berlin	*7,9*	*2,7*
einschließlich Berlin	*7,9*	*2,7*
Ostdeutschland		
ohne Berlin	*10,4*	*3,4*
einschließlich Berlin	*9,5*	*3,5*

Quelle: Arbeitskreis „Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen der Länder" (AK VGRdL).

Trotz der wirtschaftlichen Auswirkungen im Zusammenhang mit dem russischen Angriff auf die Ukraine verzeichnet Bayern im ersten Halbjahr 2022 eine Zunahme seiner gesamtwirtschaftlichen Leistung. Wie das Bayerische Landesamt für Statistik aufgrund erster vorläufiger Berechnungen des Arbeitskreises „Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen der Länder" mitteilt, erhöht sich das Bruttoinlandsprodukt in Bayern im ersten Halbjahr 2022 gegenüber dem ersten Halbjahr 2021 preisbereinigt um 2,9 Prozent. Damit fällt der Zuwachs in etwa gleich hoch aus wie in Deutschland insgesamt.

Die höchsten Zuwächse verzeichnen Rheinland-Pfalz (+6,4 Prozent), Mecklenburg-Vorpommern (+5,2 Prozent) und Bremen (+5,0 Prozent). Insgesamt ist das Wirtschaftswachstum in den ostdeutschen Ländern mit 3,4 Prozent höher als in den westdeutschen mit 2,7 Prozent (jeweils ohne Berlin). Die Unterschiede in den Ländern folgt aus deren unterschiedlichen Wirtschaftsstrukturen.

Erste vorläufige Berechnung, Änderungen im Endergebnis möglich

Bei den hier für das erste Halbjahr 2022 vorgelegten Länderergebnissen handelt es sich um eine erste vorläufige Berechnung des Arbeitskreises „Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen der Länder" (AK VGRdL), dem alle Statistischen Landesämter, das Statistische Bundesamt sowie der Deutsche Städtetag angehören. Bei der Interpretation der Ergebnisse ist zu beachten, dass die den Berechnungen zugrunde liegende Datenbasis drei Monate nach Ende des Berichtszeitraums noch nicht vollumfänglich vorhanden ist, so dass zu

späteren Rechenständen Änderungen der Wachstumsraten und auch in der Reihenfolge der Bundesländer zu erwarten sind. Aufgrund der hohen Unsicherheit bezüglich des wirtschaftlichen Geschehens in Folge des russischen Angriffs auf die Ukraine ist auch nicht auszuschließen, dass die für die Fortschreibungen verwendeten Daten die in die endgültigen Berechnungen einfließenden Daten nicht so gut repräsentieren wie in normalen Jahren und die späteren Revisionen also größer ausfallen werden.

Hinweise:
Weitere Ergebnisse zu den Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen sind auf der Homepage des AK VGRdL abrufbar unter: www.statistikportal.de/de/vgrdl oder www.statistik.bayern.de/statistik/gesamtrechnungen/vgr/index.html

Sonstiges

Auswirkungen des Angriffskrieges der Russischen Föderation gegen die Ukraine auf Bayern vielfältig

Als Informationsdienstleister des Freistaats stellt das Bayerische Landesamt für Statistik ein Themendossier zu den Auswirkungen des Krieges auf Bayern online zur Verfügung; es fasst die bisherigen statistischen Veröffentlichungen des Hauses im Themenumfeld zusammen

Der im Februar begonnene Angriffskrieg der Russischen Föderation auf die Ukraine hat Auswirkungen auf viele Teile von Wirtschaft, Politik und Gesellschaft im Freistaat.

Das Bayerische Landesamt für Statistik hat hierzu eine Auswahl an statistischen Veröffentlichungen in Form eines Themendossiers zusammengestellt. Es zeigt exemplarisch auf, wie vielfältig der Krieg Einfluss auf unser Land nimmt. So finden sich die Auswirkungen des nun seit über sechs Monaten anhaltenden Konflikts in einigen der amtlichen Statistiken – abgeleitet aus geprüften, qualitativ hochwertigen Daten und Fakten – bereits wieder. Zusätzlich erstellte Grafiken runden das Informationsangebot des Dossiers ab und veranschaulichen die Sachverhalte „auf den ersten Blick".

Die Themensammlung bündelt derzeit einzelne relevante Statistiken des Landesamtes aus den Bereichen Bevölkerung, Wirtschaft, Verbraucherpreise, Landwirtschaft sowie Energie. Es wird schrittweise inhaltlich erweitert. Die Aktualisierung ist im Quartalstakt vorgesehen, denn qualitätsgesicherte Statistiken unterliegen teilweise einem zeitlichen Versatz.

Ab sofort ist das Themendossier als Informationsangebot in Form einer PDF-Datei kostenlos für alle Interessierten online verfügbar. Es steht „24/7/365 rund um die Uhr" über folgenden Link zum Download bereit: www.statistik.bayern.de/produkte

Hinweise:
Eine deutschlandweite Betrachtung zu den Auswirkungen des kriegerischen Konfliktes findet sich online unter: www.destatis.de/DE/Im-Fokus/Ukraine

Weitere interessante und wichtige Informationsangebote sowie Veröffentlichungen des Bayerischen Landesamts für Statistik sind abrufbar unter: www.statistik.bayern.de/produkte

20 Jahre Forschungsdatenzentrum der Statistischen Ämter der Länder

Das Daten- und Dienstleistungsangebot für wissenschaftliche Nutzungen von Mikrodaten der amtlichen Statistik

Dipl.Soz.Univ. Anja Hlawatsch, Karen Meyer, M.Sc. und Dipl.Soz.Wiss.Univ. Patrick Rothe

Das Forschungsdatenzentrum (FDZ) der Statistischen Ämter der Länder hat es sich seit seiner Gründung im April 2002 zum Ziel gesetzt, den Zugang zu Mikrodaten der amtlichen Statistik für wissenschaftliche Forschungszwecke zu ermöglichen. Dieser wurde seitdem fortlaufend verbessert und an die Bedarfe der Wissenschaft angepasst, sodass heute auf eine Vielzahl hochwertiger Daten zurückgegriffen werden kann. Offene Fragestellungen im Bereich von Politik und Wirtschaft machen komplexe Forschungen notwendig, welche nur mithilfe der Mikrodaten der amtlichen Statistik durchgeführt werden können. Als Serviceeinrichtung der Statistischen Ämter der Länder ist das FDZ für viele Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler im Laufe seines 20-jährigen Bestehens zu einer unverzichtbaren Institution geworden.
Dieser Beitrag nimmt das 20-jährige Jubiläum zum Anlass, das FDZ und seine Datenangebote vorzustellen sowie einen Blick in die Vergangenheit zu werfen. Abschließend wird speziell auf den Standort Bayern eingegangen und ein kurzer Ausblick auf zukünftige Herausforderungen gegeben.

Was ist das FDZ?

Während noch in den 1990er-Jahren der Zugang zu Mikrodaten in Deutschland für Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler nur unter großem Aufwand möglich war, hat sich mittlerweile das FDZ als wichtige Serviceeinrichtung für die Bereitstellung von amtlichen Mikrodaten etabliert. Grundlage für die Gründung der FDZ war das Gutachten der „Kommission zur Verbesserung der informationellen Infrastruktur zwischen Wissenschaft und Statistik“ (KVI), welches 1999 im Auftrag des Bundesministeriums für Bildung und Forschung (BMBF) verschiedene Vorschläge zur Verbesserung der informationellen Infrastruktur zwischen Wissenschaft und Statistik erarbeitet hat. Zwei zentrale Ergebnisse waren die Einrichtung eines Rates für Sozial- und Wirtschaftsdaten (RatSWD) sowie der Aufbau von Forschungsdatenzentren.[1] Im Herbst 2001 wurde zunächst das FDZ des Statistischen Bundesamtes gegründet. Wenig später, im April 2002, entstand das FDZ der Statistischen Ämter der Länder als gemeinsames Pilotprojekt aller Statistischen Ämter der Länder. Beide FDZ sind zwar organisatorisch voneinander getrennte Einrichtungen, dennoch arbeiten sie im Rahmen einer Arbeitsgemeinschaft eng zusammen und bieten gemeinsam ein abgestimmtes Daten- und Dienstleistungsangebot für wissenschaftliche Nutzungen an. Die Kooperationsvereinbarung wurde im Februar 2003 durch den damaligen Präsidenten des Statistischen Bundesamtes, Johann Hahlen, und den Präsidenten des Bayerischen Landesamts für Statistik und Datenverarbeitung, Dr. Peter Bauer, in seiner Funktion als Vorsitzender des Lenkungsausschusses des FDZ der Statistischen Ämter der Länder unterzeichnet. So gilt in beiden FDZ das Selbstverständnis, als zentrales Bindeglied zwischen amtlicher Statistik und der Wissenschaft zu agieren. Neben drei Standorten des FDZ des Bundes gibt es aktuell 14 regionale

1 Kommission zur Verbesserung der informationellen Infrastruktur zwischen Wissenschaft und Statistik (KVI) (2001): Wege zu einer besseren informationellen Infrastruktur. Baden-Baden: Nomos.

RatSWD – Rat für Sozial- und Wirtschaftsdaten

- unabhängiges Gremium von empirisch arbeitenden Forscherinnen und Forschern sowie von Vertreterinnen und Vertretern der wichtigsten öffentlichen Einrichtungen zur Datenerhebung
- Gründung: 2004 als Beirat der Bundesregierung
- Koordination von aktuell 41 akkreditierten Datenzentren
- Zentrale Aufgaben:
  - Weiterentwicklung der Forschungsdateninfrastruktur
  - Interessenvertretung von Datenproduzierenden und -nutzenden
  - Beratungsfunktion für Politik und Wissenschaftsinstitutionen
  - Akkreditierung und Evaluation der Arbeit von Forschungsdatenzentren
  - Europäische und internationale Vernetzung von Forschungsdateninfrastrukturen
  - Austausch durch Dialogveranstaltungen, Fachtagungen und die Konferenz für Sozial- und Wirtschaftsdaten (KSWD)

Standorte des FDZ der Länder – und zusätzlich eine Reihe von Außenstellen in Hochschulen und sonstigen wissenschaftlichen Einrichtungen innerhalb Deutschlands. Eine bei Information und Technik Nordrhein-Westfalen angesiedelte Geschäftsstelle übernimmt die Außenvertretung des FDZ der Statistischen Ämter der Länder, die Bearbeitung von Grundsatzfragen sowie die Koordination und Verwaltung der regelmäßig anfallenden Arbeiten des FDZ.

Das FDZ des Statistischen Bundesamtes und das FDZ der Statistischen Ämter der Länder gehören zu den ersten Institutionen, die vom RatSWD[2] (siehe Infokasten „RatSWD – Rat für Sozial und Wirtschaftsdaten“) formal als Forschungsdatenzentren akkreditiert wurden. Seitdem sind weitere Institutionen in Wissenschaft und Verwaltung dazu übergegangen, der Wissenschaft einen flexiblen und umfangreichen Datenzugang zu ermöglichen. In den Sozial-, Verhaltens- und Wirtschaftswissenschaften hat sich erfolgreich eine Forschungsdateninfrastruktur (FDI) in Form von Forschungsdatenzentren etabliert. Um offiziell als FDZ anerkannt zu werden, müssen Mindeststandards und Akkreditierungskriterien erfüllt werden, welche vom RatSWD und dem ständigen Ausschuss für Forschungsdateninfrastruktur (FDI Ausschuss) erarbeitet wurden.[3]

Finanzierung

Seit 2011 kann das FDZ als dauerhaft etablierte Einrichtung angesehen werden. Zuvor wurde das FDZ zunächst im Rahmen eines Pilotprojekts und in einer ersten Förderphase von 2004 bis 2007 vom BMBF finanziert. Im Fokus standen damals die Einrichtung und der Betrieb einer fachlich zentralisierten Datenhaltung, die Entwicklung und Pflege eines Metadateninformationssystems sowie die Bereitstellung von Gastwissenschaftsarbeitsplätzen (GWAP) und Kontrollierter Datenfernverarbeitung (KDFV). Nach überaus positivem Votum startete im Jahr 2007 die zweite Förderphase des BMBF bis 2010, während der die Weiterentwicklung des FDZ erfolgreich vorangetrieben werden konnte. Aufgrund der nachdrücklichen Aufforderung durch den RatSWD[4] und den Wissenschaftsrat[5], das FDZ als dauerhaften Bestandteil der amtlichen Statistik zu etablieren, wird das FDZ heute finanziell von den Statistischen Landesämtern und zu einem Teil durch die Entgelte der Nutzerinnen und Nutzer getragen.

Fachlich zentralisierte Datenhaltung

In Deutschland werden über 90 % aller amtlichen Statistiken dezentral in den einzelnen Statistischen Ämtern der Länder erhoben, aufbereitet und gespeichert. Da sich der Fokus wissenschaftlicher Forschungsprojekte in der Regel jedoch auf mehrere Länder oder sogar das gesamte Bundesgebiet richtet, haben die FDZ der Statistischen Ämter des Bundes und der Länder eine fachlich zentralisierte Datenhaltung etabliert. So sind für alle angebotenen Statistiken länderübergreifende Datensätze für das gesamte Bundesgebiet verfügbar. Im Rahmen der zentralisierten Datenhaltung

2 KonsortSWD: Auf einen Blick: www.konsortswd.de/ratswd/der-ratswd/auf-einen-blick/, abgerufen am 29.09.2022

3 KonsortSWD: Akkreditierungsverfahren und -kriterien: www.konsortswd.de/datenzentren/akkreditierung/, abgerufen am 29.09.2022.

4 RatSWD (2011): Auf Erfolgen aufbauend – Zur Weiterentwicklung der Forschungsinfrastruktur für die Sozial- Verhaltens- und Wirtschaftswissenschaften. Empfehlungen des Rates für Sozial- und Wirtschaftsdaten. Opladen: Budrich.

5 Wissenschaftsrat (2011): Empfehlungen zu Forschungsdateninfrastrukturen in den Geistes- und Sozialwissenschaften. Berlin.

haben die FDZ-Standorte – in Anlehnung an das Patenlandprinzip der amtlichen Statistik – jeweils die fachliche Zuständigkeit für bestimmte Statistiken übernommen. Der fachlich zuständige Standort übernimmt die Aufbereitung der FDZ-Daten und steht den Nutzerinnen und Nutzern als fachlicher Ansprechpartner für Fragen hinsichtlich der jeweiligen Statistik beratend zur Seite, ohne jedoch dabei die Datenhoheit der anderen Landesämter zu beschränken.

Notwendigkeit von Mikrodaten

Grundsätzlich wird zwischen Mikrodaten (auch Einzel- bzw. Individualdaten genannt) und Aggregatdaten unterschieden. Während es sich bei Mikrodaten um Angaben zu einzelnen Einheiten einer Erhebung, beispielsweise Personen, Haushalten oder Unternehmen handelt, beschreibt der Begriff Aggregatdaten zusammengefasste Daten, die bereits statistische Ergebnisse darstellen. Mikrodaten beinhalten folglich deutlich mehr Detailinformationen als Aggregatdaten und bieten demnach ein entsprechend größeres Analysepotenzial. Die amtlichen Statistiken beruhen häufig auf sehr großen Beobachtungszahlen und sind oftmals sogar Vollerhebungen. Für wissenschaftliche Forschungsprojekte sind die daraus resultierenden detaillierten Analysemöglichkeiten von zentraler Bedeutung. Verfahren der Inferenzstatistik, wie Hypothesentests, und multivariate Verfahren, wie Regressionsanalysen, erfordern detaillierte Individualdaten.

„Kleine FDZ-Statistik“

Die FDZ der Statistischen Ämter des Bundes und der Länder bieten mittlerweile Gastwissenschaftsarbeitsplätze in 20 über ganz Deutschland verteilten Städten an. Diese breite regionale Streuung ermöglicht den Forscherinnen und Forschern einen arbeitsstätten- beziehungsweise heimatnahen Datenzugang und hält somit die Aufwände hinsichtlich Reisekosten und Zeitaufwand möglichst gering.

Über 6 300 Personen aus mehr als 400 inländischen, aber auch ausländischen wissenschaftlichen Einrichtungen haben in fast 4 000 wissenschaftlichen Projekten seit Einrichtung der FDZ-Standorte mit den Mikrodaten der amtlichen Statistik geforscht, was die enorme Reichweite der FDZ deutlich macht.

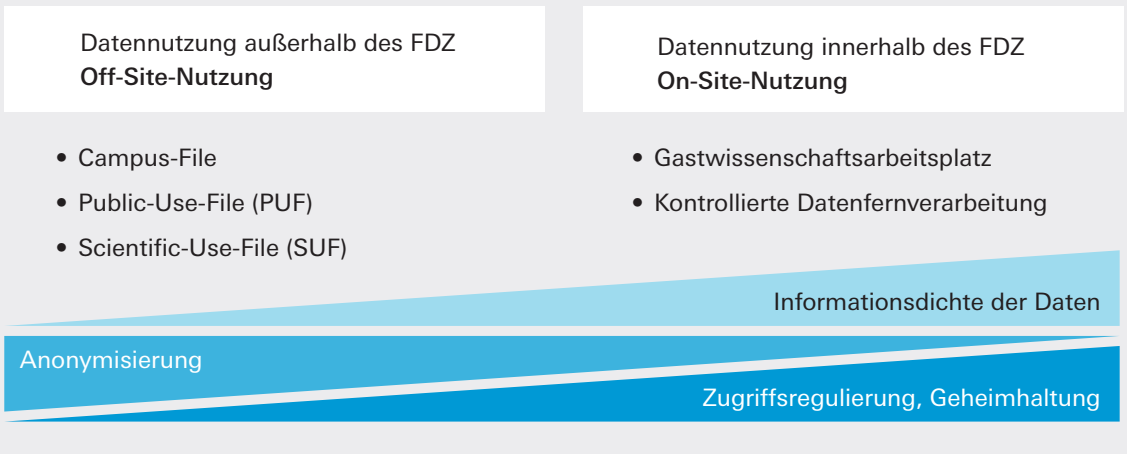
Das umfangreiche Portfolio von mittlerweile über 2 000 Produkten aus 129 Statistiken erreicht Forscherinnen und Forscher verschiedenster Disziplinen. Insbesondere die Sozial-, Wirtschafts- und Gesundheitsstatistiken werden sehr häufig nachgefragt. Das Angebotsspektrum umfasst auch Statistiken aus den Bereichen Agrar, Bauen und Wohnen, Bildung, Energie, Recht und Umwelt, welche ebenfalls intensiv genutzt werden. Die nutzungsstärksten Statistiken sind auf Produktebene der Mikrozensus, das AFiD-Panel Industriebetriebe (ein eigens von den FDZ entwickeltes Datenprodukt) und die DRG-Statistik, eine jährliche Vollerhebung aller nach Fallpauschalen abgerechneten vollstationären Krankenhausfälle innerhalb Deutschlands. Die breit gefächerten FDZ-Datenbestände sind somit eine wichtige Grundlage für die empirische Erforschung und wissenschaftliche Bearbeitung vieler der aktuellen „Megathemen“ unserer Zeit.

Zugangswege

Die Arbeit an den Mikrodaten im FDZ ist über verschiedene Zugangswege möglich, die sich auch hinsichtlich des Anonymisierungsgrads beziehungsweise – daraus resultierend – des Informationsgehalts des Datenmaterials unterscheiden (siehe Abb. 1).

Zunächst sind die Off-Site-Nutzungen zu nennen. Die hierunter fallenden CAMPUS-Files (CFs), Public-Use-Files (PUFs) und Scientific-Use-Files (SUFs) dürfen auch außerhalb der geschützten Räumlichkeiten der amtlichen Statistik verwendet werden. Im Falle der CFs und der PUFs ist nach § 16 Absatz 1 Satz 2 Punkt 4 des Bundesstatistikgesetzes (BStatG) gar eine Nutzung seitens der breiten Öffentlichkeit möglich. Der Anonymisierungsgrad ist bei diesen Materialien entsprechend sehr hoch (absolute Anonymität), woraus sich im Gegenzug jedoch ein relativ geringer Informationsgehalt der Daten ergibt. Dem Nutzungsziel von CFs und PUFs, nämlich dem Sammeln von Erfahrungen in der Auswertung von Mikrodaten im

Abb. 1
Zugangswege für Mikrodaten der Statistischen Ämter



Lehrbereich, steht dies allerdings nicht entgegen. Im Unterschied zu CFs und PUFs können SUFs ausschließlich innerhalb der Räumlichkeiten von wissenschaftlichen Einrichtungen genutzt werden, sofern diese im Bundesgebiet liegen. Durch ein dementsprechend schwächeres Anonymisierungslevel eröffnen sie dafür die Möglichkeit, aussagekräftige inhaltliche Analysen durchzuführen und sind daher sehr beliebt.

Neben den Off-Site-Nutzungen existieren mit den Gastwissenschaftsarbeitsplätzen (GWAPs) und der Kontrollierten Datenfernverarbeitung (KDFV) zwei weitere Zugangswege: die sogenannten On-Site-Nutzungen. Das Kernelement ist hierbei, dass das Mikrodatenmaterial die Räumlichkeiten der amtlichen Statistik nicht verlässt. Die GWAPs sind abgeschottete Arbeitsplätze der amtlichen Statistik, an denen die Nutzerinnen und Nutzer die Einzeldaten analysieren können. Den Forscherinnen und Forschern stehen hier Computerarbeitsplätze mit den gängigsten wissenschaftlichen Analyseprogrammen (STATA, R, SAS und SPSS) zur Verfügung. Die generierten Ergebnisse werden von Seiten des FDZ-Personals nach Erstellung auf die Einhaltung der statistischen Geheimhaltungsvorschriften geprüft und erst dann an die Nutzerinnen und Nutzer verschickt. Nutzungsberechtigt sind nur Angehörige von Einrichtungen mit der Aufgabe unabhängiger wissenschaftlicher Forschung. Aufgrund des Schutzes der Einzeldaten durch die Regulierung des Datenzugangs und die Ausstattung des PC-Arbeitsplatzes können am GWAP – je nach Sensibilität der Daten – faktisch oder formal anonyme Mikrodaten bereitgestellt werden. Voraussetzung für die Nutzung des GWAPs ist jedoch – wie auch bei der Nutzung von SUFs – immer eine Verpflichtung der Datennutzerinnen und -nutzer auf die Wahrung der statistischen Geheimhaltung nach §16 Abs.7 BStatG.

Wird die kontrollierte Datenfernverarbeitung (KDFV) genutzt, erhalten die Forscherinnen und Forscher keinen direkten Zugang zu den Mikrodaten. Stattdessen werden Dummy-Files – sogenannte Datenstrukturfiles (DSF) – zur Verfügung gestellt, die in Aufbau und Struktur, nicht jedoch hinsichtlich des Inhalts, dem Originalmaterial entsprechen. Anhand der DSF können die Nutzerinnen und Nutzer ihre Programmcodes in STATA, R, SAS oder SPSS entwickeln. Mittels dieser Codes kann das FDZ-Personal dann die Originaldaten auswerten. Der Vorteil dieses Nutzungswegs ist die Möglichkeit für die Nutzerinnen und Nutzer, auch Daten auswerten zu können, die in dieser Detailtiefe nicht zur Arbeit mit direkter Sicht auf die Daten bereitgestellt werden könnten.

Die entstandenen Ergebnisse werden, wie auch im Fall der GWAPs, durch das FDZ-Personal hinsichtlich der statistischen Geheimhaltung geprüft und den Nutzerinnen und Nutzern zur Verfügung gestellt (siehe Infokasten „Statistische Geheimhaltung

Statistische Geheimhaltung und Anonymisierung

Der Zugang zu amtlichen Mikrodaten steht seit jeher in einem Spannungsverhältnis zwischen Datenschutz und Wissenschaftsfreiheit. § 16 Abs. 6 des BStatG stellt die rechtliche Grundlage für das Datenangebot der FDZ dar. Hier werden die rechtlichen Rahmenbedingungen für die Weitergabe statistischer Einzelangaben an Forschungseinrichtungen geregelt. Eine Übermittlung der Daten ist nur möglich, wenn diese den Anforderungen faktischer Anonymität genügen. Dies bedeutet, dass die Einzelangaben nur mit einem unverhältnismäßig großen Aufwand an Zeit, Kosten und Arbeitskraft den jeweils dahinter stehenden Merkmalsträgern, beispielsweise Einzelpersonen, zugeordnet werden können. Eine Nutzung von formal anonymen Daten ist nur in Räumlichkeiten der amtlichen Statistik zulässig, wo bestimmte technische und organisatorische Maßnahmen dafür sorgen, dass ein ausreichender Schutz der Daten gewährleistet werden kann.

In ihrer Mittlerfunktion zwischen Datenanbietern und Wissenschaft müssen die FDZ sowohl die Rechte der Forscherinnen und Forscher, als auch der Auskunftspflichtigen wahren. Neben dem Recht der Freiheit von Wissenschaft und Forschung (Art. 5 Abs. 1 GG) auf der einen Seite steht das Recht auf informationelle Selbstbestimmung (Art. 2 Abs. 1 GG) der einzelnen Bürgerinnen und Bürger auf der anderen Seite. Dazu kommt das Prinzip der statistischen Geheimhaltung. Um das Vertrauen, welches die Befragten und Auskunftspflichtigen der amtlichen Statistik entgegenbringen, nicht zu schädigen, steht hierbei die Wahrung des Statistikgeheimnisses im Fokus. So muss durch die FDZ verpflichtend sichergestellt werden, dass – analog zu allen anderen Veröffentlichungswegen und -Produkten der amtlichen Statistik – keine zuordenbaren Einzelangaben veröffentlicht werden.

Mögliche Anonymisierungsmaßnahmen:
– Löschen oder Vergröbern von Merkmalen
– Stichprobenziehungen
– Datenveränderungen

Anonymisierungsgrade:
– absolut anonym
– faktisch anonym
– formal anonym

und Anonymisierung“). Im Rahmen dieser Offenlegungskontrolle werden datenschutzkritische Fälle identifiziert und mit geeigneten Verfahren aus dem Bereich der statistischen Geheimhaltung – beispielsweise der Zellsperrung – bearbeitet, sodass den gesetzlichen Vorgaben entsprochen wird und die erstellten Ausgaben an die Forscherinnen und Forscher weitergegeben werden können. Diese Maßnahmen gewährleisten, dass nur absolut anonyme Ergebnisse veröffentlicht werden und aus diesen keine Rückschlüsse auf Einzelangaben gezogen werden können. Zusätzlich werden die Datennutzerinnen und -nutzer selbst durch rechtliche Vorschriften – wie die Verpflichtung auf Einhaltung der statistischen Geheimhaltung, deren Missachtung zu strafrechtlichen Konsequenzen führen kann – in die Pflicht genommen.

Nutzungsbedingungen und Antragstellung

Grundsätzlich nutzungsberechtigt sind alle Einrichtungen mit dem Ziel unabhängiger wissenschaftlicher Forschung. Dementsprechend zählen zu diesem Kreis Hochschulen und Universitäten, aber auch Forschungsinstitute. Die Berechtigung wird bei erstmaliger Antragsstellung der Einrichtung geprüft.

Angehörige der durch die FDZ anerkannten Einrichtungen können über die FDZ-Homepage einen Online-Antrag zur Datennutzung stellen. Nach einer fachlichen Prüfung im FDZ und einem Feedbackprozess, in dessen Rahmen alle Statistischen Ämter Rückmeldungen zum Projektantrag und den beantragten Daten geben können, wird ein Nutzungsvertrag mit der jeweiligen Einrichtung geschlossen.

Die Mikrodatennutzung im FDZ der Statistischen Ämter des Bundes und der Länder ist grundsätzlich kostenpflichtig. So wird aktuell jedes beantragte Berichtsjahr einer Statistik aus dem FDZ-Angebot pro genutztem Nutzungsweg mit 250 Euro in Rechnung gestellt. Hierfür ist der Antragssteller im Gegenzug berechtigt, die entsprechende Datenbasis für eine Dauer von bis zu drei Jahren zu nutzen und in dieser Zeit entsprechend den Support sowie in Abhängigkeit vom gewählten Nutzungsweg die Infrastruktur des FDZ in Anspruch zu nehmen. Sollten die drei Jahre nicht ausreichen, so ist eine einmalige, kostenpflichtige Verlängerung der Projektlaufzeit um maximal drei weitere Jahre möglich. Für Sonderfälle, wie Peer-Review-Phasen, gibt es darüber hinaus weitere Regelungen, um den Anforderungen aus dem Wissenschaftssystem entgegenzukommen. Um Nachwuchswissenschaftlerinnen und -wissenschaftler zu fördern, existiert zudem ein Rabattsystem für Studien- beziehungsweise Abschlussarbeiten wie Masterarbeiten und Promotionen.

Der Standort Bayern des FDZ

Hervorzuheben ist die inhaltliche und räumliche Nähe der Forschungsdatenzentren der amtlichen Statistik zur Wissenschaft. Aufgrund der regionalen Infrastruktur können in jedem Standort alle Statistiken genutzt werden. Abbildung 2 enthält eine aktuelle Übersicht der regionalen Standorte.

Abb. 2
Standorte der Forschungsdatenzentren



Kontaktdaten des bayerischen FDZ-Standorts
Servicenummer: +49 911 98208 6577
E-Mail: fdz@statistik.bayern.de

Wie im Abschnitt „Fachlich zentralisierte Datenhaltung“ beschrieben, sind die Standorte jeweils für bestimmte Statistiken fachlich zuständig. Der FDZ-Standort Bayern übernimmt die Aufbereitung und Bereitstellung der Daten aus dem Bereich Bildung und Kultur sowie des Zensus. Konkret ist Bayern aktuell für die Studierenden- und Prüfungsstatistik, die Personal- und Stellenstatistik sowie den Zensus 2011 fachlich zuständig. Die Kontaktdaten des bayerischen Standorts enthält der gleichnamige Infokasten.

Gastwissenschaftsarbeitsplätze des bayerischen FDZ-Standorts sind in der Dienststelle in Fürth, Nürnberger Straße 95, und in der FDZ-Außenstelle in München, Sankt Martin-Straße 47, vorhanden. Zusätzlich wurde im Jahr 2013 eine Außenstelle mit Gastwissenschaftsarbeitsplatz in München im ifo Institut, Poschingerstraße 5, in Kooperation mit dem dortigen European Business Data Center (EBDC) eingerichtet, wodurch eine noch größere Forschungsnähe erreicht werden konnte. Genutzt werden diese Arbeitsplätze überwiegend von Studierenden sowie Forscherinnen und Forschern wissenschaftlicher Einrichtungen aus Bayern. Zu den Nutzerinnen und Nutzern gehören allerdings auch Personen aus dem nahegelegenen Ausland, wie Österreich oder der Schweiz, und teilweise sogar aus dem nicht-deutschsprachigen Ausland sowie Übersee.

Aktuelle Entwicklungen der deutschen Dateninfrastruktur

Die Entwicklung des FDZ der Statistischen Ämter der Länder und damit des FDZ-Standorts Bayern ist untrennbar verbunden mit der allgemeinen

Fortentwicklung der Forschungsdateninfrastruktur in Deutschland:

Um Datenbestände für die gesamte Wissenschaft zu erschließen, zu vernetzen und nachhaltig nutzbar machen zu können, wurde 2020 der Verein Nationale Forschungsdateninfrastruktur (NFDI) e. V. ins Leben gerufen. Der NFDI als ein von Bund und Ländern gegründeter und aktuell geförderter Verein, hat sich zum Ziel gesetzt, ein dauerhafter Wissensspeicher für neue Forschungsfragen und Innovationen zu sein. Dabei sollen die Daten nach den FAIR-Prinzipien (Findable, Accessible, Interoperable und Reusable – also auffindbar, zugänglich, interoperabel und wiederverwendbar – zur Verfügung gestellt werden. Um eine breite Abdeckung der Wissenschaftsdisziplinen innerhalb der NFDI zu gewährleisten, werden Konsortien gefördert. In jedem Fachkonsortium engagieren sich verschiedene Einrichtungen, wie Universitäten oder Forschungszentren, und arbeiten zusammen an fachinternen sowie fachübergreifenden Themen[6]. Ein Konsortium, welches in diesem Beitrag Erwähnung findet, ist das Konsortium für die Sozial-, Verhaltens-, Bildungs- und Wirtschaftsdaten (KonsortSWD). Dessen Ziel ist es, die bestehende Forschungsdateninfrastruktur weiter auszubauen und gesellschaftlich relevante und sensible Daten verfügbar zu machen. Dabei baut das KonsortSWD auf bewährten wissenschaftsnahen Strukturen, insbesondere den FDZ, auf.[7]

Nachdem die FDZ der Statistischen Ämter des Bundes und der Länder als Vorreiter bei der erleichterten Bereitstellung forschungsrelevanter Daten mit vorangegangen waren, sind über die letzten beiden Jahrzehnte hinweg immer mehr wissenschaftliche Institutionen und Behörden diesem Beispiel gefolgt und haben ihrerseits mit der Einrichtung eigener Forschungsdatenzentren ihren Teil zum verbesserten Datenzugang zu quantitativen – und mittlerweile auch qualitativen – Forschungsdaten beigetragen. So zählt der RatSWD 37 akkreditierte FDZ aus den verschiedensten Bereichen der Sozial- und Wirtschaftsforschung. Hinzu kommen derzeit vier weitere FDZ, die sich noch in einer Phase der vorläufigen Akkreditierung befinden[8]. Die Interessenvertretung der FDZ gegenüber dem RatSWD erfolgt im Rahmen des Ausschusses FDI, in dem alle vorläufig oder dauerhaft akkreditierten FDZ vertreten sind.

Die Bedeutung von Forschungsdaten für die Wissenschaft wurde auch im aktuellen Koalitionsvertrag der Parteien SPD, Bündnis 90/Die Grünen und FDP hervorgehoben. Dieser beinhaltet die Einführung eines Forschungsdatengesetzes, welches den Zugang zu Daten für Forschungszwecke verbessern soll. Der RatSWD formulierte in einem Positionspapier Eckpunkte, die bei der Ausgestaltung des Gesetzes berücksichtigt werden sollen[9]. Die zentrale Forderung dabei ist es, den Zugang zu Daten für die Wissenschaft zu verbessern, wobei allen Forscherinnen und Forschern die gleichen Zugangsrechte zu gewähren seien und gleichzeitig die Vertraulichkeit von Forschungsdaten gesichert werden soll. Dabei plädiert der RatSWD unter anderem für einen Datenzugang über ein Remote-Access-System, für Regelungen von erweiterten Verknüpfungsmöglichkeiten und für die Stärkung der Aufgaben der Forschungsdatenzentren. Da die Einrichtung von FDZ in den meisten Behörden eine freiwillige Aufgabe ist, soll nach Ansicht des RatSWD geprüft werden, inwieweit das Betreiben der FDZ als gesetzliche Aufgabe verankert werden kann. Dies gilt auch für die FDZ der Statistischen Ämter des Bundes und der Länder, deren Betrieb aus Sicht des Rates als eine obligatorische Kernaufgabe der Behörden verankert werden soll.

Zukünftige Herausforderungen

Das Forschungsdatenzentrum hat sich in den letzten 20 Jahren als ein wichtiges Bindeglied zwischen der amtlichen Statistik und der Wissenschaft etabliert. Als infrastruktureller Dienstleister orientiert sich das FDZ an den Bedürfnissen der Forscherinnen und Forscher, muss dabei jedoch auch stets die rechtlichen und technischen Möglichkeiten berücksichtigen. Neben der kontinuierlichen Weiterentwicklung der Datenbestände um neue Erhebungsjahre und neue Statistiken, konnten bereits wichtige technische Neuerungen umgesetzt werden. So wurde Anfang 2022 das Online-GWAP-Buchungssystem eingeführt, über das FDZ-Nutzerinnen und -Nutzer selbstständig,

6 Nationale Forschungsdateninfrastruktur (NFDI) e.V.: Über den Verein: www.nfdi.de/verein/, abgerufen am 29.09.2022.

7 Nationale Forschungsdateninfrastruktur (NFDI) e.V.: KonsortSWD: www.nfdi.de/konsortswd-2/, abgerufen am 29.09.2022

8 Übersicht unter www.konsortswd.de/datenzentren/alle-datenzentren/, abgerufen am 19.10.2022

9 RatSWD (2022): Positionspapier des RatSWD: Eckpunkte für ein Forschungsdatengesetz: www.konsortswd.de/wp-content/uploads/RatSWD-Positionspapier-Eckpunkte-fuer-ein-Forschungsdatengesetz.pdf, abgerufen am 29.09.2022

schnell und flexibel Reservierungen von Terminen an den Gastwissenschaftsarbeitsplätzen vornehmen können. Auch ein Downloadportal für CFs und PUFs wurde zur Verfügung gestellt. Nutzerinnen und Nutzer können darüber kosten- und antragsfrei CFs und PUFs inklusive der zugehörigen Metadaten downloaden und müssen hierfür keinen gesonderten Beantragungsprozess mehr durchlaufen.

Ein Downloadportal für die SUFs befindet sich im Aufbau. Während momentan den Nutzerinnen und Nutzern die SUFs noch auf einer DVD postalisch zugesandt werden, lassen sich künftig die Daten flexibel über das Downloadportal herunterladen. Das Bayerische Landesamt für Statistik wurde mit der Umsetzung dieser Downloadlösung betraut und wird die SUFs mithilfe der in Bayern betriebenen „On-Premise-Lösung" SecureBox bereitstellen. Mit dieser Modernisierungsmaßnahme soll den FDZ-Nutzerinnen und -Nutzern ein erhöhtes Maß an Flexibilität und Nutzerfreundlichkeit geboten werden, der Versand physischer Datenträger entfällt im Gegenzug.

Um den Forscherinnen und Forschern die Antragstellung zu erleichtern, ist ein E-Learning-Tool in Vorbereitung. In mehreren Modulen können sich interessierte Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler dann über das FDZ allgemein, die unterschiedlichen Zugangswege oder die Geheimhaltungs- sowie Codierungsregeln informieren. Das Tool soll dabei nicht den persönlichen Kontakt zwischen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern im FDZ und Forschern ersetzen, sondern als eine zusätzliche Unterstützung im Beratungsprozess dienen.

Da von Seiten der Wissenschaft, unter anderem auch vom RatSWD, schon lange ein Fernzugriff auf das Datenmaterial gefordert wird, laufen aktuell die Vorarbeiten für die Einführung eines Remote-Access-Systems. Nachdem zunächst die erforderlichen Rahmenbedingungen erarbeitet werden mussten, befindet sich das System nun in der Pilotierungsphase. Im Rahmen der aktuell geltenden rechtlichen Bestimmungen des BSatG wird zunächst der Remote-Zugriff mit Daten getestet, die momentan als SUF zur Verfügung stehen. Nach erfolgreicher Evaluation dieses Prototyps könnte in einem Folgeschritt auch der Zugriff auf weitere anonymisierte Daten über eine gesicherte IT-Umgebung ermöglicht werden. Forscherinnen und Forscher könnten somit aus ihrer wissenschaftlichen Einrichtung heraus auf die Daten zugreifen und Analysen zeitlich flexibel durchführen, ohne an einem Gastwissenschaftsarbeitsplatz arbeiten zu müssen. Die Daten verbleiben jedoch zu jedem Zeitpunkt innerhalb der FDZ-Infrastruktur. Der Remote-Access stellt hiermit einen wichtigen Schritt zur Sicherstellung der wissenschaftlichen Wettbewerbsfähigkeit in Deutschland dar, steht dabei jedoch – wie jedes Angebot der FDZ – vor der Herausforderung, im Spannungsfeld zwischen Datenschutz- und Statistikrecht auf der einen und der Ermöglichung erweiterter Nutzungs- und Analysemöglichkeiten auf der anderen Seite die richtige Lösung zu finden.

Als eine der wichtigsten Datenquellen für politische, gesellschaftliche oder wirtschaftliche Entscheidungen gilt der Zensus. Bereits die FDZ-Daten des Zensus 2011 wurden von Forscherinnen und Forschern für ihre Analysen verwendet. Zukünftig sollen auch die Daten des Zensus 2022 für die Wissenschaft in Form von FDZ-Daten aufbereitet und zur Verfügung gestellt werden. Als fachlich zuständiger FDZ-Standort ist Bayern hierbei federführend. Aktuell laufen in einer hierfür gemeinsam mit anderen FDZ-Standorten sowie der Zensus-Fachseite ins Leben gerufenen Projektgruppe die Vorarbeiten, um die Daten auch der Wissenschaft zugänglich machen zu können. Neben der eigentlichen Datenaufbereitung für die verschiedenen Statistikprogramme spielt hier auch die Erstellung von Metadaten und die Bereitstellung von Begleitdokumenten zur Dokumentation der komplexen Datenstrukturen eine wichtige Rolle.

Neben technischen Gegebenheiten und den Datenprodukten wandeln sich auch die zum Einsatz kommenden Geheimhaltungs- und Analyseverfahren. Zukünftig werden Verfahren, welche zur Sicherstellung der statistischen Geheimhaltung eine stochastische Datenveränderung und keine Datensperrung vorsehen (Cell-Key-Methode),

voraussichtlich eine zunehmend größere Rolle spielen. Damit einher geht die Hoffnung, den Geheimhaltungsprozess (teil-)automatisieren zu können, das Recht auf informationelle Selbstbestimmung abzusichern und zugleich den Datennutzerinnen und -nutzern ein Mehr an Informationen gegenüber dem Status Quo verfügbar machen zu können.

Zusammenfassung und Ausblick

Die Forschungsinfrastruktur in Deutschland hat sich innerhalb der letzten beiden Jahrzehnte massiv gewandelt und einen Prozess hin zu einer erleichterten Verfügbarkeit zahlreicher Datenbestände von Wissenschaft und Verwaltung aus den unterschiedlichsten Themenbereichen geführt. Dies gilt ebenso für die amtliche Statistik in Deutschland, die mit dem FDZ des Statistischen Bundesamtes und dem FDZ der Statistischen Ämter der Länder – welches in diesem Jahr sein 20. Gründungsjubiläum feiert – eine Vorreiterrolle eingenommen hat. Wichtige Etappen, die seit damals erfolgreich absolviert wurden, waren die dauerhafte Etablierung des FDZ seitens der Statistischen Ämter der Länder, die Gründung einer Reihe von FDZ-Außenstellen innerhalb wissenschaftlicher Einrichtungen sowie der nutzerorientierte Ausbau des Daten- und Dienstleistungsangebots. Auch der FDZ-Standort des Bayerischen Landesamts für Statistik hat sich in dieser Zeit zu einem wichtigen Standort für die Wissenschaft entwickelt: Neben einer Ausweitung des Datenangebots ist hier unter anderem die Gründung der Außenstelle im renommierten Münchner ifo Institut zu nennen. Trotz der Verlagerung des Landesamts von München nach Fürth, werden weiterhin die Gastwissenschaftsarbeitsplätze an beiden Standorten in München für FDZ-Nutzerinnen und -Nutzer angeboten. Die Übernahme der fachlichen und organisatorischen Zuständigkeit für die komplexen Daten des Zensus 2011 und 2022 ist ebenfalls prägend für den FDZ-Standort Bayern als Datenschnittstelle zwischen amtlicher Statistik und empirisch forschender Wissenschaft.

Doch auch die kommenden Jahre werden im Bereich der Forschungsdateninfrastruktur im Ganzen, genau wie für den FDZ-Standort im Bayerischen Landesamt für Statistik, weitere Herausforderungen mit sich bringen: Die sich stetig wandelnden Bedürfnisse der Wissenschaft und die immer besser werdenden technischen Möglichkeiten erfordern eine kontinuierliche Anpassung und Weiterentwicklung in den FDZ. So wird zum einen von Bedeutung sein, das bisher Erreichte weiterhin zu sichern und die vorhandenen Stärken auszubauen, und zum anderen die Modernisierung der amtlichen Dateninfrastruktur weiter voranzutreiben.

Verschuldung der kommunalen Körperschaften in Bayern 2021

Dipl.Kfm.Univ. Christoph Hackl

Die Verschuldung in den Kernhaushalten der kommunalen Körperschaften erhöhte sich im Jahr 2021 um 437,3 Millionen Euro auf 13 996,2 Millionen Euro. Je Einwohner ergaben sich somit Schulden in Höhe von 1 064 Euro. Die Schulden beim nicht-öffentlichen Bereich der Gemeinden und Gemeindeverbände (Gv), die zu Vergleichen für die kommunale Verschuldung eines Landes herangezogen werden, beliefen sich in Bayern auf 12 694,6 Millionen Euro oder 965 Euro je Einwohner. Die Eigenbetriebe haben ihre Verbindlichkeiten um 0,3 Millionen Euro auf 3 833,1 Millionen Euro erhöht; die nicht in selbstständiger Rechtsform geführten Krankenhäuser erhöhten diese um 1,5 Millionen Euro auf 91,0 Millionen Euro. Einschließlich dieser Sondervermögen lag der Schuldenstand der kommunalen Körperschaften bei 17 920,2 Millionen Euro. Weiterhin bestanden Schulden von rechtlich selbstständigen Einrichtungen und Unternehmen des kommunalen Sektors in Höhe von 3 517,5 Millionen Euro bei öffentlich-rechtlichen sowie 19 649,6 Millionen Euro bei privatrechtlichen Berichtseinheiten. Schuldenaufnahmen in Höhe von 3 071,5 Millionen Euro standen Tilgungen in Höhe von 2 744,5 Millionen Euro gegenüber. Bei den Eigenbetrieben und bei den Krankenhäusern der kommunalen Körperschaften wurden neue Fremdmittel in Höhe von 324,5 Millionen Euro beziehungsweise 13,3 Millionen Euro beschafft; deren Tilgungen lagen bei 342,7 beziehungsweise 14,1 Millionen Euro.

Kommunale Körperschaften und Schuldenstand

Der Begriff der kommunalen Körperschaften umfasst die kreisfreien Städte und kreisangehörigen Gemeinden (Gemeinden), die Landkreise und Bezirke (Gemeindeverbände) sowie die nicht kaufmännisch buchenden Zweckverbände und Verwaltungsgemeinschaften, die kommunale Aufgaben erfüllen. Unter dem Schuldenstand der kommunalen Körperschaften sind in erster Linie die Schulden ihrer öffentlichen Haushalte zu verstehen. Dazu gehören auch die Schulden ihrer Unternehmen ohne eigene Rechtspersönlichkeit, ihrer rechtlich unselbstständigen Stiftungen und ihrer sonstigen Sondervermögen, soweit deren Einnahmen und Ausgaben vollständig – also brutto – im Haushalt der kommunalen Körperschaft nachgewiesen werden. Die Schulden ihrer rechtlich unselbstständigen Betriebe mit eigener, vom Trägerhaushalt getrennter Rechnungsführung (Eigenbetriebe der kommunalen Körperschaften) und ihrer Krankenhäuser mit kaufmännischem Rechnungswesen erfasst die Schuldenstatistik getrennt. Dies gilt auch für die Schulden der sonstigen, aus den Haushalten der kommunalen Körperschaften ausgegliederten und in rechtlich selbstständiger Form geführten Einheiten und für die kommunalen Beteiligungen an Unternehmen der öffentlichen Hand, die in der Schuldenstatistik der öffentlichen Fonds, Einrichtungen und Unternehmen ausgewiesen werden. Diese zeigt die Verschuldung der öffentlich bestimmten Fonds, Einrichtungen und Unternehmen mit Sonderrechnung, an denen Bund, Länder, kommunale Körperschaften sowie Sozialversicherungen mit mehr als 50 %

des Nennkapitals oder des Stimmrechts unmittelbar oder mittelbar beteiligt sind.

Der statistische Schuldenstand unterscheidet zwischen Schulden beim nicht-öffentlichen Bereich (Schulden aus emittierten Wertpapieren und beim nicht-öffentlichen Bereich aufgenommene Schuldscheindarlehen) und Schulden beim öffentlichen Bereich. Die Summe aus beiden Schuldenarten wird als Verschuldung beim nicht-öffentlichen und beim öffentlichen Bereich bezeichnet. Nach der Neukonzeption der Schuldenstatistik sind ab dem Berichtsjahr 2010 neben der bis dahin verwendeten sogenannten fundierten Verschuldung auch Kassenkredite im Schuldenbegriff mit enthalten. Daneben erfragt die Schuldenstatistik bei den kommunalen Körperschaften weitere Schuldenarten wie Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen, den Bestand an kreditähnlichen Rechtsgeschäften (Hypotheken-, Grund- und Rentenschulden, Restkaufgelder, Schulden aus Leasingverträgen), ÖPP[1]-Projekte, Energie-Contracting, Schuldenübernahmen und die Höhe der Bürgschaften, Garantien und sonstigen Gewährleistungen.

Nicht mehr der Verschuldung ihrer öffentlichen Haushalte zugerechnet werden – in Anpassung an die Abgrenzung des Staatssektors nach dem Europäischen System Volkswirtschaftlicher Gesamtrechnungen (aktuell ESVG 2010) – ab dem Berichtsjahr 1998 die Schulden der kommunalen Krankenhäuser mit kaufmännischem Rechnungswesen. Ein Teil der vorherigen Daten hat zusätzliche Bedeutung durch den Maastrichter Vertrag erhalten. Darin wurde festgelegt, dass neben der Entwicklung der Haushaltslage auch die Höhe des öffentlichen Schuldenstandes[2] der Mitgliedsländer der Währungsunion zu überwachen ist. In diese Berechnung fließen die Schulden beim nicht-öffentlichen Bereich[3] und die Verbindlichkeiten aus kreditähnlichen Rechtsgeschäften der öffentlichen Haushalte der kommunalen Körperschaften ein. Die Schulden ihrer rechtlich selbstständigen Einrichtungen sowie die ihrer wirtschaftlich selbstständigen Einrichtungen (Eigenbetriebe) werden in der Regel nicht dem Staatssektor zugerechnet und gehen demzufolge nicht in die Berechnung ein.

Weitere Ausweitung der Schulden im Jahr 2021

Ohne ihre Sondervermögen wiesen die kommunalen Körperschaften am 31. Dezember 2021 beim nicht-öffentlichen und beim öffentlichen Bereich Schulden in Höhe von 13 996,2 Millionen Euro aus. Im Vergleich zum Vorjahr ist die Verschuldung um 3,2 %oder 437,3 Millionen Euro höher geworden. Die Verschuldung je Einwohner[4] lag bei 1 064 Euro; sie erhöhte sich gegenüber dem Jahr 2020 um 31 Euro. Von den Schulden der kommunalen Körperschaften am Ende des Berichtszeitraums entfielen auf die Gemeinden und Gemeindeverbände 91,2 % oder 12 760,2 Millionen Euro, auf die nicht kaufmännisch buchenden Zweckverbände 8,4 % oder 1 172,0 Millionen Euro und auf die Verwaltungsgemeinschaften 0,5 % oder 63,9 Millionen Euro. Von den Gemeinden und Gemeindeverbänden trugen die kreisfreien Städte 34,7 % oder 4 859,5 Millionen Euro, die kreisangehörigen Gemeinden 44,9 % oder 6 288,6 Millionen Euro, die Landkreise 11,1 % oder 1 554,4 Millionen Euro und die Bezirke 0,4 % oder 57,7 Millionen Euro zur Kommunalverschuldung bei (vgl. Tabelle 1). Die Entwicklung des Schuldenstands der einzelnen Körperschaftsgruppen verlief im Berichtszeitraum unterschiedlich. Während bei den kreisangehörigen Gemeinden (+5,7 %), den Landkreisen (+3,2 %), den Zweckverbänden (+6,6 %) und den Verwaltungsgemeinschaften (+4,7 %) Zuwächse der Schulden in ihren Kernhaushalten zu verzeichnen waren, gab es bei den kreisfreien Städten (– 0,4 %) und den Bezirken (– 13,5 %) eine Verringerung des Schuldenstandes.

Die langfristige Entwicklung der Verschuldung der Gemeinden und Gemeindeverbände seit 1980 beziehungsweise 1981 zeigen die Abbildungen 1 und 2. Um die Vergleichbarkeit zu gewährleisten, wurden für die Jahre 2010 bis 2021 die Kassenkredite herausgerechnet.

Schuldenanstieg bei den kreisangehörigen Gemeinden und den Landkreisen

Von den kreisfreien Städten verringerten diejenigen mit 200 000 oder mehr Einwohnern ihre Schulden um 0,3 % oder 9,3 Millionen Euro. Die Verschuldung je Einwohner nahm um 3 Euro auf

1 Öffentlich-private Partnerschaften.

2 Art. 126 Vertrag über die Arbeitsweise der Europäischen Union

3 Hier: Kreditmarktschulden im weiteren Sinn, die eventuell vorhandene Ausgleichsforderungen berücksichtigen.

4 Bei allen Verschuldungszahlen je Einwohner wurde der jeweilige Schuldenstand zum 31. Dezember 2021 auf die Bevölkerungszahlen zum 30. Juni 2021 bezogen.

1 499 Euro (–0,2%) ab. Die kreisfreien Städte mit 100 000 bis unter 200 000 Einwohnern wiesen einen Rückgang um 5 Euro auf 847 Euro je Einwohner (–0,6%) auf. Die Städte mit 50 000 bis unter 100 000 Einwohnern verminderten ihren Schuldenstand um 11 Euro auf 898 Euro je Einwohner

Tab. 1 Schulden der kommunalen Körperschaften in Bayern am 31. Dezember 2021 nach Art der Schulden
in Millionen Euro

Art der Schulden	Kommunale Körperschaften insgesamt	davon						
		Gemeinden und Gemeindeverbände	davon				Zweckverbände[1]	Verwaltungsgemeinschaften
			Kreisfreie Städte	Kreisangehörige Gemeinden	Landkreise	Bezirke		
Schulden beim nicht-öffentlichen Bereich								
Wertpapiere	221,0	221,0	221,0	–	–	–	–	–
Kredite bei Kreditinstituten	13 187,5	11 981,3	4 137,1	6 255,8	1 536,9	51,6	1 147,8	58,3
sonstigem inländischem Bereich	459,0	459,0	446,0	5,3	2,0	5,7	–	–
sonstigem ausländischem Bereich								
Euro-Währung	25,0	25,0	25,0	–	–	–	–	–
Fremdwährung	8,3	8,3	–	8,3	–	–	–	–
Zusammen	**13 900,7**	**12 694,6**	**4 829,2**	**6 269,3**	**1 538,9**	**57,2**	**1 147,8**	**58,3**
Schulden beim öffentlichen Bereich								
Schulden beim Bund	0,6	0,6	0,0	0,6	–	–	0,0	–
bei der gesetzlichen Sozialversicherung	0,1	0,1	–	0,1	–	–	–	–
bei sonstigen öffentlichen Sonderrechnungen	2,7	2,1	–	1,9	0,1	0,1	0,6	–
bei Ländern	4,2	4,2	0,8	3,0	0,3	0,2	–	–
bei Gemeinden/Gemeindeverbänden	26,3	8,4	–	8,1	0,0	0,3	14,1	3,9
bei Zweckverbänden und dergleichen	3,1	1,4	–	1,4	–	–	–	1,7
bei verbundenen Unternehmen, Beteiligungen und Sondervermögen	58,4	48,9	29,6	4,2	15,1	–	9,5	–
Zusammen	**95,4**	**65,7**	**30,4**	**19,3**	**15,5**	**0,5**	**24,2**	**5,6**
Schulden beim nicht-öffentlichen und beim öffentlichen Bereich zusammen								
Schulden zusammen	13 996,2	12 760,2	4 859,5	6 288,6	1 554,4	57,7	1 172,0	63,9
darunter Kassenkredite	319,4	303,7	29,6	150,9	123,2	–	11,4	4,2
Weitere Verbindlichkeiten								
Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	595,9	553,1	381,0	81,6	85,4	5,1	42,5	0,4
Bürgschaften								
Haftungssumme insgesamt	**2 974,6**	**2 944,1**	**1 067,3**	**723,7**	**881,6**	**271,4**	**30,5**	**–**
Kreditähnliche Rechtsgeschäfte								
Hypotheken-, Grund–u. Rentenschulden	12,1	12,1	5,0	7,1	–	–	–	–
Restkaufgelder im Zusammenhang mit Grundstücksgeschäften	163,0	154,0	6,3	139,5	8,1	–	8,9	0,2
Finanzierungsleasing	24,9	24,8	4,8	18,0	2,0	–	0,1	–
Zusammen	**200,0**	**190,8**	**16,1**	**164,6**	**10,2**	**–**	**9,0**	**0,2**
nachrichtlich: ÖPP-Projekte nach ESVG	78,9	78,9	–	53,6	25,2	–	–	–
Schulden der Eigenbetriebe								
Schulden beim nicht-öffentlichen Bereich	3 546,6	3 546,6	2 406,3	1 112,7	27,6	–	–	–
beim öffentlichen Bereich	286,5	286,5	149,4	119,5	4,3	13,3	–	–
Zusammen	**3 833,1**	**3 833,1**	**2 555,7**	**1 232,2**	**31,9**	**13,3**	**–**	**–**
Schulden der Krankenhäuser[2]								
Schulden beim nicht-öffentlichen Bereich	79,3	79,3	–	–	77,5	1,8	–	–
beim öffentlichen Bereich	11,7	11,7	–	–	7,2	4,5	–	–
Zusammen	**91,0**	**91,0**	**–**	**–**	**84,7**	**6,3**	**–**	**–**

1 Ohne kaufmännisch buchende Zweckverbände.
2 Krankenhäuser mit kaufmännischem Rechnungswesen.

Abb. 1
Fundierte Verschuldung der Gemeinden und Gemeindeverbände in Bayern seit 1980
in Milliarden Euro

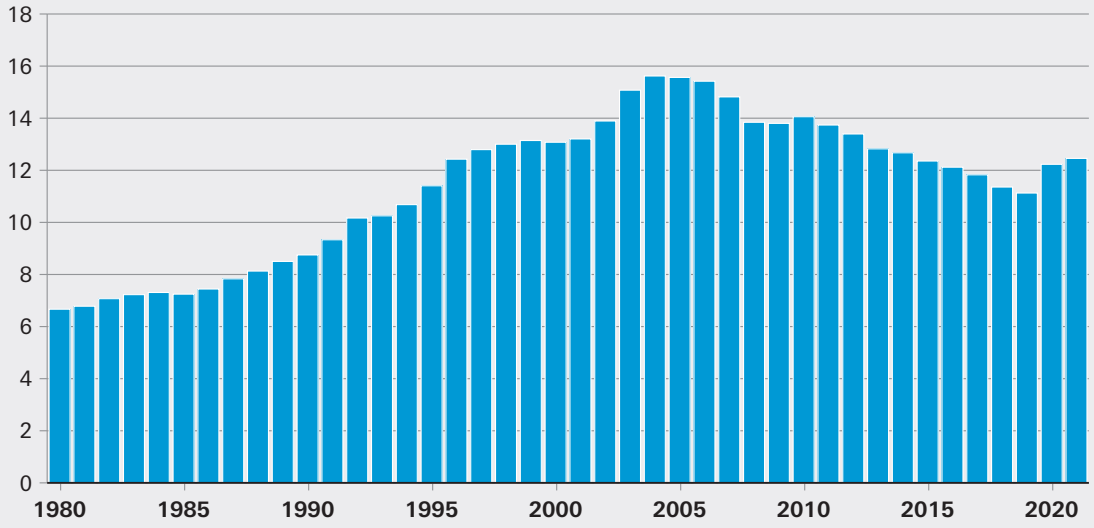
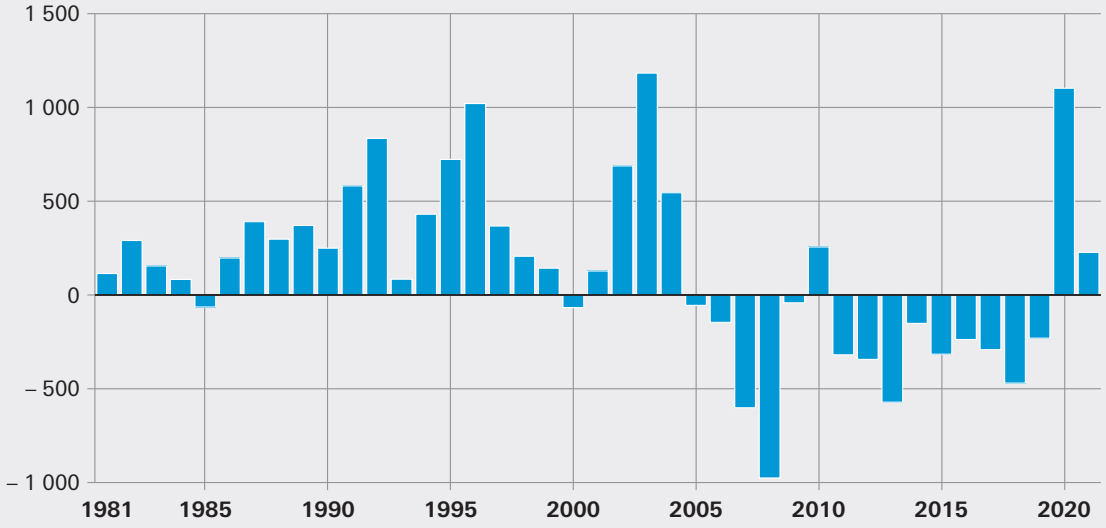


Abb. 2
Nettoneuverschuldung der Gemeinden und Gemeindeverbände in Bayern seit 1981
in Millionen Euro



(– 1,2 %). Die Städte unter 50 000 Einwohnern hatten bei einem Schuldenstand von 983 Euro je Einwohner gegenüber dem Vorjahr unverändert hohe Schulden (vgl. Tabelle 2).

Bei den kreisangehörigen Gemeinden war in allen Gemeindegrößenklassen eine Zunahme des Schuldenstandes zu verzeichnen; im Durchschnitt erfolgte ein Schuldenaufbau um 5,7 %. Die Gemeinden mit 20 000 oder mehr Einwohnern erhöhten die Verschuldung um 3,6 % von 728,2 Millionen Euro auf 754,3 Millionen Euro; die Gemeinden von 10 000 bis unter 20 000 Einwohnern steigerten diese um 2,6 % von 1 523,4 Millionen Euro auf 1 562,6 Millionen Euro. Die Gemeinden mit 5 000 bis unter 10 000 Einwohnern verzeichneten eine Zunahme ihrer Schulden um 4,3 % von 1 599,8 Millionen Euro auf 1 668,0 Millionen Euro,

die Gemeinden mit 3 000 bis unter 5 000 Einwohnern um 10,6% von 963,6 Millionen Euro auf 1 065,9 Millionen Euro; die Gemeinden mit 1 000 bis unter 3 000 Einwohnern erhöhten den Schuldenstand um 9,2% von 1 061,4 Millionen Euro auf 1 158,7 Millionen Euro und die Gemeinden unter 1 000 Einwohnern um 11,7% von 70,9 Millionen Euro auf 79,1 Millionen Euro.

Dabei ist zu berücksichtigen, dass sich innerhalb der einzelnen Gemeindegrößenklassen Veränderungen ergeben haben. Die Anzahl der Gemeinden insgesamt ist zwar gleich geblieben, allerdings sind in den Gemeindegrößenklassen Verschiebungen gegenüber dem Vorjahr aufgetreten: Die Anzahl der Gemeinden mit unter 1 000 Einwohnern nahm um zwei, die der Gemeinden mit 1 000 bis unter 3 000 Einwohnern um vier zu; die Zahl der Gemeinden mit 3 000 bis unter 5 000 Einwohnern nahm dagegen um sechs ab und die Anzahl der Gemeinden mit 5 000 bis unter 10 000 Einwohnern um eins zu. Die Anzahl der Gemeinden mit 10 000 bis unter 20 000 Einwohnern verringerte sich um eins, während die der Gemeinden mit 20 000 oder mehr Einwohnern gleichblieb.

Für Zeitvergleiche ist daher die Betrachtung der Schulden je Einwohner besser geeignet. Auch bei dieser Betrachtungsweise kam es ausschließlich zu Zunahmen des Schuldenstands in den Gemeindegrößenklassen: In der Gemeindegrößenklasse unter 1 000 Einwohnern erhöhten sich die Schulden um 13,0% oder 77 Euro, bei den Gemeinden mit 1 000 bis unter 3 000 Einwohnern wurden sie um 9,7% oder 61 Euro mehr, in den Gemeinden mit 3 000 bis unter 5 000 Einwohnern nahmen sie um 9,0% oder 54 Euro zu, in den Gemeinden mit 5 000 bis unter 10 000 Einwohnern um 3,5% oder

Tab. 2 Schulden der kommunalen Körperschaften in Bayern 2021 nach Gemeindegrößenklassen

Körperschaftsgruppe / Gemeindegrößenklasse	Schuldenstand[1] am 31. Dezember 2021							
	Insgesamt		davon				Veränderung insgesamt gegenüber 2020	
			Kernhaushalte		Eigenbetriebe und Krankenhäuser mit kaufmännischem Rechnungswesen			
	Millionen Euro	Euro je Einwohner	Millionen Euro	Euro je Einwohner	Millionen Euro	Euro je Einwohner	Millionen Euro	in %
Kreisfreie Städte mit ... Einwohnern								
200 000 oder mehr	5 169,0	*2 251*	3 441,3	*1 499*	1 727,7	*752*	– 41,6	*– 0,8*
100 000 bis unter 200 000	1 013,8	*1 542*	556,9	*847*	457,0	*695*	1,9	*0,2*
50 000 bis unter 100 000	774,6	*1 454*	478,3	*898*	296,3	*556*	– 8,6	*– 1,1*
unter 50 000	457,7	*1 174*	383,1	*983*	74,7	*192*	2,1	*0,5*
Zusammen	**7 415,2**	***1 913***	**4 859,5**	***1 254***	**2 555,7**	***659***	**– 46,1**	***– 0,6***
Kreisangehörige Gemeinden mit ... Einwohnern								
20 000 oder mehr	1 232,2	*920*	754,3	*563*	477,9	*357*	45,4	*3,8*
10 000 bis unter 20 000	2 082,4	*958*	1 562,6	*718*	519,9	*239*	42,2	*2,1*
5 000 bis unter 10 000	1 825,7	*781*	1 668,0	*713*	157,7	*67*	51,6	*2,9*
3 000 bis unter 5 000	1 115,9	*684*	1 065,9	*653*	50,0	*31*	122,4	*12,3*
1 000 bis unter 3 000	1 174,4	*701*	1 158,7	*692*	15,8	*9*	106,0	*9,9*
unter 1 000	90,1	*761*	79,1	*669*	10,9	*93*	9,9	*12,3*
Zusammen	**7 520,8**	***811***	**6 288,6**	***678***	**1 232,2**	***133***	**377,6**	***5,3***
Landkreise	1 671,0	*180*	1 554,4	*168*	116,6	*13*	39,9	*2,4*
Bezirke	77,3	*6*	57,7	*4*	19,6	*1*	– 7,2	*– 8,5*
Gemeinden und Gemeindeverbände zusammen	**16 684,3**	***1 268***	**12 760,2**	***970***	**3 924,0**	***298***	**364,2**	***2,2***
Zweckverbände[2]	1 172,0	*89*	1 172,0	*89*	–	–	72,1	*6,6*
Verwaltungsgemeinschaften	63,9	*31*	63,9	*31*	–	–	2,8	*4,6*
Insgesamt	**17 920,2**	***1 362***	**13 996,2**	***1 064***	**3 924,0**	***298***	**439,1**	***2,5***

1 Schulden beim nicht-öffentlichen und öffentlichen Bereich.
2 Ohne kaufmännisch buchende Zweckverbände.

24 Euro, in den Gemeinden mit 10 000 bis unter 20 000 Einwohnern um 2,8% oder 19 Euro und in der Größenklasse mit 20 000 oder mehr Einwohnern gab es eine Zunahme um 3,3% oder 18 Euro.

Verschuldung ganz überwiegend beim nicht-öffentlichen Bereich

Die 13 900,7 Millionen Euro Schulden der kommunalen Körperschaften beim nicht-öffentlichen Bereich waren fast ausschließlich Kredite (vgl. Tabelle 1). Die Kreditinstitute stellten 94,9% (Vorjahr 95,5%) der Ausleihungen, der Rest der Schulden beim nicht-öffentlichen Bereich waren Wertpapiere (1,6%) oder kam vom sonstigen in- und ausländischen Bereich (3,5%). Die Verschuldung beim öffentlichen Bereich bezifferte sich auf 95,4 Millionen Euro. Von allen öffentlichen Haushalten sind die größten Kreditgeber der kommunalen Körperschaften die verbundenen Unternehmen, Beteiligungen und Sondervermögen mit 58,4 Millionen Euro, gefolgt von den Gemeinden/Gemeindeverbänden mit 26,3 Millionen Euro, dem Land Bayern mit 4,2 Millionen Euro und von Zweckverbänden mit einem Kreditvolumen von 3,1 Millionen Euro.

Nachfrage nach Kassenkrediten deutlich höher als im Vorjahr

Neben den Mitteln im Rahmen der fundierten Verschuldung (Wertpapierschulden und Kredite beim nicht-öffentlichen und öffentlichen Bereich) benötigen die kommunalen Haushalte weitere Fremdmittel. Zur Überbrückung vorübergehender Kassenanspannungen nahmen sie Ende 2021 kurzfristige,

Tab. 3 Schuldenaufnahmen und -tilgungen der kommunalen Körperschaften in Bayern 2021
in Millionen Euro

Art der Schulden	Kommunale Körperschaften insgesamt	davon							
		Gemeinden und Gemeindeverbände	davon				Zweckverbände[1]	Verwaltungsgemeinschaften
			Kreisfreie Städte	Kreisangehörige Gemeinden	Landkreise	Bezirke		
Schuldenaufnahmen								
Wertpapiere	–	–	–	–	–	–	–	–
Kredite bei Kreditinstituten	2 829,8	2 581,1	1 379,9	1 050,6	136,5	14,1	240,6	8,2
sonstigem inländischem Bereich	194,3	194,3	191,1	3,1	–	–	–	–
sonstigem ausländischem Bereich								
Euro-Währung	25,0	25,0	25,0	–	–	–	–	–
Fremdwährung	9,3	9,3	–	9,3	–	–	–	–
Schulden beim nicht-öffentlichen Bereich	3 058,4	2 809,7	1 596,1	1 063,0	136,5	14,1	240,6	8,2
Schulden beim öffentlichen Bereich	13,1	3,4	0,0	2,2	1,1	–	8,5	1,2
Schulden beim nicht-öffentlichen und beim öffentlichen Bereich zusammen	**3 071,5**	**2 813,1**	**1 596,1**	**1 065,2**	**137,6**	**14,1**	**249,1**	**9,3**
Außerdem: Schulden der Eigenbetriebe	324,5	324,5	198,4	122,9	3,2	–	–	–
Schulden der Krankenhäuser[2]	13,3	13,3	–	–	13,3	–	–	–
Schuldentilgungen								
Wertpapiere	0,0	0,0	0,0	–	–	–	–	–
Kredite bei Kreditinstituten	2 585,8	2 459,4	1 531,3	728,6	184,3	15,2	119,5	6,9
sonstigem inländischem Bereich	23,3	23,3	22,7	0,6	–	–	–	–
sonstigem ausländischem Bereich								
Euro-Währung	100,0	100,0	100,0	–	–	–	–	–
Fremdwährung	1,1	1,1	–	1,1	–	–	–	–
Schulden beim nicht-öffentlichen Bereich	2 710,1	2 583,8	1 654,0	730,3	184,3	15,2	119,5	6,9
Schulden beim öffentlichen Bereich	34,3	4,9	0,1	1,4	3,4	0,0	29,5	–
Schulden beim nicht-öffentlichen und beim öffentlichen Bereich zusammen	**2 744,5**	**2 588,7**	**1 654,1**	**731,7**	**187,6**	**15,3**	**148,9**	**6,9**
Außerdem: Schulden der Eigenbetriebe	342,7	342,7	245,8	94,3	2,6	–	–	–
Schulden der Krankenhäuser[2]	14,1	14,1	9,6	–	4,3	0,2	–	–

1 Ohne kaufmännisch buchende Zweckverbände.
2 Krankenhäuser mit kaufmännischem Rechnungswesen.

nicht besonders gesicherte Darlehen in Höhe von 319,4 Millionen Euro in Anspruch. Diese sogenannten Kassenkredite waren um 134,2 Millionen Euro oder 72,5% höher als im Vorjahr. Die kreisfreien Städte ließen sich 29,6 Millionen Euro – und somit 29,1 Millionen Euro mehr als im Vorjahr – an Überbrückungskrediten gewähren. Die kreisangehörigen Gemeinden waren bei einem Stand von 150,9 Millionen Euro und einem Plus von 10,7% höher mit Kassenkrediten belastet als ein Jahr zuvor. Relativ stark wurden von den Landkreisen die beanspruchten Kassenkredite um 287,4% auf 123,2 Millionen Euro ausgeweitet. Bei den Bezirken wurden wie bereits im Vorjahr keine Kassenkredite verzeichnet. Die nicht kaufmännisch buchenden Zweckverbände (–1,3 Millionen Euro) reduzierten ihre Kassenkredite auf einen Stand von 11,4 Millionen Euro, während die Verwaltungsgemeinschaften um 10,7% höhere Verbindlichkeiten in Höhe von 4,2 Millionen Euro hatten.

Die kreditähnlichen Rechtsgeschäfte, das heißt die Verpflichtungen der kommunalen Körperschaften aus Hypotheken-, Grund- und Rentenschulden, aus Restkaufgeldern im Zusammenhang mit Grundstücksgeschäften und aus Schulden von Leasingverträgen haben sich im Berichtszeitraum von 217,7 Millionen Euro auf 200,0 Millionen Euro vermindert. Die Restkaufgelder verringerten sich um 10,7% auf 163,0 Millionen Euro. Die Schulden aus Leasingverträgen erhöhten sich von 21,2 Millionen Euro auf 24,9 Millionen Euro; Hypotheken-, Grund- und Rentenschulden nahmen um 14,3% auf 12,1 Millionen Euro ab. Bei Leasingverträgen meldeten die Berichtsstellen für die Schuldenstatistik die insgesamt eingegangenen Verpflichtungen (Leistungssumme) abzüglich der bis zum Ende des Berichtszeitraums geleisteten Tilgungen. ÖPP-Projekte schlugen mit 78,9 Millionen Euro zu Buche. Die Haftungssummen für Bürgschaften, Garantien und sonstige Gewährleistungen nahmen um 10,9 Millionen Euro auf 2 974,6 Millionen Euro ab. Diese potenziellen Zahlungsverpflichtungen können zukünftig zu Haushaltsausgaben führen.

Über die Schuldensituation der kommunalen Körperschaften ergibt der Schuldenstand ihrer öffentlichen Haushalte allein noch kein Gesamtbild. Seit Jahren verlagern kommunale Körperschaften Einrichtungen (z. B. der Bereiche Versorgung, Entsorgung, Verkehr) aus ihren Kommunalhaushalten, um sie in Form von Eigenbetrieben oder rechtlich selbstständigen Unternehmen weiter zu betreiben. Zusätzlich lässt sich verstärkt auch die Umwandlung von bereits wirtschaftlich ausgelagerten Einheiten (Eigenbetrieben) in rechtlich selbstständige Einheiten beobachten. Mit der Ausgliederung der bisher in einem öffentlichen Haushalt geführten Einrichtung gehen meist auch die ihr zurechenbaren Kredite auf die neu errichtete Wirtschaftseinheit über. Damit lässt sich die Schuldensituation des auslagernden öffentlichen Haushalts ohne Bewegung von Geldmitteln verändern. Ein Schuldenvergleich wird erschwert, da sich die Schulden auf den öffentlichen Haushalt, die zugehörigen Eigenbetriebe und die rechtlich selbstständigen Unternehmen der kommunalen Körperschaft verteilen. Bereits vor 2012 wurden den Schulden der kommunalen Körperschaften die entsprechenden Schulden ihrer Eigenbetriebe zugeordnet.

Für die ausgegliederten Bereiche wurde durch die amtliche Statistik für die Erhebung zum 31. Dezember 2012 erstmals eine Zuordnung der Schulden nach Eignern oder Trägern vorgenommen[5], danach aber wieder ausgesetzt, da keine sicherere methodische Basis für die Zuordnung geschaffen war. Mittlerweile liegen für den Stand 31. Dezember 2016 sowie 31. Dezember 2017 als „Integrierte Schulden der Gemeinden und Gemeindeverbände“ in Gemeinschaftsveröffentlichungen der Statistischen Ämter des Bundes und der Länder entsprechende Ergebnisse vor, die im Internet-Angebot des Statistischen Bundesamtes abgerufen werden können. Erneute Veröffentlichungen zu der Thematik sind wieder für die Schuldenstatistik 2021 vorgesehen.

In Anpassung an die Neuabgrenzung des Staatssektors (aktuell nach dem ESVG 2010) werden alle sonstigen öffentlichen Fonds, Einrichtungen und Unternehmen nicht mehr den öffentlichen Haushalten zugeordnet. Ihre Schulden – außer die von Eigenbetrieben – gehen auch nicht in die Bestimmungsfaktoren für die Höhe des Schuldenstandes nach Maastricht ein. Für die aus den öffentlichen

5 Ausführliche Ergebnisse enthält der Statistische Bericht „Staats- und Kommunalschulden in Bayern am 31. Dezember 2012“, kostenlos abrufbar unter: www.statistik.bayern.de/statistik/haushalte_steuern/oeffentliche_haushalte

Haushalten ausgegliederten und privatisierten kommunalen Aufgaben hat die Kenngröße „Schulden“ nicht mehr die gleiche wichtige Bedeutung wie für den öffentlichen Haushalt selbst. Für ein Wirtschaftsunternehmen steht seine Wirtschaftlichkeit, die Rentabilität, im Vordergrund. Ein Betrieb kann trotz höherer Schulden im Vergleich zum Konkurrenzunternehmen wirtschaftlicher sein. Für ein Unternehmen gilt, dass es zumindest seine Kosten decken muss, ansonsten geht es in Konkurs oder muss vom öffentlichen Haushalt subventioniert werden. Die Subventionierung des Unternehmens belastet den öffentlichen Haushalt. Die öffentlichen Haushalte haften jedoch für die Schulden ihrer rechtlich unselbstständigen, aus den Haushalten ausgegliederten Unternehmen.

Schuldenstand der Eigenbetriebe weiter fast unverändert

Im Berichtszeitraum erhöhte sich die Verschuldung bei den Eigenbetrieben der kommunalen Körperschaften (ohne Krankenhäuser mit kaufmännischem Rechnungswesen) geringfügig um 0,3 Millionen Euro von 3 832,7 Millionen Euro auf 3 833,1 Millionen Euro. Zu diesem Anstieg trugen ausschließlich die Eigenbetriebe der kreisangehörigen Gemeinden bei, da es bei den kreisfreien Städten und den Landkreisen zu einer Verringerung der Verschuldung um 27,4 beziehungsweise 8,5 Millionen Euro kam und bei den Bezirken der Schuldenstand gleichblieb. Die Verschuldung der Krankenhäuser mit kaufmännischem Rechnungswesen der kommunalen Körperschaften lag am Ende des Berichtsjahres bei 91,0 Millionen Euro, das waren 1,5 Millionen Euro mehr als noch im Vorjahr. Sie teilte sich auf in 79,3 Millionen Euro Schulden beim nicht-öffentlichen Bereich und 11,7 Millionen Euro Schulden beim öffentlichen Bereich. Die Schulden der Krankenhäuser mit kaufmännischem Rechnungswesen waren mit 93,1 % vorwiegend Schulden der Landkreise. Nicht in diesen Zahlen enthalten sind die rechtlich selbstständigen Krankenhäuser.

Der Schuldenstand dieser Sondervermögen der kommunalen Körperschaften betrug zusammen 3 924,0 Millionen Euro. Davon waren 92,4 % Schulden beim nicht-öffentlichen Bereich. Fasst man die Schulden beim nicht-öffentlichen Bereich und beim öffentlichen Bereich von den kommunalen Körperschaften und von ihren Eigenbetrieben beziehungsweise Krankenhäusern mit kaufmännischem Rechnungswesen zusammen, ergibt sich ein Schuldenstand von 17 920,2 Millionen Euro oder 1 362 Euro je Einwohner. Bei Ländervergleichen werden als Maßstab für die kommunale Verschuldung meist nur die Schulden beim nicht-öffentlichen Bereich der Gemeinden und Gemeindeverbände herangezogen. Hier ergibt sich zum 31. Dezember 2021 ein Schuldenstand von 12 694,6 Millionen Euro oder 965 Euro je Einwohner. Für das Vorjahr beliefen sich die Vergleichszahlen auf 12 370,5 Millionen Euro und 943 Euro je Einwohner.

Schulden außerhalb der Kernhaushalte weiter gestiegen

Neben den bisher beschriebenen Schulden bei den Kernhaushalten und Eigenbetrieben der kommunalen Körperschaften bestanden Schulden bei rechtlich selbstständigen Einrichtungen und Unternehmen des kommunalen Sektors in Höhe von 3 517,5 Millionen Euro bei öffentlich-rechtlichen sowie 19 649,6 Millionen Euro bei privatrechtlichen Berichtseinheiten. Gegenüber dem Vorjahr erhöhten sich diese Schulden insgesamt um 6,5 %. Neben Schuldenstand und Nettoneuverschuldung[6] weist die Statistik auch die im Berichtsjahr erfolgten Schuldenaufnahmen und Tilgungen aus.

Insgesamt höhere Schuldenaufnahmen …

Die Haushalte der kommunalen Körperschaften nahmen im Berichtsjahr beim nicht-öffentlichen und beim öffentlichen Bereich 3 071,5 Millionen Euro an Schulden auf (vgl. Tabelle 3), das sind 10,3 % oder 286,1 Millionen Euro mehr als im Vorjahr. Zugenommen haben die Schuldenaufnahmen bei den kreisfreien Städten um 88,1 Millionen Euro (+5,8 %), bei den kreisangehörigen Gemeinden um 127,3 Millionen Euro (+13,6 %), bei den Landkreisen um 18,9 Millionen Euro (+15,9 %), bei den Zweckverbänden um 47,7 Millionen Euro (+23,7 %) sowie bei den Verwaltungsgemeinschaften um 4,1 Millionen Euro (+79,8 %). Sie blieben bei den Bezirken unverändert. Die von den kommunalen Haushalten im Berichtszeitraum

6 Saldo aus Schuldenaufnahmen, Tilgungen und sonstigen Schuldenzu- und -abgängen (einschl. sonstiger Berichtigungen).

beim nicht-öffentlichen Bereich neu beschafften Fremdmittel in Höhe von 3 058,4 Millionen Euro wurden zu 92,5 % (2020: 91,4 %) von Kreditinstituten bereitgestellt.

Nach den Regelungen des Europäischen Systems gelten als „kurzfristig" jene Kredite mit einer Laufzeit bis einschließlich einem Jahr, als „mittelfristig" die Kredite über einem Jahr und unter fünf Jahren und als „langfristig" die Kredite mit einer Laufzeit von fünf oder mehr Jahren. Nach dieser Definition setzten sich die Schuldenaufnahmen der kommunalen Haushalte beim nicht-öffentlichen und beim öffentlichen Bereich im Berichtsjahr zu 86,5 % aus langfristigen, zu 8,4 % aus kurzfristigen und zu 5,2 % aus mittelfristigen Mitteln zusammen. Der Anteil der mittel- und langfristigen Kredite hat im Berichtszeitraum zu Lasten der kurzfristigen Mittel zugenommen. Die Schuldenaufnahmen beliefen sich bei den Eigenbetrieben der kommunalen Körperschaften auf 324,5 Millionen Euro (2020: 398,1 Millionen Euro) und bei den Krankenhäusern auf 13,3 Millionen Euro (2020: 12,1 Millionen Euro).

… und auch höhere Schuldentilgungen

Die Tilgungen der Haushalte der kommunalen Körperschaften fielen mit 2 744,5 Millionen Euro um 1 075,5 Millionen Euro deutlich höher als im Vorjahr aus. Beim nicht-öffentlichen Bereich wurden 2 710,1 Millionen Euro und beim öffentlichen Bereich 34,3 Millionen Euro Darlehensschulden abgebaut (vgl. Tabelle 3). Die Eigenbetriebe leisteten mit 342,7 Millionen Euro um 31,9 Millionen Euro weniger Rückzahlungen von Fremdmitteln; die Krankenhäuser mit kaufmännischem Rechnungswesen tilgten 14,1 Millionen Euro, dies waren 8,7 Millionen Euro mehr als im Vorjahr.

Ergebnisse der Baumobstanbauerhebung 2022

Im Vergleich zu den Vorerhebungen 2017 und 2012 gewinnen größere Betriebe und der ökologische Anbau an Bedeutung

Joanna Beyersdorf, M.A.

Nach den Ergebnissen der Baumobstanbauerhebung 2022 umfasst die Baumobstfläche in Bayern 3 065 ha. Diese Fläche wird von 906 Betrieben bewirtschaftet. Gegenüber der Vorerhebung 2017 erhöhte sich die Anbaufläche um 8,5 %, die Anzahl der Betriebe verminderte sich hingegen um 5,3 %. Ähnliche Veränderungen können auch zwischen 2012 und 2017 beobachtet werden; sie gehen mit einer zunehmenden Bedeutung größerer Betriebe einher. So weisen aktuell 69 oder 7,6 % der Baumobstbetriebe eine Anbaufläche von 10 ha oder mehr auf. 2012 gehörten erst 41 beziehungsweise knapp 4,0 % der Betriebe dieser Größenklasse an. Kleinere Betriebe ab 0,5 bis unter 2,0 ha Baumobstfläche machen mit rund 57,2 % die deutliche Mehrheit aus, ihr Anteil verringert sich jedoch seit der Erhebung 2012.
Die Anzahl der Baumobstbetriebe mit vollständig ökologischer Flächenbewirtschaftung liegt 2022 bei 195. Im Jahr 2017 waren es 123 Betriebe. Weitere 28 Betriebe bewirtschaften 2022 einen Teil ihrer Baumobstfläche nach ökologischen Kriterien, im Jahr 2017 waren es 15 Betriebe.
1 326 ha oder 43,3 % der Baumobstflächen dienen dem Anbau von Äpfeln – vor allem der Sorten Elstar, Gala und Jonagold. Auf die in Bayern dominierenden Apfelbäume folgen Süßkirschbäume mit 544 ha beziehungsweise 17,7 % der Baumobstflächen.
In Unterfranken wird mit 844 ha die bayernweit größte Anbaufläche für Baumobst bewirtschaftet, es folgt Schwaben mit 815 ha. In der Oberpfalz liegt mit 52 ha die kleinste Baumobstfläche Bayerns.

Zielsetzung, Methodik und Rechtsgrundlagen der Baumobstanbauerhebung

Die Baumobstanbauerhebung wird von den Statistischen Ämtern des Bundes und der Länder alle fünf Jahre durchgeführt. In ihrem Rahmen wird die für die Marktproduktion relevante, für den Baumobstanbau genutzte Fläche erfasst. Baumobsterhebungen mit diesem Fokus werden in Bayern seit 1972 durchgeführt[1]. Frühere Erhebungen hatten demgegenüber den gesamten Baumobstanbau in den Blick genommen, unabhängig von der Verwendung der Erzeugung[2].

Mithilfe der Baumobstanbauerhebung sind aktuelle und wirklichkeitstreue Informationen über die Betriebs- und Anbaustrukturen des Baumobstanbaus zu erheben. Die Ergebnisse zu den Anbauflächen bilden beispielsweise die Grundlage für die jährliche Ermittlung der Erntemengen von Baumobst und für die Erstellung von Versorgungsbilanzen.[3] Die Ergebnisse werden auch benötigt, um im Rahmen der Agrarpolitik auf deutscher und EU-Ebene geeignete politische Maßnahmen zur Förderung von Baumobstbetrieben ergreifen zu können.

Die Baumobstanbauerhebung wird als Vollerhebung durchgeführt. Auskunftspflichtig sind landwirtschaftliche Betriebe mit Baumobstflächen von mindestens 0,5 ha, sofern die Flächen für

1 Richtlinie Nr. 71/286/EWG des Rates vom 26. Juli 1971 über die von den Mitgliedstaaten durchzuführenden statistischen Erhebungen zur Ermittlung des Produktionspotentials bestimmter Baumobstanlagen.

2 Hauschild, W. (2018): Neukonzeption und Ergebnisse der Baumobstanbauerhebung 2017. In: Statistisches Bundesamt (2018): WISTA Wirtschaft und Statistik. Ausgabe 3/2018, S. 129f. WISTA_3_2018 (www.statistischebibliothek.de/mir/servlets/MCRFileNodeServlet/DEAusgabe_derivate_00001692/WISTA_3_2018.pdf) (abgerufen am 25.09.2022).

3 Statistisches Bundesamt (2022): Baumobstanbauerhebung 2022. Landwirtschaftliche Bodennutzung – Baumobstfläche. Qualitätsbericht. www.destatis.de/DE/Methoden/Qualitaet/Qualitaetsberichte/Land-Forstwirtschaft-Fischerei/baumobstanbauerhebung.pdf?__blob=publicationFile (abgerufen am 25.09.2022).

Erhebungsmerkmale der Baumobstanbauerhebung gemäß § 17 AgrStatG

- die Gesamtfläche des Baumobstanbaus
- die Obstarten nach der Fläche und dem Verwendungszweck des Obstes sowie für Tafeläpfel und Tafelbirnen zusätzlich die Sorten, die Pflanzzeitpunkte und die Zahl der Bäume jeweils nach der Fläche
- die Angabe zur ökologischen Wirtschaftsweise

wirtschaftliche Zwecke genutzt werden.[4] Reine Streuobstwiesen ohne wirtschaftliche Nutzung des anfallenden Obstes werden nicht unter Baumobstflächen subsumiert, sondern zumeist zum Dauergrünland gezählt. Auch Flächen, deren Obsternte der Eigennutzung dient, werden außer Acht gelassen. § 17 Agrarstatistikgesetz (AgrStatG)[5] schreibt die zu erfassenden Merkmale vor (vgl. Infokasten)[6].

In der Erhebung wird zwischen Steinobst und Kernobst unterschieden. Zum Steinobst zählen Süßkirschen, Sauerkirschen, Mirabellen und Renekloden sowie Pflaumen und Zwetschen. Anbauflächen für Steinobst werden weiterhin nach der Art der angestrebten marktmäßigen Verwendung der Ernte unterschieden; hierfür werden die Anbauflächen für Tafelobst und für Verwertungsobst/Wirtschaftsobst separat erfasst. Als Verwertung ist beispielsweise die Weiterverarbeitung zu Marmelade, Schnaps, Saft oder für Konserven anzusehen. Als Tafelobst wird Obst bezeichnet, das für den Frischverzehr geeignet ist.

Äpfel und Birnen gehören zu den Kernobstarten. In der Baumobstanbauerhebung wird die Anbaufläche für Äpfel und Birnen ermittelt und ebenfalls zwischen Tafelobst und Wirtschaftsobst unterschieden. Beim Tafelobst sind zusätzlich die Sorte, die Anzahl der Bäume und das Pflanzjahr anzugeben. Seit dem Jahr 2017 wird zudem die Anbaufläche von Aprikosen, Pfirsichen, Quitten und Walnüssen erfragt, jedoch ohne Angaben zu deren Verwendung. In der Erhebung 2022 werden erstmals auch Anbauflächen für Haselnüsse separat ausgewiesen.

Seit der Erhebung 2017 werden zusätzlich Auskünfte zur ökologischen Bewirtschaftung erfasst: die Anzahl der Betriebe, die jeweilige Baumobstfläche, die Anzahl der Bäume und der Grad des ökologischen Wirtschaftens („teilweise“ versus „vollständig“).

Die Baumobstanbauerhebung 2022 bedient sich bei der Übermittlung der Daten des elektronischen Meldeverfahrens IDEV[7]. Entsprechend sind die Auskunftspflichtigen gemäß § 11a Absatz 2 Bundesstatistikgesetz (BStatG) verpflichtet, dieses Verfahren zu nutzen. Ausnahmen davon sind auf schriftlichen Antrag möglich – etwa, wenn Auskunftspflichtige nicht über Internetzugang oder eine für elektronische Datenübermittlung erforderliche Ausstattung verfügen. Außerdem sind telefonische Datenaufnahmen und Rücksprachen möglich. Die Aufbereitung der Baumobstanbauerhebung erfolgt seit 2017 in der Fachanwendung AGRA2010. Neben der elektronischen Datenerfassung mit IDEV und den dort hinterlegten Plausibilitätsprüfungen tragen ebenfalls die in AGRA2010 implementierten und durch Prüfungen der zuständigen Sachbearbeiter ergänzten Plausibilitätskontrollen zu einer Verbesserung der Datenqualität bei.

Die im Folgenden vorgestellten Ergebnisse basieren auf den drei zuletzt durchgeführten Baumobsterhebungen der Jahre 2022, 2017 und 2012. Da ausschließlich der Anbau von Baumobst betrachtet wird, werden die Begriffe Baumobstfläche, Fläche und Obst(anbau)fläche synonym verwendet. Entsprechendes gilt für die Begriffe Baumobstbetriebe und Obstbetriebe und verwandte Begriffe.

Durchschnittlich bewirtschaftete Baumobstfläche je Betrieb steigt auf 3,4 ha

Die nach den Ergebnissen der Baumobstanbauerhebung 2022 in Bayern zu Wirtschaftszwecken genutzte Baumobstfläche von 3 065 ha wird von

4 Die Abschneidegrenze von 0,5 ha Baumobstanbaufläche wurde erstmals 2012 zugrunde gelegt, in früheren Baumobstanbauerhebungen galten niedrigere Erfassungsgrenzen, vgl. Hauschild, W. (2018): Neukonzeption und Ergebnisse der Baumobstanbauerhebung 2017. In: Statistisches Bundesamt (2018): WISTA Wirtschaft und Statistik. Ausgabe 3/2018, S. 130.

5 Agrarstatistikgesetz in der Fassung der Bekanntmachung vom 17. Dezember 2009 (BGBl. I S. 3886), das zuletzt durch Artikel 109 des Gesetzes vom 20. November 2019 (BGBl. I S. 1626) geändert worden ist.

6 Die Baumobsterhebung beruht auch auf Gesetzen der Europäischen Union, hier insbesondere auf der Verordnung (EU) 2018/1091 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 18. Juli 2018 über integrierte Statistiken zu landwirtschaftlichen Betrieben und zur Aufhebung der Verordnungen (EG) Nr. 1166/2008 und (EU) Nr. 1337/2011.

7 IDEV: Internet Datenerhebung im Verbund.

906 Betrieben bewirtschaftet. Der insgesamt in der Landwirtschaft zu beobachtende Strukturwandel macht auch vor dem Baumobstanbau nicht halt: Verglichen mit den Ergebnissen der Baumobstanbauerhebung 2017 erhöhte sich die Anbaufläche um 8,5%, die Betriebsanzahl verringerte sich jedoch um 5,3%. Im Jahr 2012 lagen die zu Wirtschaftszwecken genutzte Anbaufläche bei 2 435 ha und die Zahl der Obstbetriebe bei 1029 (Tabelle 1).

Die durchschnittlich bewirtschaftete Obstanbaufläche je Betrieb stieg innerhalb der letzten fünf Jahre von 3,0 ha auf 3,4 ha. Im Jahr 2012 lag sie bei 2,4 ha.

Die meisten Baumobstbetriebe weisen eine Fläche zwischen 0,5 und 2 ha auf

Bezogen auf betriebliche Größenklassen vollziehen sich im Zeitvergleich im oberen und im unteren Größenbereich deutliche Veränderungen. So bewirtschaftet 2022 mit 57,2% nach wie vor die Mehrheit der Baumobstbetriebe eine vergleichsweise kleine Fläche ab 0,5 bis unter 2,0 ha. Verglichen mit 2017 hat sich die Betriebszahl dieser Größenklasse um 10,1% (–58 Betriebe) verringert, gegenüber 2012 nimmt der Umfang dieser Größenklasse um 194 Betriebe beziehungsweise 27,2% ab (Tabelle 1).

Die größte betriebliche Größenklasse – mit Betrieben ab 10 ha Anbaufläche für Baumobst – umfasst im Jahr 2022 mit 69 Betrieben rund 7,6% aller Baumobstbetriebe Bayerns. Gegenüber 2017 verzeichnet diese Größenklasse ein Plus von 23,2% (+13 Betriebe). Gegenüber der Baumobstanbauerhebung 2012 mit damals 41 Großbetrieben bedeutet das eine Steigerung um 68,3%.

Die häufigste Obstart in Bayern sind Äpfel. 1 326 ha oder 43,3% der Baumobstfläche in Bayern werden für den Anbau von Äpfeln verwendet. Im Vergleich zu 2017 nahm diese Fläche um 9,9% zu (+119 ha). Die häufigsten Tafelapfelsorten im Jahr 2022 sind Elstar (209 ha), Gala (93 ha) und Jonagold (90 ha). 17,7% der bayerischen Baumobstflächen sind mit Süßkirschbäumen (544 ha) bepflanzt, weitere 11,0% mit Pflaumen-/Zwetschenbäumen (336 ha). Außerdem entfallen 60 ha auf Sauerkirschen, 51 ha auf Mirabellen/Renekloden sowie 272 ha auf Birnen. Nahezu ein Viertel der Anbaufläche für Tafelbirnen entfällt auf die Williams Christbirne (66 ha). Fast gleich stark in Bayern vertreten sind die Sorten Alexander Lucas (18 ha) sowie die Sorte Nojabrskaja (17 ha). Unter „weiterem Baumobst" wurden insgesamt 476 ha Anbaufläche ermittelt. Dazu zählen vor allem die in der Baumobstanbauerhebung 2022 neu erhobenen Flächen für Haselnüsse mit einer Anbaufläche von etwa 318 ha, des Weiteren Walnüsse mit rund 96 ha, Quitten mit rund 32 ha und Aprikosen mit rund 10 ha.

998 ha und damit 75,3% der Apfelanbauflächen dienen der Ernte von Tafelobst. Bei den Süßkirschen entfallen 485 ha (89,2%) und bei den Pflaumen/Zwetschen 273 ha (81,3%) der Anbaufläche auf das Tafelobst. Bei Birnen beträgt der Anteil von Tafelobst 56,6%. Hingegen werden Mirabellen/Renekloden sowie Sauerkirschen mit etwa

Tab. 1 Betriebe und Baumobstfläche nach Betriebsgrößenklassen, Bayern 2012, 2017 und 2022

Baumobstfläche von ... bis unter ... ha	Betriebe					Baumobstfläche				
	2012	2017	2022	Veränderung 2022 gegenüber 2017	Veränderung 2022 gegenüber 2012	2012	2017	2022	Veränderung 2022 gegenüber 2017	Veränderung 2022 gegenüber 2012
	Anzahl			in %		in ha			in %	
0,5 bis unter 2	712	576	518	*– 10,1*	*– 27,2*	711	612	562	*– 8,2*	*– 21,0*
2 bis unter 5	202	224	221	*– 1,3*	*9,4*	608	674	674	*0,0*	*10,9*
5 bis unter 10	74	101	98	*– 3,0*	*32,4*	522	706	675	*– 4,4*	*29,3*
10 und mehr	41	56	69	*23,2*	*68,3*	594	832	1 154	*38,7*	*94,3*
Insgesamt	**1 029**	**957**	**906**	***– 5,3***	***– 12,0***	**2 435**	**2 824**	**3 065**	***8,5***	***25,9***

Quelle: Baumobstanbauerhebung 2012, 2017 und 2022.

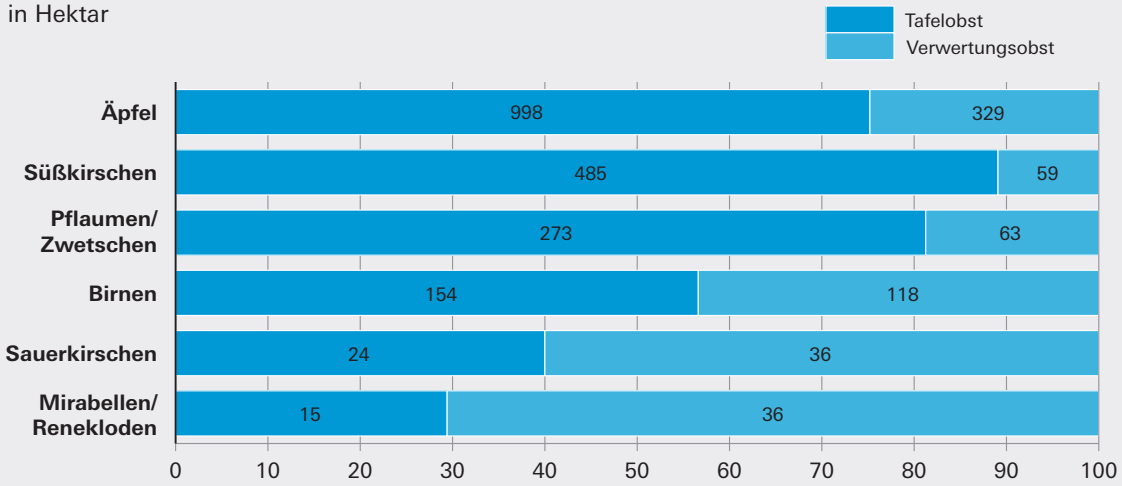
70,6 % beziehungsweise 60,0 % mehrheitlich als Verwertungsobst angebaut (Abbildung 1).

Auf einem Hektar Baumobstfläche für Tafeläpfel stehen im Durchschnitt 2 510 Bäume, bei Tafelbirnen sind es 1 948 Bäume

Die Anzahl der Bäume sowie das Pflanzjahr werden nur bei Tafeläpfeln und Tafelbirnen erhoben. Im Durchschnitt werden im Jahr 2022 pro Hektar Anbaufläche für Tafeläpfel 2 510 Bäume verzeichnet. Bei den Tafelbirnen sind es mit 1 948 Bäumen je Hektar deutlich weniger. Im Jahr 2017 war die Baumdichte bei Apfelbäumen mit 2 566 Bäumen je Hektar höher und bei Birnbäumen mit 1 815 je Hektar geringer als 2022.

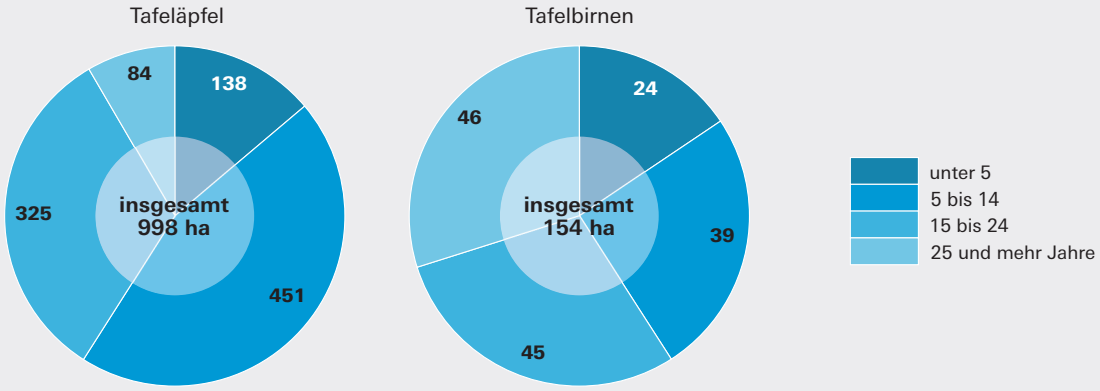
Bezogen auf das Alter der Bäume zeigen die aktuellen Ergebnisse, dass in den letzten fünf Jahren auf insgesamt 138 ha (13,8 % der Anbaufläche für Tafeläpfel) Bäume mit Tafeläpfeln neu gepflanzt oder umveredelt wurden. Auf weiteren 451 ha (rund 45,2 % der Anbaufläche für Tafeläpfel) waren die Bäume zwischen 5 und 14 Jahren alt. Bei knapp einem Drittel (32,6 %, 325 ha) der Fläche für Tafeläpfel wiesen die Bäume ein Alter zwischen 15 und 24 Jahren auf. Tafeläpfel, die älter als 25 Jahre

Abb. 1
Baumobstfläche und Verwendung ausgewählter Obstarten in Bayern 2022
in Hektar



Quelle: Baumobstanbauerhebung 2022.

Abb. 2
Fläche für Tafeläpfel und Tafelbirnen nach dem Alter der Bäume in Bayern 2022
in Hektar



Quelle: Baumobstanbauerhebung 2022.

sind, wurden auf 8,4% (84 ha) angebaut. Im Vergleich dazu fallen bei den Tafelbirnbäumen ältere Bäume stärker ins Gewicht: Neuanpflanzungen und Jungbäume bis unter 5 Jahren belegen insgesamt etwa 24 ha beziehungsweise 15,6% der entsprechenden Anbaufläche. Die Fläche mit Tafelbirnen zwischen 5 und 14 Jahren beläuft sich auf 39 ha beziehungsweise 25,3%. Auf weiteren 45 ha beziehungsweise 29,2% stehen Bäume, die vor 15 bis 24 Jahren gepflanzt wurden. 25-jährige oder ältere Tafelbirnbäume belegen 46 ha und machen 29,9% aus (Abbildung 2).

Gut ein Fünftel der Baumobstbetriebe bewirtschaften ihre gesamte Baumobstfläche nach ökologischen Kriterien

In der Baumobstanbauerhebung 2022 wurden 195 Betriebe ermittelt, die ihren Baumobstanbau vollständig nach ökologischen Kriterien gestalten.[8] Die Baumobstanbaufläche dieser Betriebe liegt bei insgesamt 793 ha. Der Anteil des vollständig nach dem Kontrollverfahren zum ökologischen Landbau ausgerichteten Baumobstanbaus liegt damit bei 21,5% (Betriebe) beziehungsweise 25,9% (Fläche). Weitere 28 Betriebe bewirtschaften einen Teil ihrer Fläche nach diesen Kriterien.

Die durchschnittliche Anbaufläche ist bei den vollständig nach den Öko-Kriterien wirtschaftenden Betrieben mit 4,1 ha höher als bei der Gesamtheit der Baumobstbetriebe (3,4 ha). Auf rund 43,0% der Ökoflächen (341 ha) wurden Apfelbäume angepflanzt. 51 ha entfallen auf ökologische Birnen, 49 ha auf ökologisch angebaute Süßkirschen sowie 39 ha auf Pflaumen/Zwetschen. Insgesamt 302 ha (38,1%) der vollständig nach ökologischen Kriterien bewirtschafteten Obstanbaufläche nehmen weitere Baumobstarten wie Haselnüsse, Walnüsse, Quitten, Pfirsiche oder Aprikosen ein.

Im Jahr 2017 wurden erstmals die Merkmale zum ökologischen Baumobstanbau erhoben. Damals haben 123 bayerische Obstbetriebe (12,9%) vollständig nach ökologischen Kriterien gewirtschaftet, weitere 15 setzten die ökologische Wirtschaftsweise auf einem Teil ihrer Fläche um. Die Baumobstfläche der vollständig ökologisch wirtschaftenden Betriebe lag bei 513 ha und entsprach 18,2% der bayerischen Baumobstfläche.

In Unterfranken, Schwaben und Oberfranken befinden sich drei Viertel der bayerischen Baumobstanbaufläche

Jeweils ein gutes Viertel der bayerischen Baumobstfläche befindet sich in den beiden Regierungsbezirken Unterfranken (27,5% bzw. 844 ha) und Schwaben (26,6% bzw. 815 ha). In Oberfranken liegen mit 653 ha weitere 21,3% (Tabelle 3).

Tab. 2 Betriebe und Baumobstfläche insgesamt und mit vollständig ökologischer Bewirtschaftung nach Obstarten in Bayern 2022

Obstarten	Baumobst Insgesamt		davon mit vollständig ökologischer Bewirtschaftung der Baumobstfläche	
	Betriebe	Fläche	Betriebe	Fläche
	Anzahl	in ha	Anzahl	in ha
Äpfel	528	1 326	107	341
Birnen	427	272	81	51
Süßkirschen	496	544	58	49
Sauerkirschen	149	60	22	6
Pflaumen/Zwetschen	493	336	73	39
Mirabellen/Renekloden	161	51	25	6
Weiteres Baumobst	244	476	94	302
darunter Aprikosen	35	10	6	1
Pfirsiche	37	6	8	1
Quitten	69	32	22	26
Walnüsse	73	96	27	80
Haselnüsse	97	318	48	186
Insgesamt	**906**	**3 065**	**195**	**793**

Quelle: Baumobstanbauerhebung 2022.

8 Verordnung (EU) 2018/848 – Vorschriften über die ökologische/biologische Produktion und die Kennzeichnung von ökologischen/biologischen Erzeugnissen.

Tab. 3 Betriebe und Baumobstfläche in den Regierungsbezirken im Jahr 2012, 2017 und 2022

Gebiet	Betriebe					Baumobstfläche				
	2012	2017	2022	Veränderung 2022 gegenüber 2017	Veränderung 2022 gegenüber 2012	2012	2017	2022	Veränderung 2022 gegenüber 2017	Veränderung 2022 gegenüber 2012
	Anzahl			in %		in ha			in %	
Oberbayern	32	66	81	*22,7*	*153,1*	89	219	262	*19,6*	*194,4*
Niederbayern	21	30	40	*33,3*	*90,5*	62	101	146	*44,6*	*135,5*
Oberpfalz	9	10	14	*40,0*	*55,6*	13	24	52	*116,7*	*300,0*
Oberfranken	415	330	294	*– 10,9*	*– 29,2*	613	622	653	*5,0*	*6,5*
Mittelfranken	94	99	104	*5,1*	*10,6*	161	228	294	*28,9*	*82,6*
Unterfranken	292	256	225	*– 12,1*	*– 22,9*	829	864	844	*– 2,3*	*1,8*
Schwaben	166	166	148	*– 10,8*	*– 10,8*	668	766	815	*6,4*	*22,0*

Quelle: Baumobstanbauerhebung 2012, 2017 und 2022.

Mit Ausnahme von Unterfranken nimmt die Baumobstfläche in allen Regierungsbezirken zu. Die Zahl der Betriebe ist in den den bayerischen Baumobstanbau dominierenden Regierungsbezirken Unterfranken, Schwaben und Oberfranken im Vergleich zu den Vorerhebungen 2017 und 2012 rückläufig. In Mittelfranken und der Oberpfalz nimmt die Anzahl der Betriebe geringfügig, in Oberbayern und Niederbayern deutlich zu.

Nahezu die Hälfte (575 ha) der bayerischen Apfelanbaufläche entfällt auf den Regierungsbezirk Schwaben. Die wichtigste und zugleich auch bekannteste Region für den Anbau von Äpfeln ist Lindau am Bodensee.

Der Regierungsbezirk mit der geringsten Baumobstanbaufläche ist – trotz der dort stattgefundenen Zuwächse im Baumobstanbau – die Oberpfalz mit aktuell rund 52 ha und 14 Baumobstbetrieben.

Ausblick

Auf der Grundlage des bayerischen Teils der Baumobstanbauerhebungen der Jahre 2022, 2017 und 2012 beleuchtet der Beitrag ausgewählte Ergebnisse zur Struktur und Entwicklung der bayerischen Baumobstbetriebe. Die Ergebnisse zeigen, dass der ökologische Anbau in diesem Bereich während der letzten zehn Jahre deutlich an Bedeutung gewonnen hat. Dem allgemeinen Trend zum Größenwachstum folgend, nimmt die durchschnittliche Flächenausstattung der Baumobstbetriebe im Zeitverlauf zu. Zudem zeigt sich bei der Anbaufläche insgesamt ein deutlicher Anstieg um 25,9 % gegenüber dem Jahr 2012. Begleitet wird er vom Rückgang der Anzahl der Baumobstbetriebe um 12,0 %.

Auch wenn die durchschnittliche Flächenausstattung und die Baumobstfläche insgesamt im Zeitverlauf zunehmen, zählt die Mehrheit der Baumobstbetriebe zu Kleinbetrieben bis unter 5 ha Baumobstfläche: 81,6 % der insgesamt 906 Baumobstbetriebe gehören dieser Größenklasse an. Umso wichtiger ist eine nutzerfreundliche Gestaltung der Baumobstanbauerhebung, die die Belastung der Auskunftspflichtigen minimiert. Die diesjährige Erhebung ist ein Beispiel für dahingehende Bemühungen: Die in ihrem Rahmen gewonnenen Daten werden in das Baumobstanbau-Modul der 2023 anstehenden Agrarstrukturerhebung (ASE 2023) integriert. Eine erneute vertiefte Befragung der Baumobstbetriebe nach kurzer Zeit wird dadurch vermieden.

Die nächste Baumobstanbauerhebung findet voraussichtlich wieder in fünf Jahren, im Jahr 2027, statt.

Die Obstanbauerhebung 2002

Bei der im 5-Jahres-Turnus durchzuführenden Obstanbauerhebung wurden 2002 in Bayern rund 2400 Betriebe mit Verkaufsanbau sowie einer Baumobstanbaufläche von mindestens 30 Ar einbezogen. Von diesen Betrieben werden rund 3100 Hektar Obstanlagen mit rund 3,0 Millionen Bäumen bewirtschaftet. Der Vergleich mit der Obstanbauerhebung 1997 macht einen deutlichen Rückgang der Zahl der Betriebe, eine Abnahme der Obstanbaufläche, aber – aufgrund der höheren durchschnittlichen Pflanzdichte – eine Zunahme bei der Anzahl der Bäume deutlich. Innerhalb der jeweiligen Größenklassen der betrieblichen Baumobstfläche sind jedoch unterschiedliche Entwicklungen erkennbar: so nahmen die Zahl der Betriebe und die Anbaufläche in den Größenklassen unter 1 Hektar deutlich stärker ab als im Durchschnitt; in der Größenklasse von 3 bis unter 5 Hektar konnte dagegen sowohl eine Zunahme der Betriebe als auch der Anbaufläche verzeichnet werden; die Anzahl der Bäume nahm in den Größenklassen unter 2 Hektar gegenüber 1997 ab, während sie über alle Größenklassen hinweg zunahm. Insgesamt konnte wiederum eine Entwicklung hin zu Betrieben mit größeren Obstanbauflächen, d.h. zu einer größeren durchschnittlichen Baumobstfläche je Betrieb, festgestellt werden. – Rund 12% aller Obstbäume sind älter als 20 Jahre, während etwa vier von fünf Obstbäumen zum Zeitpunkt der Erhebung vor weniger als 15 Jahren gepflanzt oder umveredelt wurden. – Nach wie vor sind die Äpfel in Bayern die dominierende Obstart mit einem Flächenanteil von 38,9%; Jonagold und Elstar sind hierunter die meistangebauten Sorten. Über die zweitgrößte Anbaufläche (22,8%) verfügen die Süßkirschen, gefolgt von Pflaumen und Zwetschgen mit 20,7% sowie Birnen mit 10,5%. – Der regionale Vergleich läßt deutlich die Schwerpunkte im heimischen Obstanbau erkennen: Mit einem Anteil von zusammen 83,7% an der bayerischen Obstanbaufläche kommt die dominierende Stellung der Regierungsbezirke Ober- und Unterfranken sowie Schwaben eindrucksvoll zum Ausdruck.

Vorbemerkungen

Obstbaumzählungen haben in Bayern eine lange Tradition; bereits seit der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts wurden solche Statistiken erstellt. Sie bilden einen wichtigen Bestandteil im Rahmen der Ermittlung bzw. Schätzung von Erntemengen im heimischen Marktobstbau und damit eine Informationsgrundlage für agrarpolitische Entscheidungen und können so mit dazu beitragen, ei-

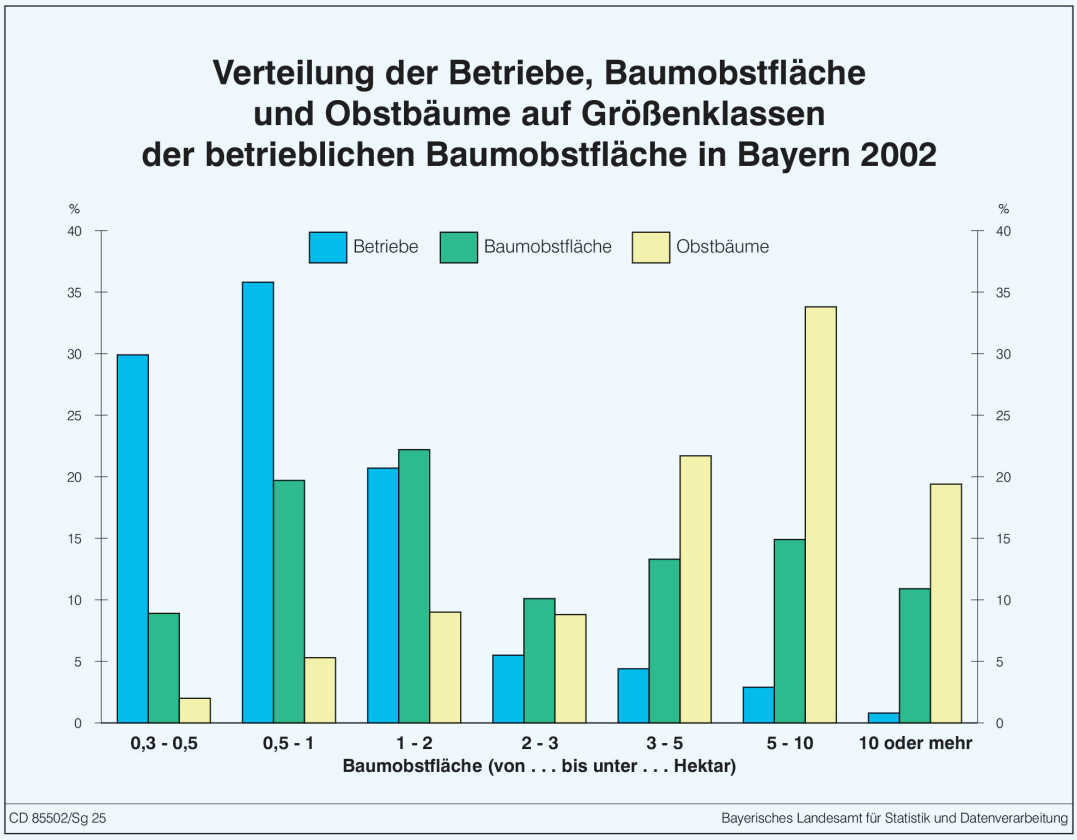


Schaubild 1

Quelle: Bayern in Zahlen, 57. Jahrgang, Heft 1, München 2003.

Tabelle 1. Betriebe, Baumobstfläche und Baumzahlen in Bayern 2002 und 1997 nach Betriebsgrößenklassen

Betriebliche Baumobstfläche	Betriebe					Baumobstfläche					Bäume				
	2002		1997		Veränderung 2002 gegenüber 1997 in %	2002		1997		Veränderung 2002 gegenüber 1997 in %	2002		1997		Veränderung 2002 gegenüber 1997 in %
	Anzahl	%	Anzahl	%		ha	%	ha	%		Anzahl	%	Anzahl	%	
0,3 bis unter 0,5 ha	716	29,9	925	31,9	–22,6	274	8,9	352	10,4	–22,3	60599	2,0	75234	2,6	–19,5
0,5 bis unter 1 ha	857	35,8	1076	37,1	–20,4	605	19,7	751	22,2	–19,5	158725	5,3	176360	6,1	–10,0
1 bis unter 2 ha	496	20,7	559	19,3	–11,3	683	22,2	754	22,2	–9,4	271038	9,0	292698	10,1	–7,4
2 bis unter 3 ha	131	5,5	141	4,9	–7,1	312	10,2	336	9,9	–6,9	264074	8,8	261458	9,1	1,0
3 bis unter 5 ha	106	4,4	97	3,3	9,3	409	13,3	374	11,0	9,4	651165	21,7	506826	17,6	28,5
5 bis unter 10 ha	69	2,9	80	2,8	–13,8	458	14,9	513	15,1	–10,8	1015586	33,8	1033223	35,8	–1,7
10 oder mehr ha	20	0,8	20	0,7	0,0	335	10,9	311	9,2	7,9	584248	19,4	540364	18,7	8,1
Insgesamt	**2395**	***100***	**2898**	***100***	***–17,4***	**3076**	***100***	**3391**	***100***	***–9,3***	**3005435**	***100***	**2886163**	***100***	***4,1***

nerseits eine angemessenene Versorgung mit heimischen Obstprodukten zu gewährleisten und andererseits eine Überproduktion zu vermeiden.

Die Aufgabe der in 5jährigem Turnus durchzuführenden Obstanbauerhebungen besteht darin, ausführliche Daten über die im heimischen Verkaufsanbau vorhandenen Obstbaumbestände sowie deren strukturelle Aufgliederung zu liefern. Rechtliche Grundlage für die Befragung im Jahr 2002, bei der sämtliche Betriebe einzubeziehen waren, die auf einer Fläche von mindestens 30 Ar Baumobst als Hauptnutzung zum Verkauf anbauen, war das Gesetz über Agrarstatistiken (Agrarstatistikgesetz – AgrStatG) in der Fassung der Bekanntmachung vom 25. Juni 1998 (BGBl I S. 1635) und die Richtlinie 2001/109/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 19. Dezember 2001 über die von den Mitgliedstaaten durchzuführenden statistischen Erhebungen zur Ermittlung des Produktionspotentials bestimmter Baumobstanlagen (Abl Nr. L 013 vom 16. Januar 2002, S. 21). Die ursprünglich gültige Erfassungsgrenze von 15 Ar wurde mit dem Gesetz vom 22. Mai 2002 (BGBl I S. 1648) rückwirkend zum 1. Januar 2002 auf 30 Ar angehoben.

Die Erhebung wurde nach Maßgabe des Agrarstatistikgesetzes als Totalerhebung durchgeführt. Den auskunftspflichtigen Betrieben, die bereits vor fünf Jahren Angaben machen mußten, wurden zusätzlich zu den neu auszufüllenden Erhebungsunterlagen auch die Angaben aus der vorangegangenen Erhebung zur Verfügung gestellt. Auf diese Weise konnte den Meldepflichtigen, aber auch den mit der unmittelbaren Durchführung der Befragung betrauten Gemeinden die Erhebungsarbeit deutlich erleichtert werden.

Betriebe, Flächen, Bäume und Pflanzdichte nach Größenklassen

Bei der Obstanbauerhebung 2002 wurden in Bayern 2395 Betriebe mit Verkaufsanbau von Baumobst auf einer Fläche von mindestens 30 Ar ermittelt. Diese bewirtschafteten eine Anbaufläche von 3076 Hektar mit rund 3 Millionen Bäumen; die durchschnittliche Betriebsgröße lag bei 1,28 Hektar bzw. 1255 Bäumen und die durchschnittliche Pflanzdichte bei 977 Bäumen je Hektar. Auf fast zwei Fünfteln der insgesamt festgestellten Baumobstfläche wurden Äpfel, auf knapp einem Viertel Süßkirschen, auf rund einem Fünftel Pflaumen und Zwetschgen, auf etwa 10% Birnen, auf rund 5% Sauerkirschen und auf den restlichen 2% überwiegend Mirabellen und Renekloden sowie in geringem Umfang Aprikosen, Pfirsiche und Walnüsse produziert.

Beim Vergleich mit den 1997 ermittelten Daten zeigt sich sowohl bei der Zahl der Betriebe mit 30 Ar oder mehr als auch bei der Baumobstfläche ein deutlicher Rückgang um rund 500 Betriebe (–17,4%) bzw. gut 300 Hektar (–9,3%) , bei den Bäumen jedoch eine Zunahme um fast 120000 (+4,1%). Im Durchschnitt lag die je Betrieb bewirtschaftete Obstfläche (1,28 Hektar) bzw. die je Betrieb vorhandene Zahl der Bäume (1255) um 9,8% bzw. 26,0% und die durchschnittliche Pflanzdichte (977 Bäume je Hektar) um 14,8% über dem Vergleichsjahr 1997. Wie man aus diesen Angaben erkennen kann, verlief die Entwicklung der betrachteten Merkmale in unterschiedliche Richtungen, wobei sich der langfristige Trend zu größeren Einheiten verstärkt fortgesetzt hat. Dies wird bei Betrachtung der Betriebe nach Größenklassen der Baumobstfläche noch augenfälliger. So ist die Zahl der Betriebe nur in den beiden untersten Grö-

Tabelle 2. Pflanzdichte der Obstanlagen in Bayern 2002 und 1997 nach Obstarten und Betriebsgrößenklassen

Betriebliche Baumobstfläche	Pflanzdichte (Bäume je ha)													
	insgesamt		darunter											
			Äpfel		Birnen		Süßkirschen		Sauerkirschen		Pflaumen		Sonstige	
	2002	1997	2002	1997	2002	1997	2002	1997	2002	1997	2002	1997	2002	1997
0,3 bis unter 0,5 ha	221	213	279	268	289	257	156	146	308	308	237	240	201	194
0,5 bis unter 1 ha	262	235	384	347	376	313	171	157	334	336	246	224	230	209
1 bis unter 2 ha	397	388	796	772	536	522	197	176	482	439	265	250	217	233
2 bis unter 3 ha	845	779	1559	1489	870	1015	216	207	466	470	334	353	352	325
3 bis unter 5 ha	1592	1355	2332	2041	1702	1526	311	223	693	487	440	298	432	357
5 bis unter 10 ha	2219	2014	2977	2495	1886	1660	436	351	595	592	550	517	493	387
10 oder mehr ha	1742	1739	2078	2005	1924	1635	555	528	679	616	548	494	522	448
Insgesamt	***977***	***851***	***1835***	***1615***	***1110***	***982***	***209***	***180***	***525***	***450***	***318***	***282***	***298***	***261***

Quelle: Bayern in Zahlen, 57. Jahrgang, Heft 1, München 2003.

Tabelle 3. Betriebe, Baumobstfläche und Baumzahlen in Bayern 2002 und 1997 nach Obstarten

Obstart	Betriebe			Baumobstfläche					Bäume					Durchschnittl. Baumobstfläche je Betrieb in ha	
	2002	1997	Veränderung 2002 gegenüber 1997 in %	2002		1997		Veränderung 2002 gegenüber 1997 in %	2002		1997		Veränderung 2002 gegenüber 1997 in %		
	Anzahl			ha	%	ha	%		Anzahl	%	Anzahl	%		2002	1997
Äpfel	1577	1863	*–15,4*	1197	*38,9*	1320	*38,9*	*–9,3*	2196188	*73,1*	2132193	*73,9*	*3,0*	*0,76*	*0,71*
Birnen	1221	1371	*–10,9*	324	*10,5*	324	*9,6*	*0,0*	359610	*12,0*	318077	*11,0*	*13,1*	*0,27*	*0,24*
Süßkirschen	1762	2111	*–16,5*	701	*22,8*	838	*24,7*	*–16,4*	146628	*4,9*	150546	*5,2*	*–2,6*	*0,40*	*0,40*
Sauerkirschen	540	686	*–21,3*	156	*5,1*	180	*5,3*	*–13,0*	82135	*2,7*	80873	*2,8*	*1,6*	*0,29*	*0,26*
Pflaumen und Zwetschen	1765	2054	*–14,1*	636	*20,7*	671	*19,8*	*–5,1*	202539	*6,7*	189327	*6,6*	*7,0*	*0,36*	*0,33*
Sonstige	610	636	*–4,1*	62	*2,0*	58	*1,7*	*6,1*	18335	*0,6*	15147	*0,5*	*21,0*	*0,10*	*0,09*
Insgesamt	**2395**	**2898**	***–17,4***	**3076**	***100***	**3391**	***100***	***–9,3***	**3005435**	***100***	**2886163**	***100***	***4,1***	***1,28***	***1,17***

ßenklassen überproportional zurückgegangen. Dazu gehören trotz des starken Rückgangs um mehr als 400 Einheiten immerhin noch knapp zwei Drittel aller Betriebe; von diesen Betrieben mit weniger als 1 ha Baumobstfläche werden aber nur noch 28,6% der Baumobstfläche bewirtschaftet (Tabelle 1).

Die Anzahl der Bäume je Hektar weist bei allen nachgewiesenen Obstarten und allen Größenklassen der betrieblichen Baumobstfläche im Vergleich zur letzten Erhebung 1997 eine steigende Tendenz auf. Dabei ist zu bedenken, daß diese Entwicklung möglicherweise allein durch die vermehrte Verwendung von Halb- und Niedrigstämmen oder durch die Pflanzung von Buschbäumen bzw. Spindelbüschen (vor allem bei Äpfeln) verursacht sein kann und somit nicht unbedingt mit einer Intensivierung der Bewirtschaftung im Sinne höherer Flächenerträge verbunden sein muß.

Obstarten und -sorten

Über die Bedeutung der einzelnen Obstarten und deren Entwicklung gibt Tabelle 3 Auskunft. Betriebe, die Anbauer verschiedener Obstarten waren, wurden dabei entsprechend mehrfach gezählt, und nicht etwa der jeweiligen Hauptobstart zugeordnet. In der Position „Sonstige“ wurden die von den Anbauflächen weniger bedeutsamen Mirabellen und Renekloden (46 ha), Pfirsiche (3 ha), Aprikosen (1 ha) sowie Walnüsse (12 ha) zusammengefaßt. Für alle Obstarten konnte – dem allgemeinen Trend entsprechend – ein Rückgang der Betriebe beobachtet werden. Die größten Abnahmen waren bei den Kirschen (Sauer- und Süßkirschen), Äpfeln sowie Pflaumen und Zwetschgen zu verzeichnen. Betriebe mit Verkaufsanbau von Süßkirschen wurden von den Betrieben mit Anbau von Pflaumen und Zwetschgen zahlenmäßig überholt. Auf den nachfolgenden Rängen folgten unverändert Apfel- sowie Birnenbetriebe.

Während die Anzahl der Betriebe durchgehend abnahm, gab es bei den Anbauflächen für die einzelnen Obstarten unterschiedliche Entwicklungen. Allerdings standen der einzigen Flächenzunahme bei den sonstigen Obstarten und der unveränderten Fläche bei den Birnen ausschließlich Flächeneinbußen von weitaus größerem Ausmaß bei allen anderen Obstarten gegenüber. Die Pflanzdichte erhöhte sich bei allen nachgewiesenen Obstarten, wobei nach wie vor bei den Äpfeln mit 1835 Bäumen je Hektar der mit Abstand größte Wert erreicht wurde (Tabelle 2). Erstmals überschritten auch die Birnen die Grenze von 1000 Bäumen je Hektar mit einem Wert von 1110. Die niedrigste Pflanzdichte weist dagegen aufgrund der fast ausschließlichen Verwendung von Hochstämmen der Anbau von Süßkirschen auf (209 Bäume je Hektar).

Alter der Baumbestände

Da im Rahmen der Obstanbauerhebung 2002 nur noch entweder das Pflanzjahr oder das Veredelungsjahr der Obstbäume anzugeben war, wurde für den hier nachgewiesenen Vergleich der Altersstruktur in den Jahren 2002 und 1997 das Alter von veredelten Bäumen einheitlich nach dem Veredelungsjahr bestimmt. Diese methodische Abweichung gegenüber der bisherigen Praxis, auch bei veredelten Bäumen das Pflanzjahr zur Bestimmung des Alters zu verwenden, führt zu einer etwas jüngeren Baumstruktur.

Die Anzahl der Bäume unter 5 Jahren hat gegenüber der letzten Erhebung abgenommen; ihr Anteil ging von 29,8% auf 25,6% zurück. Damit waren die Neupflanzungen bzw. Veredelungen zwischen den beiden Erhebungen niedriger als im Zeitraum von 1992 bis 1997. Auch die 5- bis unter 10jährigen Bäume nahmen gegenüber der Periode 1992/97 ab; ihr Anteil fiel von 33,1 auf 30,0% zurück. Alleine in der Altersgruppe von 10 bis unter 15 Jahren nahmen die Baumzahlen zu; ihr Anteil erhöhte sich dafür um so kräftiger von 14,9% auf 24,8%. Die Bäume mit einem Alter von 15 oder mehr Jahren nahmen ab bei einem Rückgang des Anteils von 22,3% auf 19,5%. Die Altersstruktur zeigt hier also eine Abnahme am unteren und oberen Ende der Skala sowie eine stark ausgeprägte Zunahme in der Mitte bei insgesamt weiter steigenden Baumzahlen.

Regionalvergleich

Die dominierende Stellung der Regierungsbezirke Oberfranken, Unterfranken und Schwaben findet ihren Niederschlag sowohl bei Betrachtung nach der Anzahl der Betriebe (hier liegt Oberfranken mit 925 Betrieben an erster Stelle) als auch nach der Baumobstfläche bzw. der Anzahl der Bäume (hier liegen Unterfranken mit 976 ha bzw. Schwaben mit 1,9 Mio. Bäumen vorne). Die Schwerpunkte des Obstanbaus sind in Oberfranken der Landkreis Forchheim mit alleine 873 Betrieben, in Unterfranken die Landkreise Kitzingen und Würzburg mit zusammen 565 ha Obstanbaufläche sowie in Schwaben der Landkreis Lindau mit über 1,8 Mio. Bäumen (Tabelle 4).

Quelle: Bayern in Zahlen, 57. Jahrgang, Heft 1, München 2003.

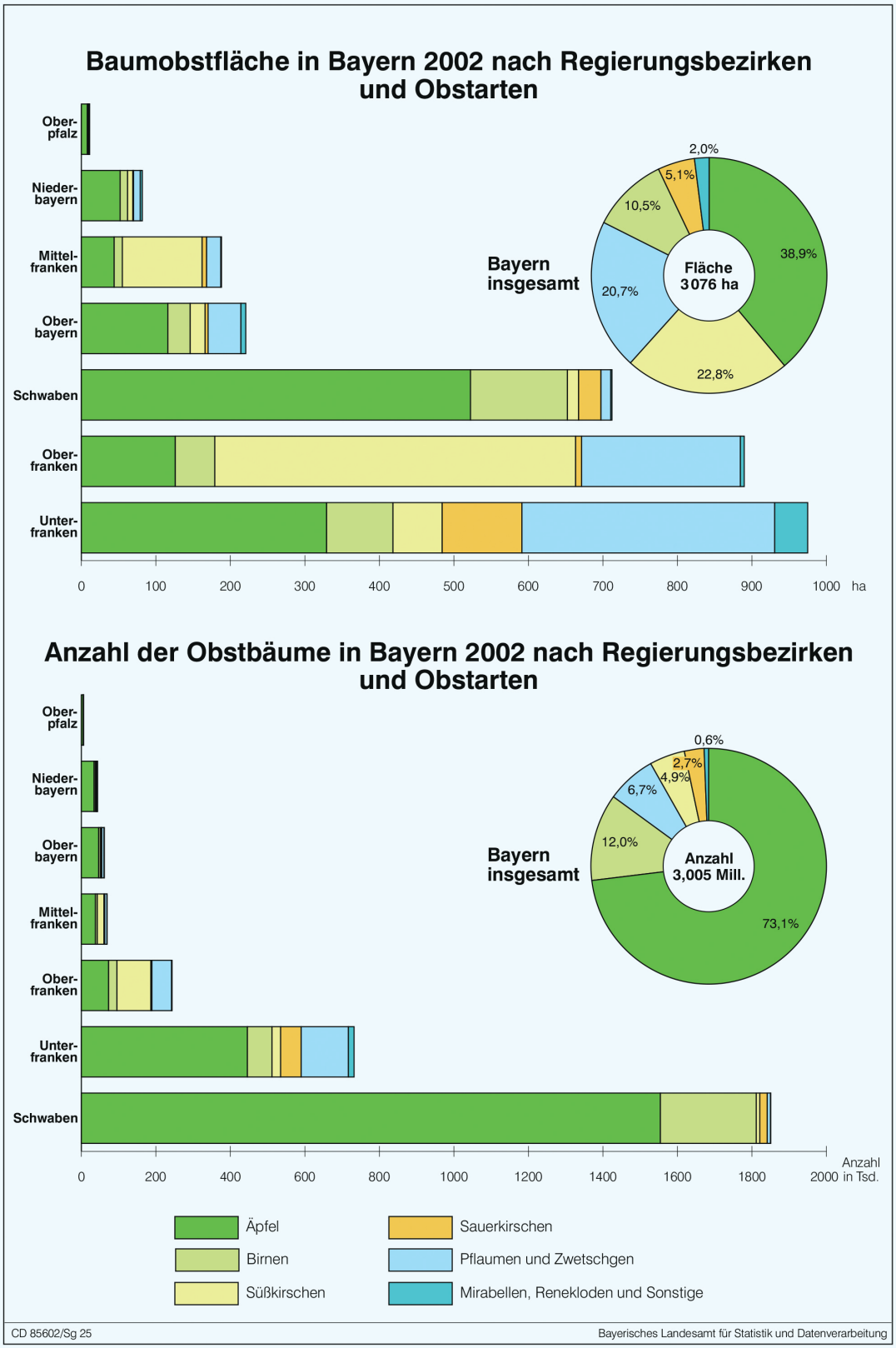


Schaubild 2

Quelle: Bayern in Zahlen, 57. Jahrgang, Heft 1, München 2003.

Tabelle 4. Betriebe, Baumobstfläche und Baumzahlen in Bayern 2002 und 1997 nach Regierungsbezirken

Gebiet	Betriebe					Baumobstfläche					Bäume				
	2002		1997		Veränderung 2002 gegenüber 1997 in %	2002		1997		Veränderung 2002 gegenüber 1997 in %	2002		1997		Veränderung 2002 gegenüber 1997 in %
	Anzahl	%	Anzahl	%		ha	%	ha	%		Anzahl	%	Anzahl	%	
Oberbayern	221	*9,2*	247	*8,5*	*–10,5*	220	*7,1*	241	*7,1*	*–9,0*	61634	*2,1*	65416	*2,3*	*–5,8*
Niederbayern	87	*3,6*	105	*3,6*	*–17,1*	82	*2,7*	90	*2,7*	*–8,7*	43382	*1,4*	42927	*1,5*	*1,1*
Oberpfalz	11	*0,5*	13	*0,4*	*–15,4*	11	*0,4*	14	*0,4*	*–18,4*	5583	*0,2*	6918	*0,2*	*–19,3*
Oberfranken	925	*38,6*	1075	*37,1*	*–14,0*	889	*28,9*	997	*29,4*	*–10,9*	243447	*8,1*	253078	*8,8*	*–3,8*
Mittelfranken	242	*10,1*	341	*11,8*	*–29,0*	187	*6,1*	232	*6,8*	*–19,3*	68937	*2,3*	44216	*1,5*	*55,9*
Unterfranken	666	*27,8*	841	*29,0*	*–20,8*	976	*31,7*	1047	*30,9*	*–6,8*	731952	*24,4*	665895	*23,1*	*9,9*
Schwaben	243	*10,1*	276	*9,5*	*–12,0*	711	*23,1*	769	*22,7*	*–7,5*	1850500	*61,6*	1807713	*62,6*	*2,4*
Bayern	**2395**	***100***	**2898**	***100***	***–17,4***	**3076**	***100***	**3391**	***100***	***–9,3***	**3005435**	***100***	**2886163**	***100***	***4,1***

Der 5-Jahres-Vergleich zeigt in Mittel- und Unterfranken einen überdurchschnittlichen Rückgang der Anzahl der Betriebe. Bei der Baumobstfläche sind vor allem Mittelfranken und die Oberpfalz, aber auch Oberfranken überdurchschnittlich von der allgemein rückläufigen Tendenz betroffen. Als einziger Regierungsbezirk hatte die Oberpfalz einen stärkeren Rückgang bei der Baumobstfläche als bei den Betriebszahlen, so daß hier die durchschnittliche Betriebsgröße (bei allerdings sehr kleiner Ausgangsbasis) sogar leicht abgenommen hat. Die größten durchschnittlichen Betriebsgrößen sind nach wie vor in Schwaben (2,9 ha je Betrieb) mit deutlichem Abstand vor den übrigen Regierungsbezirken zu finden.

Bedingt unter anderem durch die jeweiligen regionalen Schwerpunkte bei den verschiedenen Obstarten, erweisen sich die Pflanzdichten in den bayerischen Regierungsbezirken als recht unterschiedlich. Die sehr hohe Pflanzdichte im Regierungsbezirk Schwaben (2603 Bäume je Hektar) wird wesentlich durch den hohen Anteil an Apfelkulturen und den damit verbundenen Dichtpflanzungen in Form von Buschbäumen und Spindelbüschen geprägt; diese sind insbesondere im Bodenseeraum bei Lindau vorzufinden. Dagegen sind die Regierungsbezirke Oberfranken, in dem Süßkirschen den Schwerpunkt bilden, sowie Unterfranken, in dem Pflaumen und Zwetschgen von der Anbaufläche her die Vorrangstellung einnehmen, durch unterdurchschnittliche Pflanzdichten (274 bzw. 750 Bäume je Hektar) gekennzeichnet.

Dipl.-Kfm. Christoph Hackl

Quelle: Bayern in Zahlen, 57. Jahrgang, Heft 1, München 2003.

Bayerischer Zahlenspiegel

	Einheit	Vorjahres-monat	2022							
			Februar	März	April	Mai	Juni	Juli	August	September
Preise										
Verbraucherpreisindex (2015 ≙ 100)										
Gesamtindex	%	110,8	113,3	116,5	117,0	118,2	118,4	119,6	120,1	122,8
Nahrungsmittel und alkoholfreie Getränke	%	114,2	118,1	119,0	122,9	125,8	127,3	130,1	131,6	134,2
Alkoholische Getränke und Tabakwaren	%	117,3	119,1	119,9	120,9	121,3	122,5	123,0	123,2	124,6
Bekleidung und Schuhe	%	109,0	103,9	108,6	109,9	110,5	109,0	104,9	106,3	112,3
Wohnung, Wasser, Strom, Gas und andere Brennstoffe	%	110,0	115,1	119,2	118,7	119,7	120,9	122,5	123,2	125,5
Möbel, Leuchten, Geräte u. a. Haushaltszubehör	%	106,5	110,7	110,9	112,4	113,1	114,4	115,4	115,7	116,4
Gesundheit	%	106,0	106,3	106,6	105,5	106,8	107,1	107,3	107,4	107,6
Verkehr	%	114,1	120,9	131,4	128,2	129,7	121,8	121,1	120,4	133,0
Post und Telekommunikation	%	94,3	94,3	94,2	94,1	94,2	94,1	94,0	93,9	93,8
Freizeit, Unterhaltung und Kultur	%	110,8	105,6	106,5	110,9	111,4	116,2	120,5	120,7	117,4
Bildungswesen	%	99,7	100,9	101,3	101,2	101,2	100,4	100,6	101,6	103,2
Gaststätten- und Beherbergungsdienstleistungen	%	117,0	119,2	120,1	121,1	123,0	124,4	126,2	127,1	128,9
Andere Waren und Dienstleistungen	%	111,6	111,5	111,9	112,3	112,9	113,6	114,1	114,5	114,9
Dienstleistungen ohne Nettokaltmiete	%	111,8	110,9	111,5	113,5	113,9	113,2	115,4	115,7	117,4
Nettokaltmiete	%	110,5	111,5	111,8	112,0	112,2	112,4	112,7	113,1	113,1
Preisindex für Bauwerke[1] (2015 ≙ 100)										
Wohngebäude insgesamt (reine Baukosten)	%	124,8	137,3	.	.	146,4	.	.	150,4	.
davon Rohbauarbeiten	%	127,8	139,0	.	.	149,6	.	.	151,5	.
Ausbauarbeiten	%	122,4	135,9	.	.	143,8	.	.	149,5	.
Schönheitsreparaturen in einer Wohnung	%	116,4	128,1	.	.	133,4	.	.	139,1	.
Bürogebäude	%	124,6	138,3	.	.	148,1	.	.	152,5	.
Gewerbliche Betriebsgebäude	%	125,2	138,9	.	.	149,8	.	.	153,5	.
Straßenbau	%	115,4	124,2	.	.	134,0	.	.	136,7	.
Nachrichtlich: Ergebnisse für Deutschland										
Verbraucherpreisindex (2015 ≙ 100)										
Gesamtindex	%	110,1	112,5	115,3	116,2	117,3	117,4	118,4	118,8	121,1
Nahrungsmittel und alkoholfreie Getränke	%	113,3	117,8	118,8	122,7	125,3	126,5	129,2	131,1	133,3
Alkoholische Getränke und Tabakwaren	%	117,3	119,1	119,7	120,7	121,4	122,4	123,1	123,7	124,4
Bekleidung und Schuhe	%	105,5	101,2	105,8	107,1	107,9	106,3	103,4	104,2	109,1
Wohnung, Wasser, Strom, Gas und andere Brennstoffe	%	108,3	113,1	116,6	116,4	117,4	118,5	119,5	120,4	122,0
Möbel, Leuchten, Geräte u. a. Haushaltszubehör	%	105,7	108,9	109,4	110,5	111,6	112,6	113,5	113,9	114,7
Gesundheitspflege	%	106,1	106,3	106,7	106,6	107,0	107,2	107,6	107,6	107,9
Verkehr	%	114,8	121,0	129,9	128,5	130,0	122,0	120,6	119,3	130,9
Post und Telekommunikation	%	94,3	94,3	94,2	94,2	94,2	94,1	94,0	93,9	93,8
Freizeit, Unterhaltung und Kultur	%	110,9	105,7	106,5	110,9	111,4	116,1	120,8	120,7	117,4
Bildungswesen	%	104,7	105,6	105,7	105,7	105,9	105,9	106,1	105,4	107,1
Gaststätten- und Beherbergungsdienstleistungen	%	116,1	118,2	118,8	120,2	121,7	123,4	125,1	125,7	126,5
Andere Waren und Dienstleistungen	%	112,2	112,4	112,8	113,3	113,9	114,1	114,6	115,1	115,8

1 Einschließlich Mehrwertsteuer.

noch: Preise	Einheit	Vorjahres-monat	2022							
			Februar	März	April	Mai	Juni	Juli	August	September
noch: Nachrichtlich: Ergebnisse für Deutschland										
Außenhandels-, Erzeuger- und Großhandelspreise in Deutschland										
Index der Einfuhrpreise[1] (2015 ≙ 100)	%	*112,4*	*128,6*	*135,9*	*138,3*	*139,5*	*140,9*	*142,9*	*149,1*	…
Ausfuhrpreise[2] (2015 ≙ 100)	%	*108,5*	*116,1*	*120,7*	*121,7*	*122,4*	*123,5*	*126,0*	*128,7*	…
Index der Erzeugerpreise gew. Produkte[2] (Inlandsabsatz); (2015 ≙ 100)	%	*115,6*	*134,6*	*141,2*	*145,2*	*147,5*	*148,4*	*156,3*	*168,6*	…
Vorleistungsgüterproduzenten	%	*120,3*	*130,3*	*134,9*	*140,4*	*142,5*	*141,7*	*141,3*	*141,4*	…
Investitionsgüterproduzenten	%	*108,3*	*112,2*	*112,7*	*114,0*	*114,6*	*115,1*	*116,3*	*116,8*	…
Konsumgüterproduzenten zusammen	%	*109,2*	*114,6*	*117,6*	*121,8*	*123,3*	*124,3*	*125,8*	*126,8*	…
Gebrauchsgüterproduzenten	%	*110,1*	*115,3*	*116,2*	*117,6*	*118,9*	*120,3*	*121,4*	*122,1*	…
Verbrauchsgüterproduzenten	%	*109,1*	*114,5*	*117,8*	*122,4*	*124,0*	*124,9*	*126,5*	*127,5*	…
Energie	%	*122,1*	*179,3*	*197,9*	*202,8*	*207,9*	*211,2*	*242,3*	*291,8*	…
Erzeugung landwirtschaftlicher Produkte[2] (2015 ≙ 100)	%	*117,2*	*133,4p*	*153,6p*	*162,3p*	*160,7p*	*157,6p*	*156,4p*	…	…
Pflanzliche Erzeugung	%	*125,4*	*149,4p*	*176,1p*	*185,0p*	*180,2p*	*169,6p*	*157,8p*	…	…
Tierische Erzeugung	%	*112,1*	*123,5p*	*139,7p*	*148,2p*	*148,7p*	*150,1p*	*155,6p*	…	…
Großhandelsverkaufspreise[2] (2015 ≙ 100)	%	*114,7*	*123,9*	*132,5*	*135,3*	*136,7*	*136,8*	*136,3*	*136,4*	…
darunter Großhandel mit										
Nahrungs- und Genussmitteln, Getränken, Tabakwaren	%	*111,2*	*116,6*	*118,6*	*122,1*	*124,7*	*125,5*	*127,0*	*128,0*	…
festen Brennstoffen, Mineralölerzeugnissen	%	*120,6*	*148,0*	*186,9*	*180,4*	*184,9*	*187,3*	*185,5*	*186,8*	…
Einzelhandel und Kraftfahrzeughandel zusammen (2015 ≙ 100)	%	*109,1*	*112,0*	*114,4*	*115,6*	*117,0*	*117,6*	*118,3*	*119,1*	*120,9*
darunter Einzelhandel mit Waren verschiedener Art	%	*110,4*	*113,4*	*114,8*	*117,5*	*119,9*	*121,1*	*122,8*	*124,2*	*126,0*
Einzelhandel mit Nahrungs- und Genussmitteln, Getränken und Tabakwaren	%	*112,8*	*115,7*	*116,5*	*119,4*	*121,1*	*122,3*	*124,0*	*125,3*	*126,9*
Kraftfahrzeughandel	%	*112,6*	*117,3*	*118,5*	*119,6*	*120,2*	*120,5*	*121,6*	*122,0*	*123,0*

Gewerbeanzeigen[3]

Gewerbeanmeldungen	1 000	8,6	10,5	10,6	8,7	9,1	8,7	8,1	8,4	…
Gewerbeabmeldungen	1 000	6,3	7,9	8,0	6,4	6,3	6,2	6,3	6,5	…

Produzierendes Gewerbe

Verarbeitendes Gewerbe, Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden[4]										
Betriebe mit 50 oder mehr Beschäftigten	Anzahl	3 971	3 968	3 980	3 977	3 975	3 971	3 971	3 969	…
Beschäftigte	1 000	1 166	1 172	1 174	1 175	1 176	1 177	1 179	1 181	…
davon Vorleistungsgüterproduzenten	1 000	399	403	404	405	405	405	406	407	…
Investitionsgüterproduzenten	1 000	564	569	569	569	569	569	569	570	…
Gebrauchsgüterproduzenten	1 000	34	34	34	34	34	34	34	34	…
Verbrauchsgüterproduzenten	1 000	167	165	165	165	166	167	167	168	…
Energie	1 000	2	2	2	2	2	2	2	2	…
Geleistete Arbeitsstunden	1 000	126 827	145 156	157 314	136 867	147 384	137 541	142 880	132 528	…
Bruttoentgelte	Mill. Euro	5 092	5 487	5 387	5 727	5 875	6 017	6 399	5 282	…
Umsatz (ohne Mehrwertsteuer)	Mill. Euro	26 782	31 566	35 563	30 437	34 743	34 734	33 679	32 528	…
davon Vorleistungsgüterproduzenten	Mill. Euro	8 172	9 207	10 679	9 488	10 382	10 228	10 004	10 078	…
Investitionsgüterproduzenten	Mill. Euro	14 170	17 621	19 534	15 800	18 855	19 160	18 459	17 260	…
Gebrauchsgüterproduzenten	Mill. Euro	.	.	.	.	.	.	.	.	.
Verbrauchsgüterproduzenten	Mill. Euro	3 322	3 427	3 965	3 703	3 930	3 952	3 919	4 105	…
Energie	Mill. Euro	.	.	.	.	.	.	.	.	.
darunter Auslandsumsatz	Mill. Euro	14 736	17 934	19 834	16 653	19 681	19 317	19 046	18 474	…
Index der Produktion für das Verarbeitende Gewerbe, Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden (preisbereinigt) (2015 ≙ 100)[4]										
Verarbeitendes Gewerbe, Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden	%	*89,0*	*96,1*	*105,6*	*88,5*	*98,5*	*98,2*	*95,6*	*89,0*	…
Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden	%	*95,8*	*70,3*	*99,7*	*94,0*	*105,1*	*96,4*	*96,9*	*91,2*	…
Verarbeitendes Gewerbe	%	*89,0*	*96,2*	*105,6*	*88,5*	*98,5*	*98,2*	*95,6*	*89,0*	…
Vorleistungsgüterproduzenten	%	*100,1*	*104,8*	*117,7*	*102,6*	*111,0*	*106,7*	*105,1*	*100,2*	…
Investitionsgüterproduzenten	%	*80,3*	*90,9*	*97,1*	*77,7*	*89,9*	*91,7*	*87,8*	*79,1*	…
Gebrauchsgüterproduzenten	%	.	.	.	.	.	.	.	.	.
Verbrauchsgüterproduzenten	%	*102,3*	*98,2*	*113,0*	*100,3*	*106,1*	*106,1*	*106,7*	*106,2*	…
Energie	%	.	.	.	.	.	.	.	.	.

1 Ohne Zölle, Abschöpfungen, Währungsausgleichsbeträge und Einfuhrumsatzsteuer.
2 Ohne Mehrwertsteuer.
3 Ohne Reisegewerbe.
4 Klassifikation der Wirtschaftszweige, Ausgabe 2008 (WZ 2008).

noch: Produzierendes Gewerbe	Einheit	Vorjahres-monat	2022 Februar	März	April	Mai	Juni	Juli	August	September
Index des Auftragseingangs im Verarbeitenden Gewerbe (preisbereinigt) (2015 ≙ 100)[1]										
Verarbeitendes Gewerbe[2] insgesamt	%	*106,3*	*110,6*	*130,6*	*104,0*	*113,0*	*113,9*	*110,2*	*105,1*	…
Inland	%	*102,3*	*104,3*	*124,9*	*96,3*	*103,5*	*107,0*	*108,6*	*91,3*	…
Ausland	%	*108,8*	*114,4*	*134,0*	*108,8*	*118,9*	*118,2*	*111,2*	*113,6*	…
Vorleistungsgüterproduzenten	%	*116,5*	*113,9*	*129,1*	*112,8*	*118,3*	*119,6*	*128,1*	*104,0*	…
Investitionsgüterproduzenten	%	*103,3*	*109,1*	*132,5*	*100,9*	*111,1*	*112,7*	*103,8*	*105,6*	…
Gebrauchsgüterproduzenten	%	*89,4*	*107,6*	*124,6*	*90,1*	*109,4*	*103,3*	*91,4*	*90,3*	…
Verbrauchsgüterproduzenten	%	*92,4*	*115,5*	*104,6*	*103,5*	*111,1*	*97,2*	*104,2*	*111,8*	…
Baugewerbe										
Bauhauptgewerbe/Vorbereitende Baustellenarbeiten, Hoch- und Tiefbau[3]										
Tätige Personen (einschließlich tätiger Inhaber) im Bauhauptgewerbe	1 000	107	104	107	108	109	109	109,0	…	…
Geleistete Arbeitsstunden	1 000	11 751	7 437	11 040	10 547	11 646	11 098	11 213	…	…
davon Wohnungsbau	1 000	3 847	2 701	3 720	3 532	3 800	3 645	3 715	…	…
gewerblicher und industrieller Bau	1 000	3 705	2 690	3 723	3 368	3 741	3 547	3 565	…	…
öffentlicher und Verkehrsbau	1 000	4 200	2 045	3 597	3 647	4 106	3 906	3 933	…	…
Entgelte	Mill. Euro	389,2	306,9	368,0	404,4	418,5	411,7	403,2	…	…
Baugewerblicher Umsatz (ohne Umsatzsteuer)	Mill. Euro	2 002,8	1 030,1	1 605,7	1 643,7	1 884,2	1 888,6	1 994,5	…	…
davon Wohnungsbau	Mill. Euro	598,2	386,5	553,2	552,8	590,4	599,4	612,2	…	…
gewerblicher und industrieller Bau	Mill. Euro	768,0	411,7	621,2	609,5	703,4	689,3	736,2	…	…
öffentlicher und Verkehrsbau	Mill. Euro	636,6	231,9	431,2	481,5	590,3	599,8	646,2	…	…
Messzahlen (2015 ≙ 100)										
Index des Auftragseingangs im Bauhauptgewerbe insg.	Messzahl	*164,3*	*164,9*	*203,5*	*165,0*	*169,0*	*178,7*	*154,9*	…	…
davon Wohnungsbau	Messzahl	*159,0*	*185,7*	*206,5*	*184,7*	*170,0*	*176,4*	*145,4*	…	…
gewerblicher und industrieller Bau	Messzahl	*164,0*	*167,9*	*189,6*	*145,9*	*160,9*	*172,0*	*165,3*	…	…
öffentlicher und Verkehrsbau	Messzahl	*169,1*	*144,2*	*216,9*	*170,5*	*177,3*	*188,3*	*150,8*	…	…
darunter Straßenbau	Messzahl	*219,7*	*162,2*	*228,5*	*179,9*	*212,3*	*191,0*	*155,9*	…	…
Ausbaugewerbe/Bauinstallation u. sonst. Ausbaugewerbe[4]										
Tätige Personen (einschließlich tätiger Inhaber) im Ausbaugewerbe	1 000	80	.	82	.	.	83	.	.	…
Geleistete Arbeitsstunden	1 000	23 758	.	23 494	.	.	24 328	.	.	…
Entgelte	Mill. Euro	742,0	.	749,3	.	.	797,9	.	.	…
Ausbaugewerblicher Umsatz (ohne Umsatzsteuer)	Mill. Euro	2 673,1	.	2 345,5	.	.	3 093,9	.	.	…
Energie- und Wasserversorgung										
Betriebe	Anzahl	281	282	281	282	281	281	281	281	…
Beschäftigte	Anzahl	32 524	32 881	32 870	33 051	33 002	33 047	32 953	32 949	…
Geleistete Arbeitsstunden	1 000	3 516	3 982	4 289	3 663	4 067	3 631	3 891	3 648	…
Bruttolohn- und -gehaltssumme	Mill. Euro	144	149	150	189	165	160	154	149	…
Bruttostromerzeugung der Kraftwerke der allg. Versorgung	Mill. kWh	4 021,7	2 711,2	2 911,3	2 746,2	2 966,2	2 517,6	2 339,2	…	…
Nettostromerzeugung der Kraftwerke der allg. Versorgung	Mill. kWh	3 845,5	2 584,8	2 779,8	2 608,3	2 822,9	2 392,5	2 215,5	…	…
darunter in Kraft-Wärme-Kopplung	Mill. kWh	216,8	585,2	552,2	475,9	298,7	193,5	188,6	…	…
Nettowärmeerzeugung der Kraftwerke der allg. Versorgung	Mill. kWh	523,2	1 266,4	1 018,1	1 011,0	649,0	444,7	436,2	…	…
Handwerk (Messzahlen)[5]										
Beschäftigte (Index)[6] (30.09.2020 ≙ 100)	Messzahl	*97,6*	.	*96,9p*	.	.	*96,9p*	.	.	…
Umsatz[7] (VjD 2020 ≙ 100) (ohne Umsatzsteuer)	Messzahl	*103,0*	.	*90,4p*	.	.	*111,1p*	.	.	…
Bautätigkeit und Wohnungswesen										
Baugenehmigungen[8]										
Wohngebäude[9] (nur Neu- und Wiederaufbau)	Anzahl	2 577	2 272	2 607	2 244	2 430	2 302	2 472	2 077	…
darunter mit 1 oder 2 Wohnungen	Anzahl	2 227	1 903	2 172	1 915	2 055	1 960	2 106	1 749	…
Umbauter Raum	1 000 m³	3 406	3 419	3 935	3 256	3 395	3 503	3 657	3 164	…
Veranschlagte Baukosten	Mill. Euro	1 423	1 501	1 788	1 435	1 538	1 574	1 677	1 519	…
Wohnfläche	1 000 m²	597	598	697	563	603	609	635	552	…
Nichtwohngebäude (nur Neu- und Wiederaufbau)	Anzahl	802	574	670	545	679	604	676	572	…
Umbauter Raum	1 000 m³	6 535	4 186	4 188	5 281	4 156	5 560	5 515	4 025	…
Veranschlagte Baukosten	Mill. Euro	1 043	777	811	1 024	1 224	991	1 125	1 107	…
Nutzfläche	1 000 m²	792	558	556	641	552	685	741	611	…
Wohnungen insgesamt (alle Baumaßnahmen)	Anzahl	6 572	6 609	8 260	6 529	6 494	6 705	7 304	6 133	…
Wohnräume[10] insgesamt (alle Baumaßnahmen)	Anzahl	26 207	24 661	29 067	23 974	24 534	25 320	26 705	22 776	…

1 Klassifikation der Wirtschaftszweige, Ausgabe 2008 (WZ 2008). Volumenindex.
2 Nur auftragseingangsmeldepflichtige Wirtschaftsklassen.
3 Bau von Gebäuden, Tiefbau, Abbrucharbeiten und vorbereitende Baustellenarbeiten u. a.; Betriebe von rechtlichen Einheiten mit 20 oder mehr tätigen Personen.
4 Bauinstallation und sonstiger Ausbau. Ab Berichtsjahr 2021: Betriebe von rechtlichen Einheiten mit 20 und mehr Personen (Von Berichtsjahr 2018 bis einschließlich Berichtsjahr 2020: Betriebe von rechtlichen Einheiten mit 23 und mehr tätigen Personen). Vierteljahresergebnisse (März=1, Juni=2, September=3, Dezember=4).
5 Zulassungspflichtiges Handwerk laut Anlage A der Handwerksordnung.
6 Am Ende des Kalendervierteljahres; Abweichendes Basisjahr (30.09.2009 ≙ 100) bis Dezember 2020.
7 Vierteljahresergebnisse (März=1, Juni=2, September=3, Dezember=4); Abweichendes Basisjahr (Vjd 2009 ≙ 100) bis Dezember 2020.
8 Die Monatsergebnisse sind vorläufig, da diese keine Tekturen (nachträgliche Baugenehmigungsänderungen) enthalten.
9 Einschließlich Wohnheime.
10 Wohnräume mit jeweils mindestens 6 m² Wohnfläche sowie abgeschlossene Küchen.

Handel und Gastgewerbe

Außenhandel

	Einheit	Vorjahres-monat	2022							
			Februar	März	April	Mai	Juni	Juli	August	September
Einfuhr insgesamt (Generalhandel)[1,2]	Mill. Euro	15 743,2	19 375,0	21 183,5	19 991,6	21 442,9	21 961,0	20 381,2	20 137,3	…
darunter Güter der Ernährungswirtschaft	Mill. Euro	844,1	1 017,5	1 046,4	997,0	1 092,5	1 133,8	1 042,0	1 050,2	…
Güter der gewerblichen Wirtschaft	Mill. Euro	13 706,1	16 945,4	18 561,7	17 535,9	18 677,2	19 236,2	17 854,3	17 536,9	…
davon Rohstoffe	Mill. Euro	1 112,6	1 703,6	1 977,2	2 159,4	2 223,1	2 131,2	1 532,0	1 823,1	…
Halbwaren	Mill. Euro	626,7	698,2	901,7	903,3	809,6	786,3	885,7	917,5	…
Fertigwaren	Mill. Euro	11 966,9	14 543,6	15 682,9	14 473,2	15 644,5	16 318,7	15 436,6	14 796,3	…
davon Vorerzeugnisse	Mill. Euro	1 019,5	1 352,9	1 373,0	1 342,2	1 440,9	1 504,8	1 310,6	1 263,3	…
Enderzeugnisse	Mill. Euro	10 947,4	13 190,7	14 309,9	13 131,0	14 203,7	14 813,9	14 126,0	13 532,9	…
darunter aus[3]										
Europa	Mill. Euro	10 123,3	13 200,5	13 362,2	12 661,2	13 789,0	13 695,9	12 945,6	12 233,0	…
darunter aus EU-Ländern[4] insgesamt	Mill. Euro	8 300,8	10 656,1	10 709,9	9 869,3	10 968,9	11 159,3	10 691,5	9 854,6	…
darunter aus Belgien	Mill. Euro	416,0	539,0	569,9	474,2	537,5	532,4	450,0	455,4	…
Bulgarien	Mill. Euro	87,1	103,9	125,7	126,8	119,4	123,7	100,8	105,4	…
Dänemark	Mill. Euro	78,1	76,6	102,9	82,7	91,9	95,2	82,6	84,1	…
Finnland	Mill. Euro	44,9	51,6	68,2	56,0	56,3	61,2	56,9	53,1	…
Frankreich	Mill. Euro	595,0	762,3	787,0	687,9	787,3	869,0	761,7	705,2	…
Griechenland	Mill. Euro	43,8	58,2	53,4	58,5	55,1	68,5	58,6	61,1	…
Irland	Mill. Euro	116,0	170,6	100,7	106,0	98,5	102,1	150,2	116,9	…
Italien	Mill. Euro	918,1	1 127,5	1 178,2	1 145,1	1 253,0	1 259,8	1 211,1	1 026,1	…
Luxemburg	Mill. Euro	20,7	24,1	24,5	25,5	40,6	29,7	33,7	24,8	…
Niederlande	Mill. Euro	758,1	856,3	910,7	823,9	858,0	979,7	904,2	1 009,7	…
Österreich	Mill. Euro	1 157,2	1 590,7	1 579,5	1 603,8	1 735,1	1 649,5	1 835,9	1 513,1	…
Polen	Mill. Euro	1 181,3	1 301,7	1 068,8	1 014,2	1 019,8	1 128,3	1 033,8	995,0	…
Portugal	Mill. Euro	92,8	154,8	165,3	133,6	158,8	163,0	173,2	154,3	…
Rumänien	Mill. Euro	244,3	359,4	336,0	342,7	362,7	355,2	335,2	323,9	…
Schweden	Mill. Euro	104,8	130,9	152,1	132,0	141,4	153,6	127,1	135,7	…
Slowakei	Mill. Euro	294,5	445,0	441,0	424,8	511,9	499,4	391,3	374,7	…
Slowenien	Mill. Euro	97,6	139,2	230,2	132,5	132,3	186,3	128,4	119,4	…
Spanien	Mill. Euro	275,7	400,4	386,7	334,6	413,1	385,8	375,8	301,8	…
Tschechien	Mill. Euro	1 109,1	1 282,3	1 393,4	1 181,9	1 512,9	1 403,2	1 344,4	1 383,1	…
Ungarn	Mill. Euro	565,7	962,8	909,2	860,2	946,9	979,2	1 002,8	781,1	…
Vereinigtes Königreich	Mill. Euro	300,5	397,5	451,1	434,8	498,0	461,8	481,5	416,1	…
Russische Föderation	Mill. Euro	423,3	841,8	851,3	1 079,2	944,5	756,4	420,3	669,9	…
Afrika	Mill. Euro	373,6	325,2	673,2	495,7	554,2	455,0	311,7	382,5	…
darunter aus Südafrika	Mill. Euro	149,2	72,1	271,6	128,1	158,9	110,3	181,7	142,0	…
Amerika	Mill. Euro	1 156,3	1 180,2	1 785,1	1 336,6	1 568,9	1 728,0	1 430,7	1 585,8	…
darunter aus den USA	Mill. Euro	975,6	1 011,9	1 573,5	1 131,1	1 323,5	1 468,9	1 206,5	1 338,4	…
Asien	Mill. Euro	4 046,8	4 626,3	5 322,2	5 464,8	5 475,0	6 021,1	5 650,6	5 887,6	…
darunter aus der Volksrepublik China	Mill. Euro	2 012,0	2 446,3	2 769,4	2 902,6	2 648,7	3 111,1	2 890,3	3 051,3	…
Japan	Mill. Euro	282,7	293,3	290,0	290,0	316,2	386,3	264,3	298,7	…
Australien, Ozeanien und übrige Gebiete	Mill. Euro	43,1	42,8	40,8	33,3	55,8	61,0	42,7	48,5	…
Ausfuhr insgesamt (Spezialhandel)[1,2]	Mill. Euro	14 061,7	16 840,3	18 132,9	16 056,3	17 861,8	18 204,7	18 045,6	17 486,9	…
darunter Güter der Ernährungswirtschaft	Mill. Euro	813,1	856,7	983,9	900,1	941,8	982,8	995,7	1 036,2	…
Güter der gewerblichen Wirtschaft	Mill. Euro	12 757,0	15 362,2	16 457,7	14 524,5	16 243,7	16 527,9	16 408,8	15 809,1	…
davon Rohstoffe	Mill. Euro	60,6	196,6	227,5	171,8	174,2	162,0	142,1	150,6	…
Halbwaren	Mill. Euro	810,8	862,7	1 099,9	1 053,5	1 085,5	1 252,9	1 141,1	1 110,7	…
Fertigwaren	Mill. Euro	11 885,6	14 303,0	15 130,3	13 299,2	14 983,9	15 113,0	15 125,6	14 547,8	…
davon Vorerzeugnisse	Mill. Euro	1 182,0	1 437,8	1 613,1	1 524,9	1 620,9	1 504,5	1 470,5	1 367,6	…
Enderzeugnisse	Mill. Euro	10 703,6	12 865,1	13 517,3	11 774,3	13 363,0	13 608,5	13 655,1	13 180,2	…
davon nach										
Europa	Mill. Euro	8 958,1	11 079,1	11 871,6	10 632,6	11 481,3	12 016,9	11 404,7	10 970,0	…
darunter in EU-Länder[4] insgesamt	Mill. Euro	7 220,7	8 832,1	9 684,0	8 693,4	9 352,6	9 838,0	9 223,9	8 846,0	…
darunter nach Belgien	Mill. Euro	386,6	531,5	590,9	501,3	546,3	558,8	509,6	480,1	…
Bulgarien	Mill. Euro	58,2	49,6	56,4	51,0	67,1	62,0	63,8	61,3	…
Dänemark	Mill. Euro	152,2	150,4	181,0	148,3	161,6	160,8	148,1	176,9	…
Finnland	Mill. Euro	96,7	113,4	139,5	131,1	132,0	120,0	115,6	123,1	…
Frankreich	Mill. Euro	827,7	1 089,8	1 177,6	1 063,2	1 077,9	1 226,1	1 039,4	1 060,4	…
Griechenland	Mill. Euro	45,2	65,0	68,7	61,2	68,5	59,7	72,6	57,8	…

1 Vorläufige Ergebnisse.
2 Nachweis einschließlich „nicht aufgliederbares Intrahandelsergebnis".
3 Ohne Schiffs- und Luftfahrzeugbedarf, Polargebiete und nicht ermittelte Länder und Gebiete.
4 Januar 2020: EU 28. Ab Februar 2020 EU 27 (ohne Vereinigtes Königreich).

noch: Handel und Gastgewerbe	Einheit	Vorjahres-monat	2022							
			Februar	März	April	Mai	Juni	Juli	August	September
Irland	Mill. Euro	59,8	80,7	64,4	63,0	66,3	72,5	56,2	79,2	...
Italien	Mill. Euro	829,9	1 174,5	1 241,6	1 124,1	1 206,1	1 188,9	1 186,4	915,7	...
Luxemburg	Mill. Euro	44,5	54,5	58,2	49,2	54,0	59,2	53,2	47,4	...
Niederlande	Mill. Euro	567,9	650,6	740,9	690,6	725,4	800,3	750,1	715,5	...
Österreich	Mill. Euro	1 248,4	1 398,3	1 690,7	1 579,2	1 624,6	1 904,4	1 799,0	1 779,8	...
Polen	Mill. Euro	652,2	885,0	897,7	707,8	857,7	906,5	833,0	802,7	...
Portugal	Mill. Euro	79,1	107,2	110,9	95,9	114,9	100,9	124,4	92,7	...
Rumänien	Mill. Euro	270,9	265,5	279,7	257,5	302,8	275,1	261,0	267,5	...
Schweden	Mill. Euro	234,0	261,4	286,5	245,0	269,5	291,9	234,4	254,9	...
Slowakei	Mill. Euro	178,5	227,2	227,8	218,3	245,5	238,0	208,0	204,5	...
Slowenien	Mill. Euro	84,2	86,2	101,6	98,4	108,2	101,0	99,6	100,5	...
Spanien	Mill. Euro	367,9	486,0	554,8	465,2	485,0	495,4	489,5	403,9	...
Tschechien	Mill. Euro	523,0	607,3	651,6	608,1	639,7	646,4	582,9	618,4	...
Ungarn	Mill. Euro	346,5	384,1	396,2	368,9	408,4	397,0	391,3	415,1	...
Vereinigtes Königreich	Mill. Euro	607,1	913,7	983,2	829,4	848,4	948,6	966,4	811,1	...
Russische Föderation	Mill. Euro	245,3	283,4	95,0	73,7	108,2	133,2	96,8	130,5	...
Afrika	Mill. Euro	210,6	249,5	225,8	183,1	241,7	244,2	234,1	221,8	...
darunter nach Südafrika	Mill. Euro	74,5	78,8	88,4	66,0	86,1	85,2	86,2	80,6	...
Amerika	Mill. Euro	2 062,2	2 313,2	2 423,6	2 171,2	2 618,6	2 572,4	2 796,1	2 720,3	...
darunter in die USA	Mill. Euro	1 569,0	1 767,5	1 870,3	1 651,9	2 015,5	1 999,5	2 145,2	2 080,7	...
Asien	Mill. Euro	2 697,5	3 046,5	3 434,5	2 910,3	3 351,0	3 184,6	3 424,1	3 378,5	...
darunter in die Volksrepublik China	Mill. Euro	1 365,6	1 432,9	1 733,8	1 359,8	1 668,0	1 484,5	1 710,4	1 648,8	...
nach Japan	Mill. Euro	175,8	256,8	258,0	241,3	234,1	219,8	242,0	226,2	...
Australien, Ozeanien und übrige Gebiete	Mill. Euro	133,3	152,0	177,4	159,0	169,2	186,5	186,6	196,3	...
Großhandel (2015 ≙ 100) [1]										
Index der Großhandelsumsätze nominal	Messzahl	*137,1*	*137,7*	*173,0*	*155,2*	*161,8*	*173,6*	*163,1*	-	...
Index der Großhandelsumsätze real	Messzahl	*126,6*	*118,2*	*140,0*	*123,8*	*128,4*	*140,7*	*129,9*	-	...
Index der Beschäftigten im Großhandel	Messzahl	*107,5*	*109,8*	*109,7*	*110,1*	*110,4*	*110,6*	*110,7*	-	...
Einzelhandel (2015 ≙ 100) [2]										
Index der Einzelhandelsumsätze nominal	Messzahl	*129,2*	*127,9*	*145,8*	*142,6*	*143,2*	*136,2*	*145,5*	*136,4*	...
Einzelhandel mit Waren verschiedener Art [3]	Messzahl	*112,3*	*116,5*	*131,4*	*133,7*	*129,8*	*127,0*	*135,8*	*125,2*	...
Facheinzelhandel mit Nahrungsmitteln, Getränken und Tabakwaren [3]	Messzahl	*113,7*	*108,8*	*123,3*	*125,2*	*128,0*	*125,5*	*135,2*	*124,2*	...
Apotheken; Facheinzelhandel mit medizinischen, orthopädischen und kosmetischen Artikeln [3]	Messzahl	*134,4*	*131,9*	*150,3*	*138,1*	*144,3*	*143,9*	*152,3*	*147,4*	...
Sonstiger Facheinzelhandel [3]	Messzahl	*121,2*	*106,1*	*128,4*	*126,7*	*136,1*	*127,8*	*134,2*	*128,6*	...
Einzelhandel (nicht in Verkaufsräumen)	Messzahl	*193,3*	*199,8*	*219,6*	*208,7*	*208,1*	*197,8*	*214,6*	*199,0*	...
Index der Einzelhandelsumsätze real	Messzahl	*122,7*	*117,9*	*131,6*	*127,5*	*126,1*	*119,4*	*126,9*	*118,1*	...
Index der Beschäftigten im Einzelhandel	Messzahl	*106,0*	*106,0*	*106,0*	*106,1*	*105,8*	*105,6*	*105,2*	*105,4*	...
Kfz-Handel (2015 ≙ 100) [4]										
Index der Umsätze im Kfz-Handel nominal	Messzahl	*137,8*	*122,1*	*145,7*	*125,9*	*140,1*	*139,8*	*140,1*	-	...
Index der Umsätze im Kfz-Handel real	Messzahl	*124,7*	*105,2*	*124,6*	*106,8*	*118,0*	*117,4*	*116,4*	-	...
Index der Beschäftigten im Kfz-Handel	Messzahl	*104,9*	*106,1*	*105,8*	*105,5*	*105,4*	*105,3*	*104,7*	-	...
Gastgewerbe (2015 ≙ 100)										
Index der Gastgewerbeumsätze nominal	Messzahl	*110,9*	*77,6*	*91,2*	*104,1*	*130,7*	*139,5*	*144,1*	*139,0*	...
Hotels, Gasthöfe, Pensionen und Hotels garnis	Messzahl	*116,6*	*71,8*	*81,7*	*97,1*	*130,3*	*134,2*	*149,0*	*148,6*	...
Sonstiges Beherbergungsgewerbe	Messzahl	*150,4*	*126,0*	*162,6*	*166,0*	*219,8*	*214,7*	*235,5*	*198,3*	...
Restaurants, Cafés, Eisdielen und Imbisshallen	Messzahl	*120,6*	*86,4*	*99,4*	*112,0*	*134,8*	*153,8*	*144,6*	*140,2*	...
Sonstiges Gaststättengewerbe	Messzahl	*116,0*	*82,1*	*98,0*	*111,3*	*133,6*	*150,4*	*143,6*	*139,4*	...
Kantinen und Caterer	Messzahl	*73,6*	*80,0*	*95,4*	*99,0*	*127,5*	*115,9*	*134,5*	*112,5*	...
Index der Gastgewerbeumsätze real	Messzahl	*94,8*	*65,4*	*76,2*	*85,9*	*106,4*	*112,0*	*114,4*	*109,9*	...
Index der Beschäftigten im Gastgewerbe	Messzahl	*84,7*	*84,2*	*87,6*	*89,8*	*91,8*	*95,5*	*97,9*	*96,8*	...
Tourismus [5]										
Gästeankünfte	1 000	3 560	1 474	1 745	2 430	3 181	3 619	4 507,0	4 214,0	...
darunter Auslandsgäste	1 000	507	275	295	435	578	669	1 079,0	963,0	...
Gästeübernachtungen	1 000	11 325	4 396	5 064	6 624	8 277	9 842	11 501,0	12 132,0	...
darunter Auslandsgäste	1 000	1 121	646	768	1 024	1 353	1 495	2 240,0	2 133,0	...

1 Einschließlich Handelsvermittlung.
2 Einschließlich Tankstellen.
3 In Verkaufsräumen.
4 Sowie Instandhaltung und Reparatur von Kfz. Ohne Tankstellen.
5 Beherbergungsbetriebe mit zehn oder mehr Gästebetten (einschl. Campingplätze mit zehn oder mehr Stellplätzen).

	Einheit	Vorjahres-monat	2022							
			Februar	März	April	Mai	Juni	Juli	August	September
Verkehr										
Straßenverkehr										
Zulassung fabrikneuer Kraftfahrzeuge insgesamt [1]	Anzahl	48 024	49 502	63 380	49 880	54 696	58 345	56 474	51 120	56 125
darunter Krafträder [2]	Anzahl	3 279	3 227	7 958	5 864	5 923	5 170	5 138	4 656	3 878
Personenkraftwagen und sonst. „M1"-Fahrzeuge	Anzahl	39 116	40 583	48 529	38 899	43 057	47 504	45 783	41 565	46 670
Lastkraftwagen	Anzahl	3 738	3 725	4 235	3 127	3 501	3 514	3 518	3 142	3 642
Zugmaschinen	Anzahl	1 515	1 588	2 262	1 654	1 742	1 652	1 640	1 481	1 505
sonstige Kraftfahrzeuge	Anzahl	308	314	335	317	405	447	342	225	355
Beförderte Personen im Schienennah- und gewerblichen Omnibuslinienverkehr insg. (Quartalsergebnisse) [3]	1 000	213 362	.	249 136	.	.	283 515	.	.	…
davon öffentliche und gemischtwirtschaftliche Unternehmen	1 000	173 931	.	204 660	.	.	233 135	.	.	…
private Unternehmen	1 000	39 431	.	44 476	.	.	50 380	.	.	…
Straßenverkehrsunfälle insgesamt [4]	Anzahl	36 163	25 674	27 634	30 561	35 515	31 789	33 866	…	…
davon Unfälle mit Personenschaden	Anzahl	5 715	2 418	3 419	3 462	5 493	5 192	5 342	…	…
mit nur Sachschaden	Anzahl	30 448	23 256	24 215	27 099	30 022	26 597	28 524	…	…
Getötete Personen [5]	Anzahl	61	33	28	34	44	61	55	…	…
Verletzte Personen	Anzahl	7 153	3 266	4 240	4 387	6 758	6 273	6 428	…	…
Luftverkehr Fluggäste										
Flughafen München Ankunft	1 000	890	577	875	1 283	1 502	1 658	1 621	1 698	…
Abgang	1 000	930	598	875	1 282	1 497	1 637	1 677	1 778	…
Flughafen Nürnberg Ankunft	1 000	105	30	59	122	145	198	183	231	…
Abgang	1 000	108	35	60	127	158	206	207	241	…
Flughafen Memmingen Ankunft	1 000	80	42	62	83	93	95	92	113	…
Abgang	1 000	79	45	61	87	94	94	107	110	…
Eisenbahnverkehr [6]										
Güterempfang	1 000 t	2 667	2 338	2 772	2 412	2 765	2 595	2 577	…	…
Güterversand	1 000 t	2 261	2 078	2 244	2 124	2 315	2 252	2 260	…	…
Binnenschifffahrt [7]										
Güterempfang insgesamt	1 000 t	293	284	246	251	372	294	270	…	…
davon auf dem Main	1 000 t	134	101	112	106	158	104	104	…	…
auf der Donau	1 000 t	159	183	134	145	214	190	166	…	…
Güterversand insgesamt	1 000 t	261	236	179	200	226	244	221	…	…
davon auf dem Main	1 000 t	139	123	97	117	111	123	119	…	…
auf der Donau	1 000 t	122	113	81	84	114	121	103	…	…
Geld und Kredit										
Kredite und Einlagen [8, 9]										
Kredite an Nichtbanken insgesamt	Mill. Euro	623 131	.	658 181	.	.	670 576	.	.	…
darunter Kredite an inländische Nichtbanken [10]	Mill. Euro	529 758	.	560 102	.	.	571 670	.	.	…
davon kurzfr. Kredite an Nichtbanken insgesamt	Mill. Euro	61 966	.	66 429	.	.	69 223	.	.	…
Unternehmen und Privatpersonen [11]	Mill. Euro	57 944	.	63 160	.	.	65 948	.	.	…
inländ. öffentliche Haushalte [12]	Mill. Euro	4 022	.	3 269	.	.	3 275	.	.	…
mittelfr. Kredite an Nichtbanken insgesamt [13]	Mill. Euro	78 185	.	82 037	.	.	83 947	.	.	…
Unternehmen u. Privatpersonen [11]	Mill. Euro	77 238	.	80 937	.	.	82 616	.	.	…
inländ. öffentliche Haushalte [12]	Mill. Euro	947	.	1 100	.	.	1 331	.	.	…
langfr. Kredite an Nichtbanken insgesamt [14]	Mill. Euro	482 980	.	509 715	.	.	517 406	.	.	…
Unternehmen u. Privatpersonen [11]	Mill. Euro	457 617	.	485 471	.	.	492 979	.	.	…
inländ. öffentliche Haushalte [12]	Mill. Euro	25 363	.	24 244	.	.	24 427	.	.	…

1 Daten des Kraftfahrt-Bundesamtes.
2 Einschließlich Leichtkrafträder, dreirädrige und leichte vierrädrige Kraftfahrzeugen.
3 Vorläufige Ergebnisse.
4 Soweit durch die Polizei erfasst. Vorläufige Ergebnisse.
5 Einschließlich der innerhalb 30 Tagen an den Unfallfolgen verstorbenen Personen.
6 Ohne Berücksichtigung der Nachkorrekturen.
7 Schiffsgüterumschläge an den Häfen des Main-Donau-Kanals werden dem Donaugebiet zugeordnet.
8 Aus Veröffentlichungen der Deutschen Bundesbank Frankfurt am Main – Quartalsergebnisse der in Bayern tätigen Kreditinstitute (einschließlich Bausparkassen).
9 Stand am Monatsende.
10 Ohne Treuhandkredite.
11 Einschl. Kredite (Einlagen) an ausländische Nichtbanken.
12 Ohne Kredite (Einlagen) an ausländische öffentliche Haushalte.
13 Laufzeiten von über 1 Jahr bis 5 Jahre.
14 Laufzeiten über 5 Jahre.

noch: Geld und Kredit	Einheit	Vorjahres-monat	2022							
			Februar	März	April	Mai	Juni	Juli	August	September
Einlagen von Nichtbanken insgesamt[1] (Monatsende)	Mill. Euro	741 021	.	759 993	.	.	767 104	.	.	…
davon Sicht- und Termineinlagen[2]	Mill. Euro	632 837	.	652 638	.	.	660 518	.	.	…
davon von Unternehmen und Privatpersonen	Mill. Euro	598 012	.	610 272	.	.	616 440	.	.	…
von öffentlichen Haushalten	Mill. Euro	34 825	.	42 366	.	.	44 078	.	.	…
Spareinlagen	Mill. Euro	108 184	.	107 355	.	.	106 586	.	.	…
darunter bei Sparkassen	Mill. Euro	36 966	.	36 357	.	.	36 103	.	.	…
bei Kreditbanken	Mill. Euro	25 462	.	26 435	.	.	26 358	.	.	…
Zahlungsschwierigkeiten										
Insolvenzen insgesamt	Anzahl	907	927	983	783	1 060	873	857	966	…
darunter mangels Masse abgelehnt	Anzahl	73	80	61	68	71	54	58	53	…
davon Unternehmen	Anzahl	147	183	171	158	175	147	145	160	…
darunter mangels Masse abgelehnt	Anzahl	49	57	46	48	51	40	39	37	…
Verbraucher	Anzahl	479	453	538	394	552	465	438	526	…
darunter mangels Masse abgelehnt	Anzahl	-	1	0	0	0	1	0	0	…
ehemals selbstständig Tätige	Anzahl	232	247	234	180	285	222	218	229	…
darunter mangels Masse abgelehnt	Anzahl	11	14	8	11	10	5	11	9	…
sonstige natürliche Personen, Nachlässe	Anzahl	49	44	40	51	48	39	56	51	…
darunter mangels Masse abgelehnt	Anzahl	13	8	7	9	10	8	8	7	…
Voraussichtliche Forderungen insgesamt	1 000 Euro	140 604	350 521	283 750	355 107	264 203	224 144	186 708	393 268	…
davon Unternehmen	1 000 Euro	45 300	269 243	203 440	303 492	158 810	136 775	122 892	168 006	…
Verbraucher	1 000 Euro	22 509	28 840	28 183	19 170	39 678	23 654	23 225	26 744	…
ehemals selbstständig Tätige	1 000 Euro	60 593	50 358	39 672	23 726	58 826	56 182	35 272	188 853	…
sonstige natürliche Personen, Nachlässe	1 000 Euro	12 201	2 081	12 455	8 719	6 889	7 531	5 319	9 665	…

Verdienste

Bruttomonatsverdienste[3] der vollzeitbeschäftigten Arbeitnehmer[4] im Produzierenden Gewerbe und im Dienstleistungsbereich	Euro	4 224	.	…	.	.	…	.	.	…
Männer	Euro	4 429	.	…	.	.	…	.	.	…
Frauen	Euro	3 713	.	…	.	.	…	.	.	…
Leistungsgruppe 1[5]	Euro	7 671	.	…	.	.	…	.	.	…
Leistungsgruppe 2[5]	Euro	4 938	.	…	.	.	…	.	.	…
Leistungsgruppe 3[5]	Euro	3 433	.	…	.	.	…	.	.	…
Leistungsgruppe 4[5]	Euro	2 685	.	…	.	.	…	.	.	…
Leistungsgruppe 5[5]	Euro	2 318	.	…	.	.	…	.	.	…
Produzierendes Gewerbe	Euro	4 280	.	…	.	.	…	.	.	…
Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden	Euro	3 476	.	…	.	.	…	.	.	…
Verarbeitendes Gewerbe	Euro	4 393	.	…	.	.	…	.	.	…
Energieversorgung	Euro	5 138	.	…	.	.	…	.	.	…
Wasserversorgung; Abwasser- und Abfallentsorgung und Beseitigung von Umweltverschmutzungen	Euro	3 694	.	…	.	.	…	.	.	…
Baugewerbe	Euro	3 740	.	…	.	.	…	.	.	…
Dienstleistungsbereich	Euro	4 187	.	…	.	.	…	.	.	…
Handel; Instandhaltung u. Reparatur von Kraftfahrzeugen	Euro	4 051	.	…	.	.	…	.	.	…
Verkehr und Lagerei	Euro	3 169	.	…	.	.	…	.	.	…
Gastgewerbe	Euro	1 770	.	…	.	.	…	.	.	…
Information und Kommunikation	Euro	5 676	.	…	.	.	…	.	.	…
Erbringung von Finanz- und Versicherungs-dienstleistungen	Euro	5 780	.	…	.	.	…	.	.	…
Grundstücks- und Wohnungswesen	Euro	4 950	.	…	.	.	…	.	.	…
Erbringung von freiberuflichen, wissenschaftlichen und technischen Dienstleistungen	Euro	5 280	.	…	.	.	…	.	.	…
Erbringung von sonstigen wirtschaftlichen Dienst-leistungen	Euro	2 837	.	…	.	.	…	.	.	…
Öffentliche Verwaltung, Verteidigung, Sozialversicherung	Euro	3 984	.	…	.	.	…	.	.	…
Erziehung und Unterricht	Euro	4 597	.	…	.	.	…	.	.	…
Gesundheits- und Sozialwesen	Euro	4 116	.	…	.	.	…	.	.	…
Kunst, Unterhaltung und Erholung	Euro	4 606	.	…	.	.	…	.	.	…
Erbringung von sonstigen Dienstleistungen	Euro	3 983	.	…	.	.	…	.	.	…

1 Ohne Verbindlichkeiten gegenüber Geldmarktfonds und ohne Einlagen aus Treuhandkrediten.
2 Einschließlich Sparbriefe.
3 Quartalswerte: ohne Sonderzahlungen.
4 Einschließlich Beamte, ohne Auszubildende.
5 Leistungsgruppe 1: Arbeitnehmer in leitender Stellung; Leistungsgruppe 2: herausgehobene Fachkräfte; Leistungsgruppe 3: Fachkräfte; Leistungsgruppe 4: angelernte Arbeitnehmer; Leistungsgruppe 5: ungelernte Arbeitnehmer.

Landwirtschaft

	Einheit	Vorjahres-monat	2022							
			Februar	März	April	Mai	Juni	Juli	August	September
Schlachtungen[1]										
Gewerbl. Schlachtungen und Hausschl. (ohne Geflügel)	1 000	444,3	396,8	441,1	403,8	421,7	400,7	397,7	403,5	…
darunter Rinder	1 000	74,9	65,2	75,7	68,5	68,9	61,5	64,3	68,4	…
darunter Kälber[2]	1 000	1,0	1,3	1,4	1,5	1,2	1,0	1,0	0,7	…
Jungrinder[3]	1 000	0,3	0,3	0,3	0,2	0,3	0,2	0,2	0,2	…
Schweine	1 000	362,4	324,6	356,1	316,9	343,6	330,7	320,5	327,8	…
Schafe	1 000	6,4	6,3	8,7	17,1	8,3	7,6	12,2	6,6	…
darunter gewerbliche Schlachtungen (ohne Geflügel)	1 000	443,3	394,6	439,1	401,9	420,4	399,7	396,7	402,7	…
darunter Rinder	1 000	74,6	64,6	75,1	67,9	68,5	61,2	64,1	68,2	…
darunter Kälber[2]	1 000	0,9	1,2	1,3	1,4	1,1	0,9	0,9	0,7	…
Jungrinder[3]	1 000	0,2	0,2	0,3	0,2	0,2	0,2	0,2	0,2	…
Schweine	1 000	362,1	323,3	355,0	316,2	343,2	330,4	320,2	327,5	…
Schafe	1 000	6,1	6,1	8,4	16,5	8,0	7,3	11,7	6,4	…
Durchschnittliches Schlachtgewicht[4]										
Rinder	kg	350,0	351,0	353,4	351,8	354,1	350,2	348,6	344,7	…
darunter Kälber[2]	kg	105,1	84,0	111,1	66,2	103,9	107,0	76,7	114,2	…
Jungrinder[3]	kg	179,2	176,6	185,3	179,9	179,7	201,5	194,1	195,3	…
Schweine	kg	96,4	97,6	98,1	98,5	98,0	97,8	96,3	96,5	…
Gesamtschlachtgewicht[5]										
Gewerbl. Schlachtungen und Hausschl. (ohne Geflügel)	1 000 t	61,3	54,7	61,8	55,6	58,2	54,0	53,5	55,3	…
darunter Rinder	1 000 t	26,2	22,8	26,7	24,0	24,4	21,5	22,4	23,6	…
darunter Kälber[2]	1 000 t	0,1	0,1	0,2	0,1	0,1	0,1	0,1	0,1	…
Jungrinder[3]	1 000 t	0,0	0,1	0,1	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	…
Schweine	1 000 t	34,9	31,7	34,9	31,2	33,7	32,3	30,9	31,6	…
Schafe	1 000 t	0,1	0,1	0,2	0,3	0,2	0,1	0,2	0,1	…
darunter gewerbliche Schlachtungen (ohne Geflügel)	1 000 t	61,1	54,4	61,6	55,4	58,0	53,9	53,4	55,2	…
darunter Rinder	1 000 t	26,1	22,7	26,6	23,9	24,2	21,4	22,3	23,5	…
darunter Kälber[2]	1 000 t	0,1	0,1	0,1	0,1	0,1	0,1	0,1	0,1	…
Jungrinder[3]	1 000 t	0,0	0,0	0,1	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	…
Schweine	1 000 t	34,9	31,5	34,8	31,1	33,6	32,3	30,8	31,6	…
Schafe	1 000 t	0,1	0,1	0,2	0,3	0,2	0,1	0,2	0,1	…
Geflügel										
Hennenhaltungsplätze[6]	1 000	4 507	4 798	4 833	4 834	4 834	4 837	4 843	4 867	…
Legehennenbestand[6]	1 000	3 869	3 999	4 011	3 882	3 775	3 768	3 703	3 814	…
Konsumeier[6]	1 000	88 666	91 807	105 079	97 429	93 045	89 602	90 157	88 490	…
Geflügelfleisch[7]	1 000 t	14,3	13,2	16,4	14,6	15,6	15,9	15,8	14,8	…
Getreideanlieferungen[8, 9]										
Roggen und Wintermenggetreide	1 000 t	2,7	0,8	0,7	0,6	2,2	2,4	3,5	…	…
Weizen	1 000 t	11,9	17,8	15,1r	9,8	9,0r	7,6	29,5	…	…
Gerste	1 000 t	14,8	6,3	6,6	5,4	4,0	3,5	16,5	…	…
Hafer und Sommermenggetreide	1 000 t	0,7	0,2	0,2	0,3	0,2	0,2	0,3	…	…
Vermahlung von Getreide[8, 9]										
Getreide insgesamt	1 000 t	107,4	103,5	126,3r	113,3	115,3r	106,7r	109,1	…	…
darunter Roggen und -gemenge	1 000 t	10,2	8,8	11,1r	10,0	10,0r	10,1r	9,4	…	…
Weizen und -gemenge	1 000 t	97,2	94,7	115,2r	103,3	105,3r	96,6r	99,6	…	…
Vorräte in zweiter Hand[8, 9]										
Roggen und Wintermenggetreide	1 000 t	21,4	40,2	36,0r	30,3	26,4r	22,6r	50,8	…	…
Weizen	1 000 t	143,0	407,6r	383,5r	344,5	313,7r	281,5r	615,4	…	…
Gerste	1 000 t	261,7	237,8	222,0r	203,2	181,4	173,0r	379,6	…	…
Hafer und Sommermenggetreide	1 000 t	24,6	27,3r	25,9r	25,7	25,2	26,8r	30,4	…	…
Mais	1 000 t	36,8	145,0	125,3	96,0	87,2	75,8r	52,1	…	…

1 Gewerbliche Schlachtungen und Hausschlachtungen von Tieren inländischer und ausländischer Herkunft.
2 Höchstens 8 Monate alt.
3 Kälber über 8, aber höchstens 12 Monate alt.
4 Von gewerblich geschlachteten Tieren inländischer Herkunft.
5 Bzw. Schlachtmenge, einschließlich Schlachtfette, jedoch ohne Innereien.
6 In Betrieben mit einer Haltungskapazität von mindestens 3 000 Legehennen.
7 Alle Geflügelschlachtereien, die nach dem EG-Hygienerecht im Besitz einer Zulassung sind.
8 Nach Angaben des Bundesinformationszentrums Landwirtschaft (BZL) in der Bundesanstalt für Landwirtschaft und Ernährung.
9 Anlieferung vom Erzeuger an Handel, Genossenschaften, Mühlen und sonstige Verarbeitungsbetriebe.

	Einheit	Vorjahres-monat	2022							
			Februar	März	April	Mai	Juni	Juli	August	September
Bierabsatz										
Bierabsatz insgesamt	1 000 hl	2 201r	1 547	2 054	1 959	2 273	2 401	2 339	2 421	…
davon Bier der Steuerklassen bis 10	1 000 hl	168r	99	150	143	191	219	246	204	…
11 bis 13	1 000 hl	2 012r	1 412	1 854	1 785	2 052	2 157	2 073	2 185	…
14 oder darüber	1 000 hl	21	36	50	31	30	26	20	32	…
darunter Ausfuhr zusammen	1 000 hl	568r	418	512	428	534	586	589	591	…
davon in EU-Länder	1 000 hl	292	190	287	265	337	388	399	374	…
in Drittländer	1 000 hl	275	228	225	163	197	197	189	218	…
Bevölkerung und Erwerbstätigkeit										
Bevölkerungsstand [1]	1 000	13 155	13 187	13 270	13 303	13 321	13 331	…	…	…
Natürliche Bevölkerungsbewegung [2]										
Eheschließungen[2]	Anzahl	6 497	3 847	2 611	4 547	6 891	7 432	…	…	…
je 10 000 Einwohner	Anzahl	4,9	2,9	2,0	3,4	5,2	5,6	…	…	…
Lebendgeborene[3]	Anzahl	11 195	9 113	9 808	9 537	10 640	10 173	…	…	…
je 10 000 Einwohner	Anzahl	8,5	6,9	7,4	7,2	8,0	7,6	…	…	…
Gestorbene[4]	Anzahl	10 709	12 248	13 729	12 320	11 505	11 383	…	…	…
je 10 000 Einwohner	Anzahl	8,1	9,3	10,3	9,3	8,6	8,5	…	…	…
und zwar im 1. Lebensjahr Gestorbene	Anzahl	32	22	28	27	28	24	…	…	…
je 1 000 Lebendgeborene	Anzahl	2,9	2,4	2,9	2,8	2,6	2,4	…	…	…
in den ersten 7 Lebenstagen Gestorbene	Anzahl	18	14	12	22	10	16	…	…	…
je 1 000 Lebendgeborene	Anzahl	1,6	1,5	1,2	2,3	0,9	1,6	…	…	…
Überschuss										
der Geborenen bzw. der Gestorbenen (–)	Anzahl	486	– 3 135	– 3 921	– 2 783	– 865	– 1 210	…	…	…
je 10 000 Einwohner	Anzahl	0,4	– 2,4	– 3,0	– 2,1	– 0,6	– 0,9	…	…	…
Totgeborene[3]	Anzahl	54	25	60	36	39	36	…	…	…
Wanderungen [2]										
Zuzüge über die Landesgrenze	Anzahl	27 351	29 810	118 313	58 192	41 374	33 696	…	…	…
darunter aus dem Ausland	Anzahl	18 936	21 952	108 579	48 310	32 675	25 978	…	…	…
Fortzüge über die Landesgrenze	Anzahl	22 039	19 641	24 697	24 306	24 786	21 675	…	…	…
darunter in das Ausland	Anzahl	13 696	12 249	15 225	14 809	16 241	14 250	…	…	…
Zuzüge aus den anderen Bundesländern	Anzahl	8 415	7 858	9 734	9 882	8 699	7 718	…	…	…
Fortzüge in die anderen Bundesländer	Anzahl	8 343	7 392	9 472	9 497	8 545	7 425	…	…	…
Wanderungsgewinn bzw. -verlust (–)	Anzahl	5 312	10 169	93 616	33 886	16 588	12 021	…	…	…
Innerhalb des Landes Umgezogene[5]	Anzahl	41 253	38 342	47 116	47 484	43 997	39 978	…	…	…
Arbeitsmarkt [6]										
Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte am Arbeitsort	1 000	5 716	.	5 832	.	.	…	.	.	…
Frauen	1 000	2 628	.	2 683	.	.	…	.	.	…
Ausländer[7]	1 000	912	.	985	.	.	…	.	.	…
Teilzeitbeschäftigte	1 000	1 608	.	1 664	.	.	…	.	.	…
darunter Frauen	1 000	1 289	.	1 327	.	.	…	.	.	…
nach zusammengefassten Wirtschaftsabschnitten (WZ 2008)										
A Land- und Forstwirtschaft, Fischerei	1 000	32	.	32	.	.	…	.	.	…
B–F Produzierendes Gewerbe	1 000	1 816	.	1 828	.	.	…	.	.	…
B–E Produzierendes Gewerbe ohne Baugewerbe	1 000	1 474	.	1 480	.	.	…	.	.	…
C Verarbeitendes Gewerbe	1 000	1 395	.	1 399	.	.	…	.	.	…
F Baugewerbe	1 000	342	.	348	.	.	…	.	.	…
G–U Dienstleistungsbereiche	1 000	3 869	.	3 973	.	.	…	.	.	…
G–I Handel, Verkehr und Gastgewerbe	1 000	1 211	.	1 238	.	.	…	.	.	…
J Information und Kommunikation	1 000	244	.	258	.	.	…	.	.	…
K Finanz- und Versicherungsdienstleister	1 000	180	.	179	.	.	…	.	.	…
L Grundstücks- und Wohnungswesen	1 000	39	.	40	.	.	…	.	.	…
M–N Freiberufliche, wissenschaftliche, technische Dienstleister; sonst. wirtschaftliche Dienstleister	1 000	752	.	780	.	.	…	.	.	…
O–Q Öffentliche Verwaltung, Verteidigung, Sozialversicherung; Erziehung und Unterricht; Gesundheit und Sozialwesen	1 000	1 264	.	1 295	.	.	…	.	.	…
R–U Kunst, Unterhaltung und Erholung; sonstige Dienstleister; Private Haushalte; Exterritoriale Organisationen und Körperschaften	1 000	178	.	181	.	.	…	.	.	…

1 Fortschreibung des Bevölkerungsstandes auf der Basis des Zensus 2011. Die Bevölkerungszahlen ab Mai 2022 werden - voraussichtlich ab Herbst 2023 - auf Basis des Zensus 2022 revidiert.

2 Die Zahlen der natürlichen Bevölkerungsbewegung und der Wanderungen geben den jeweils aktuellen Stand des Monats im noch nicht abgeschlossenen Berichtsjahr wieder. Bis zum Ende des Jahres können Nachmeldungen der Städte und Gemeinden für die einzelnen Monate erfolgen, so dass sich die endgültigen Monatsergebnisse noch ändern können.

3 Nach der Wohngemeinde der Mutter.

4 Ohne Totgeborene; nach der Wohngemeinde der Verstorbenen.

5 Ohne Umzüge innerhalb der Gemeinden.

6 Auswertungen aus der Beschäftigungsstatistik der Bundesagentur für Arbeit. Zahlenwerte vorläufig. Die Bundesagentur für Arbeit hat die Beschäftigungsstatistik revidiert. Dabei wurden unter anderem bei den sozialversicherungspflichtig Beschäftigten neue Personengruppen aufgenommen und neue Erhebungsinhalte eingeführt.

7 Ab März 2021: Einschl. Staatenlose sowie Personen ohne Angabe zur Staatsangehörigkeit.

noch: Bevölkerung und Erwerbstätigkeit	Einheit	Vorjahres-monat	2022							
			Februar	März	April	Mai	Juni	Juli	August	September
Arbeitslose	1 000	241,3	246,3	230,2	217,6	209,6	230,6	238,8	253,0	249,2
darunter Frauen	1 000	112,3	102,7	99,5	97,2	95,0	112,5	117,7	126,0	124,2
Arbeitslosenquote insgesamt [1]	%	*3,2*	*3,3*	*3,0*	*2,9*	*2,8*	*3,1*	*3,2*	*3,4*	*3,3*
Frauen	%	*3,2*	*2,9*	*2,8*	*2,7*	*2,7*	*3,2*	*3,3*	*3,6*	*3,5*
Männer	%	*3,2*	*3,6*	*3,2*	*3,0*	*2,9*	*3,0*	*3,0*	*3,2*	*3,1*
Ausländer [2]	%	*6,7*	*6,9*	*6,5*	*6,1*	*5,8*	*7,9*	*8,3*	*8,8*	*8,8*
Jugendliche	%	*3,0*	*2,3*	*2,2*	*2,1*	*2,0*	*2,4*	*2,8*	*3,6*	*3,3*
Kurzarbeiter	1 000	140,5	192,6	177,6	…	…	…	…	…	…
Gemeldete Stellen [3]	1 000	136,4	146,2	149,5	154,2	157,1	160,7	162,2	163,9	162,7

Öffentliche Sozialleistungen

(Daten der Bundesagentur für Arbeit)

Arbeitslosenversicherung (SGB III – Arbeitsförderung –) [4]										
Anspruchsberechtigte von Arbeitslosengeld I	1 000	129,9	139,9	124,7	115,0	110,0	107,1	108,8	…	…
darunter Leistungsbeziehende von Arbeitslosengeld I	1 000	126,1	135,7	120,6	110,9	105,8	103,1	104,5	…	…
Ausgaben für Arbeitslosengeld I [5]	Mill. Euro	241,9	279,6	281,0	242,6	221,1	213,6	208,6	212,1	222,4

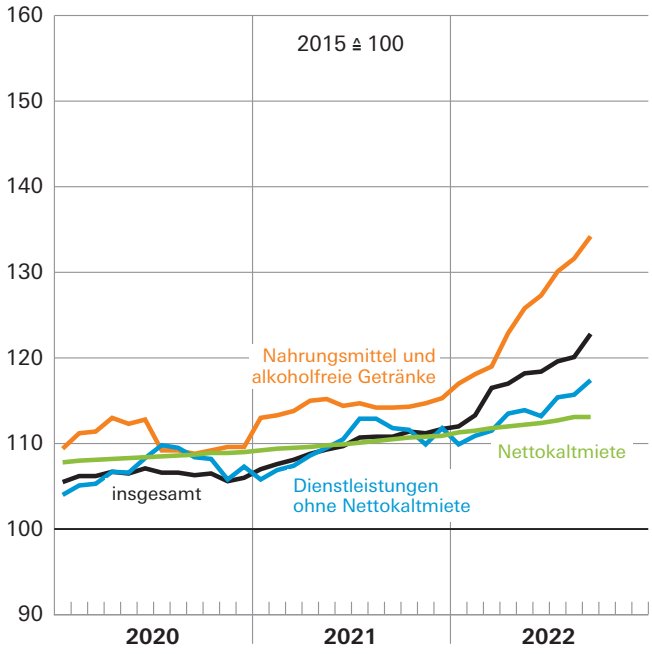
Steuern

Gemeinschaftsteuern										
darunter Steuern vom Einkommen	Mill. Euro	5 867,4	5 176,0	11 436,1	5 178,8	5 319,2	11 999,4	6 376,4	…	…
davon Lohnsteuer	Mill. Euro	4 524,5	4 403,7	4 202,6	4 610,6	4 801,1	4 698,7	4 474,3	…	…
veranlagte Einkommensteuer	Mill. Euro	– 13,5	304,9	4 041,2	83,4	209,6	3 381,3	39,1	…	…
nicht veranlagte Steuern vom Ertrag	Mill. Euro	1 246,7	295,3	1 113,3	247,8	450,2	1 947,7	1 650,1	…	…
Abgeltungsteuer	Mill. Euro	80,2	120,5	130,7	74,4	61,5	24,8	57,3	…	…
Körperschaftsteuer	Mill. Euro	29,5	51,6	1 948,3	162,6	– 203,2	1 946,9	155,6	…	…
Umsatzsteuer (Mehrwertsteuer)	Mill. Euro	2 552,7	4 281,7	1 996,9	2 214,8	2 893,3	2 663,7	2 709,0		
Landessteuern	Mill. Euro	498,3	408,9	605,1	457,3	423,3	553,3	390,0	…	…
darunter Erbschaftsteuer	Mill. Euro	212,1	179,6	259,9	215,3	187,0	216,7	135,4	…	…
Grunderwerbsteuer	Mill. Euro	242,4	197,6	270,0	199,5	201,7	197,4	210,3	…	…
Biersteuer	Mill. Euro	15,4	9,0	9,2	12,1	12,2	11,7	14,8	…	…
Gemeindesteuern [6, 7, 8]	Mill. Euro	.	.	3 620,8	.	.	…	.	.	…
darunter Grundsteuer A	Mill. Euro	.	.	20,1	.	.	…	.	.	…
Grundsteuer B	Mill. Euro	.	.	436,4	.	.	…	.	.	…
Gewerbesteuer (brutto)	Mill. Euro	.	.	3 116,1	.	.	…	.	.	…
Steuereinnahmen des Bundes										
darunter Anteil an den Steuern vom Einkommen [9, 10]	Mill. Euro	2 350,2	1 994,2	4 845,2	2 000,5	1 827,3	5 137,4	2 487,4	…	…
Anteil an der Gewerbesteuerumlage [9, 11]	Mill. Euro	98,5	– 1,3	0,0	120,5	0,0	0,0	120,3	…	…
Steuereinnahmen des Landes										
darunter Anteil an den Steuern vom Einkommen [9, 10]	Mill. Euro	2 350,2	2 024,8	4 845,2	2 000,5	1 773,2	5 137,4	2 487,4	…	…
Anteil an der Gewerbesteuerumlage [9,11,12]	Mill. Euro	133,1	65,0	2,9	166,8	3,7	0,0	166,3	…	…
Steuereinnahmen der Gemeinden/Gv [7, 8, 9]	Mill. Euro	.	.	3 621,0	.	.	…	.	.	…
darunter Anteil an der Lohn- und veranlagter Einkommensteuer [8,13]	Mill. Euro	602,1	624,1	1 166,6	627,7	594,0	1 126,3	554,3	…	…
Anteil an den Steuern vom Umsatz	Mill. Euro	.	.	14,0	.	.	…	.	.	…
Gewerbesteuer (netto) [6, 14]	Mill. Euro	.	.	3 049,3	.	.	…	.	.	…

1 Arbeitslose in Prozent aller zivilen Erwerbspersonen.
2 Ab September 2021: Einschl. Staatenlose sowie Personen ohne Angabe zur Staatsangehörigkeit.
3 Ohne geförderte Stellen.
4 Daten nach Revision.
5 Einschl. Arbeitslosengeld bei beruflicher Weiterbildung.
6 Vierteljährliche Kassenstatistik.
7 Quartalsbeträge (jeweils unter dem letzten Quartalsmonat nachgewiesen).
8 Einschließlich Steueraufkommen der Landkreise.
9 Quelle: Bundesministerium der Finanzen (BMF).
10 März, Juni, September und Dezember: Termin von Vierteljahreszahlungen.
11 April, Juli, Oktober und Dezember: Termin von Vierteljahreszahlungen.
12 Einschließlich Erhöhungsbetrag.
13 Einschließlich Zinsabschlag.
14 Nach Abzug der Gewerbesteuerumlage.

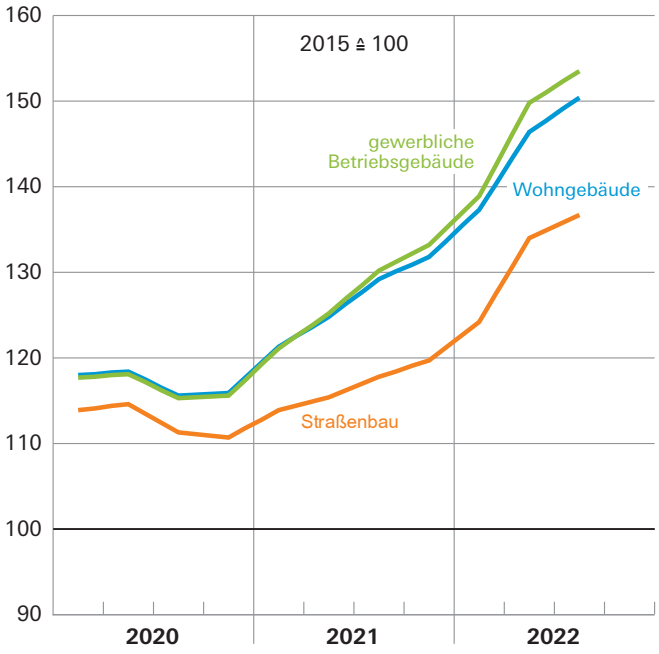
Preise

Verbraucherpreisindex



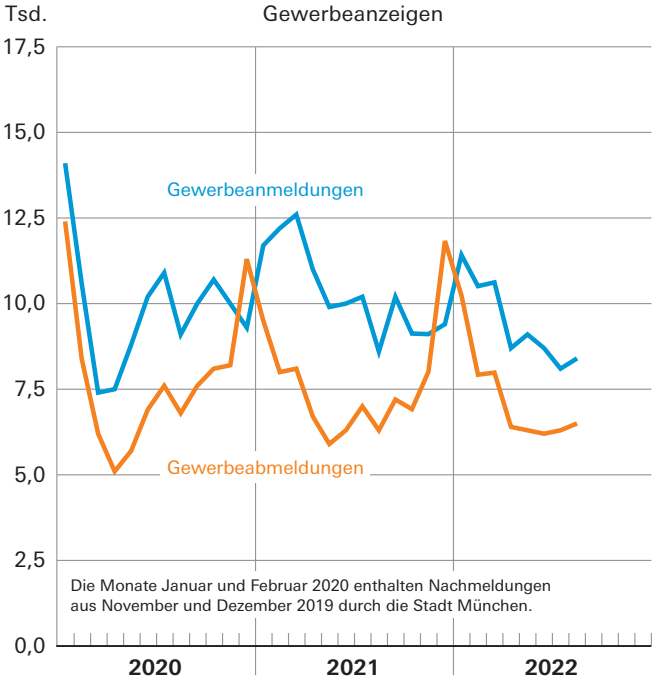
Weitere Informationen und Statistiken zum Thema Verbraucherpreisindex unter: http://q.bayern.de/vpi

Baupreisindex



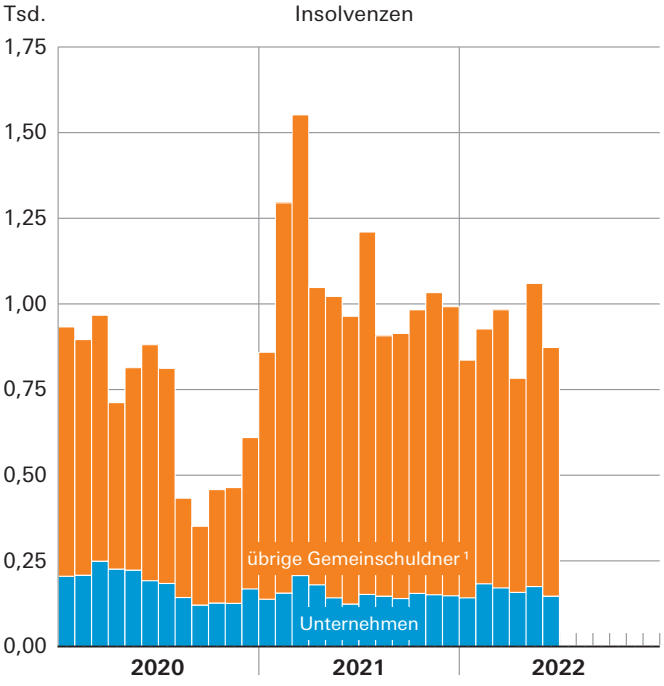
Weitere Informationen und Statistiken zum Thema Baupreisindex unter: http://q.bayern.de/bpi

Gewerbeanzeigen



Weitere Informationen und Statistiken zum Thema Gewerbeanzeigen unter: http://q.bayern.de/gewerbeanzeigen

Insolvenzen



Weitere Informationen und Statistiken zum Thema Insolvenzen unter: http://q.bayern.de/insolvenzen

1 Einschließlich Verbraucherinsolvenzen.

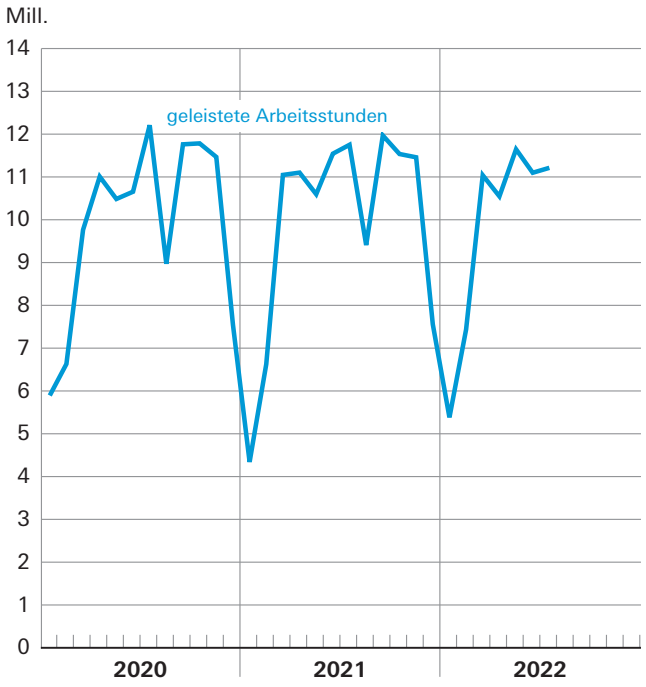
Verarbeitendes Gewerbe[1]

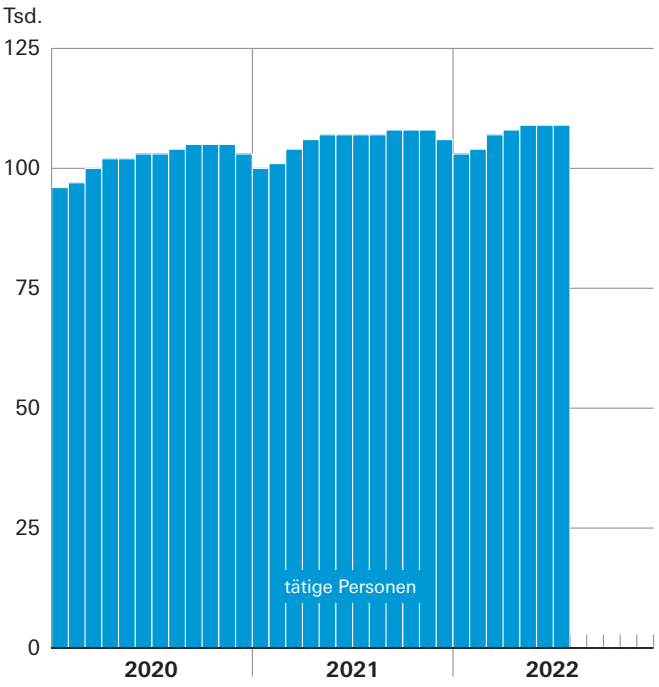


Weitere Informationen und Statistiken
zum Thema Verarbeitendes Gewerbe
unter: http://q.bayern.de/verarbeitendesgewerbe

1 Sowie Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden; nur Betriebe mit 50 oder mehr Beschäftigten. 2 Einschließlich Energie.

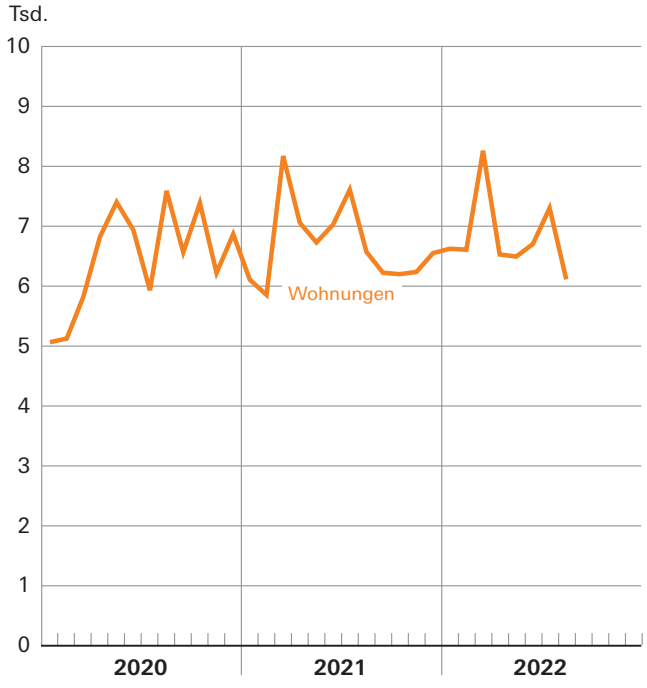
Bauhauptgewerbe

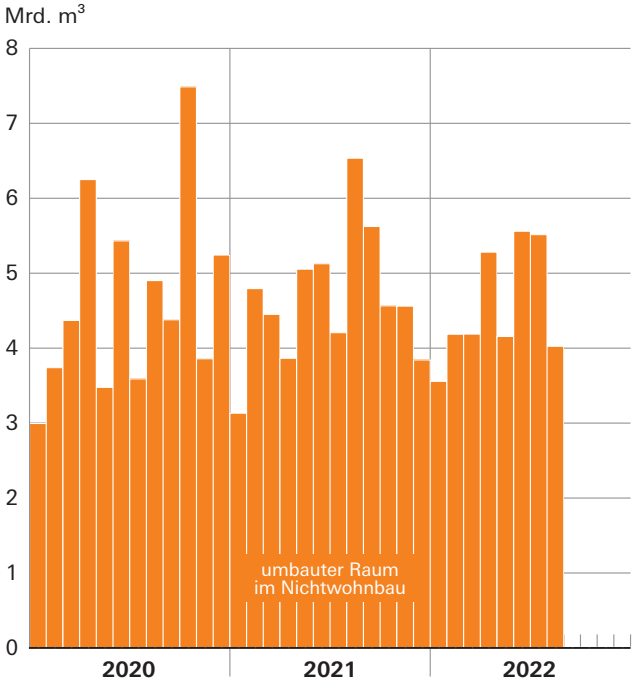




Weitere Informationen und Statistiken
zum Thema Baugewerbe
unter: http://q.bayern.de/baugewerbe

Baugenehmigungen



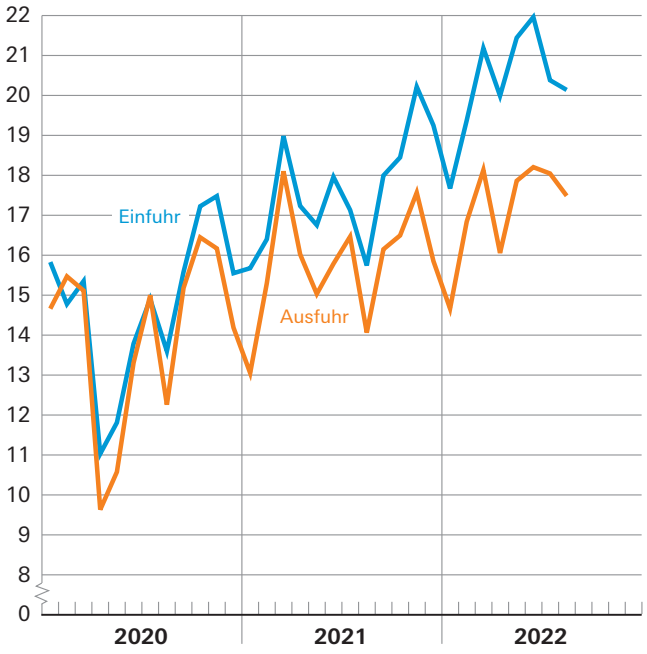


Weitere Informationen und Statistiken
zum Thema Baugenehmigungen
unter: http://q.bayern.de/bautaetigkeit

Handel und Gastgewerbe

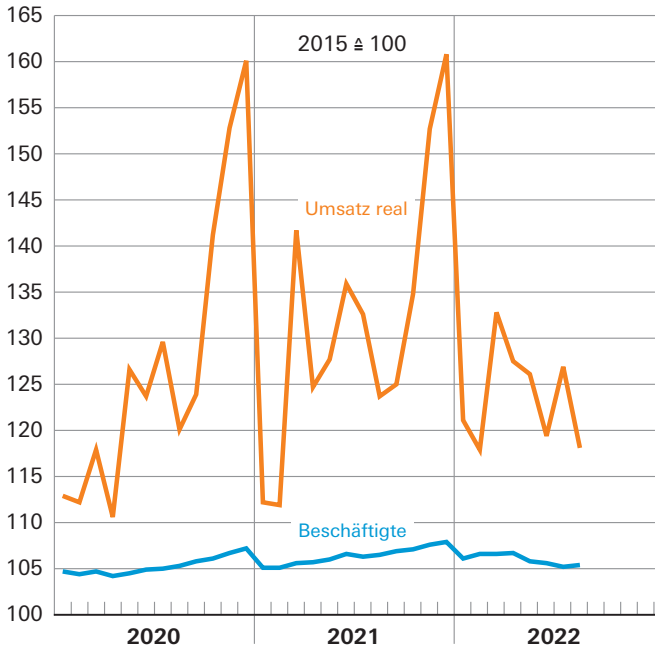
Mrd. €

Außenhandel



Weitere Informationen und Statistiken zum Thema Außenhandel unter: http://q.bayern.de/aussenhandel

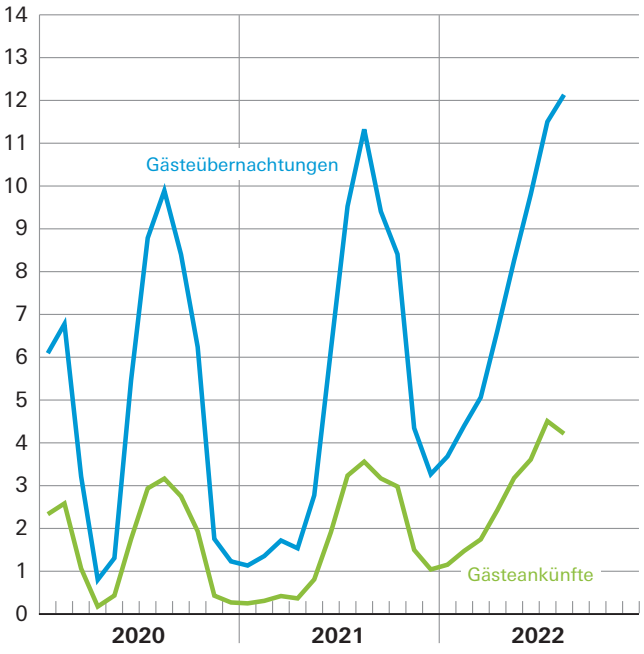
Einzelhandel



Weitere Informationen und Statistiken zum Thema Einzelhandel unter: http://q.bayern.de/binnenhandel

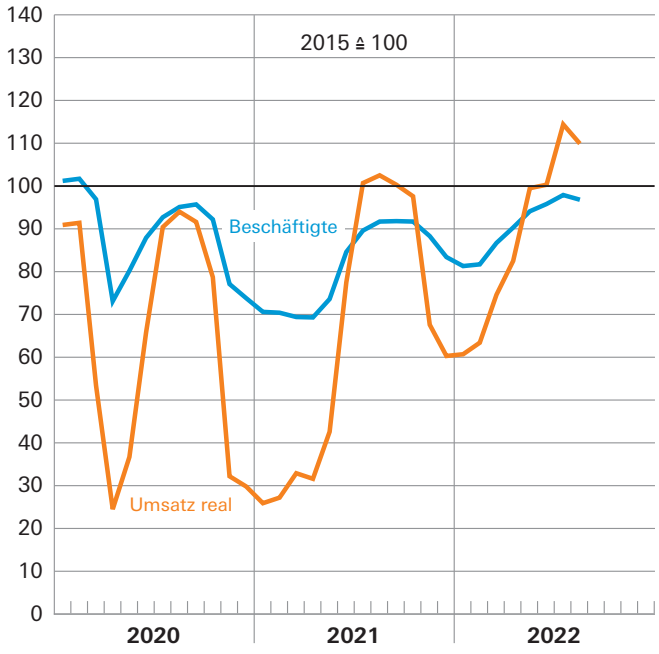
Mill.

Tourismus



Weitere Informationen und Statistiken zum Thema Tourismus unter: http://q.bayern.de/fremdenverkehr

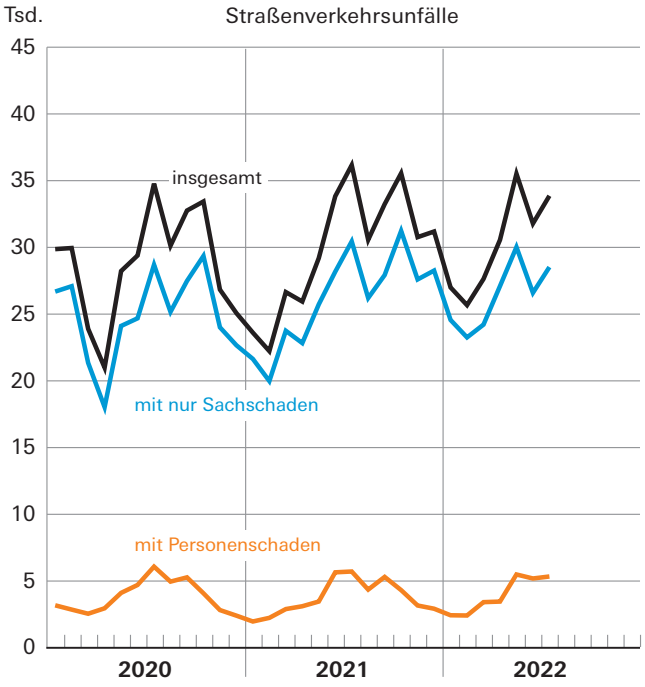
Gastgewerbe



Weitere Informationen und Statistiken zum Thema Gastgewerbe unter: http://q.bayern.de/gastgewerbe

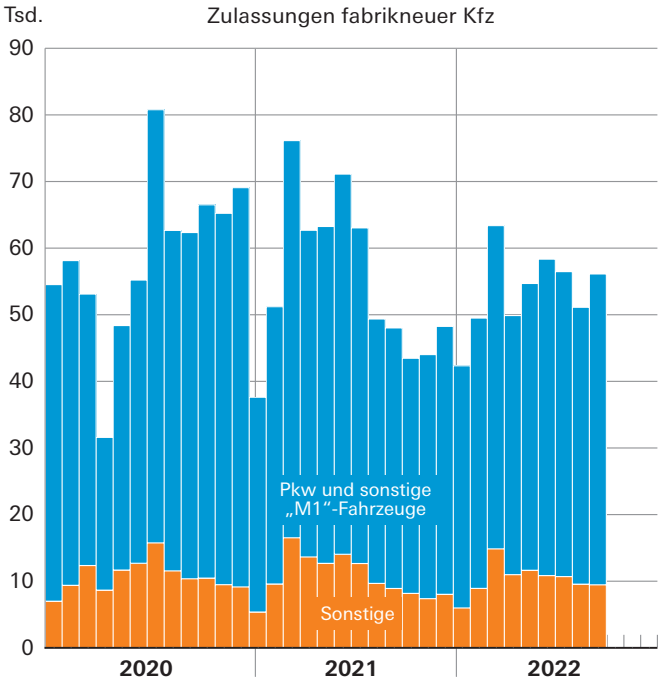
Verkehr

Straßenverkehrsunfälle



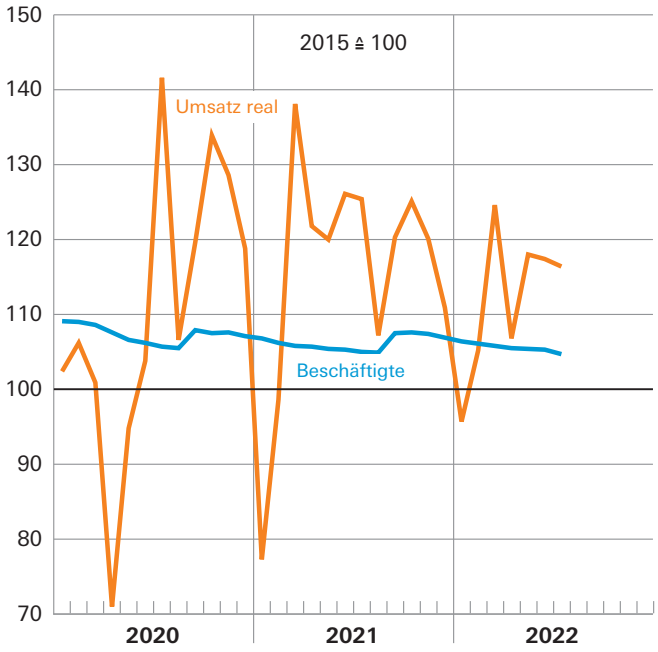
Weitere Informationen und Statistiken zum Thema Straßenverkehrsunfälle unter: http://q.bayern.de/unfaelle

Zulassungen fabrikneuer Kfz



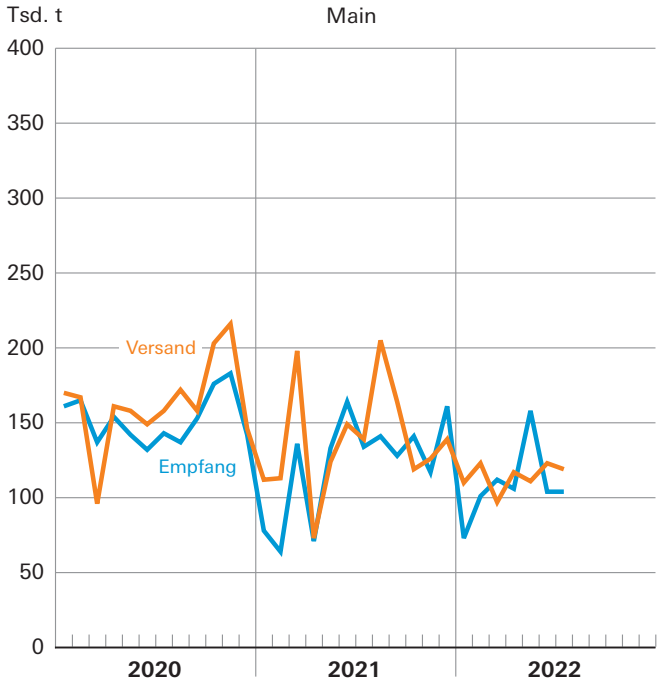
Weitere Informationen und Statistiken zum Thema Kfz-Zulassungen unter: http://q.bayern.de/zulassungen

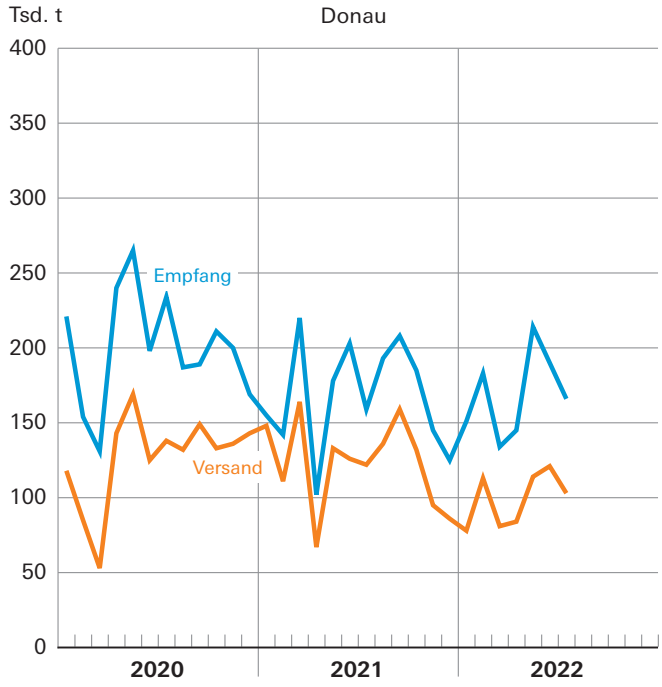
Kraftfahrzeughandel



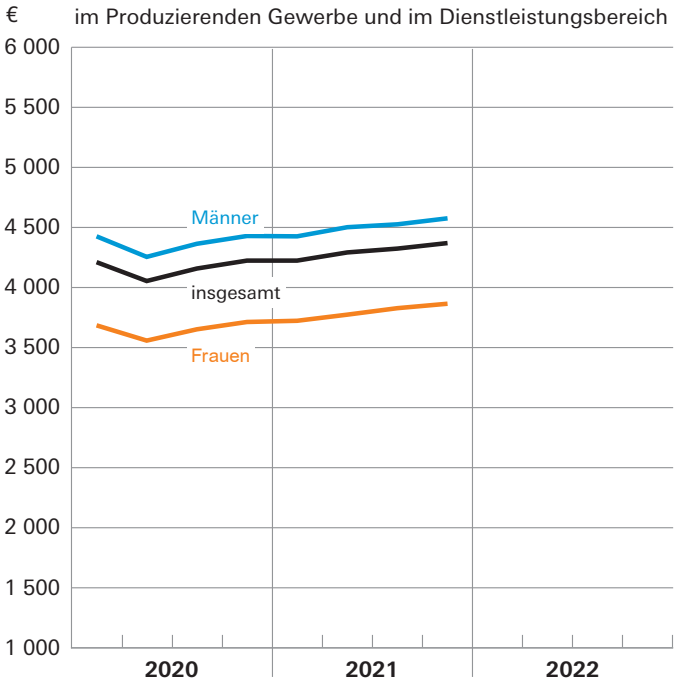
Weitere Informationen und Statistiken zum Thema Einzelhandel unter: http://q.bayern.de/kfz-handel

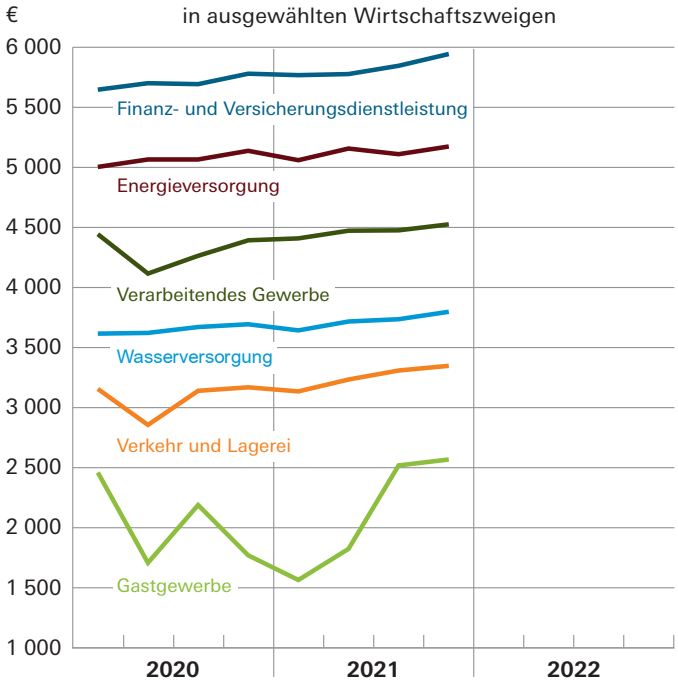
Binnenschifffahrt





Bruttomonatsverdienste der vollzeitbeschäftigten Arbeitnehmer



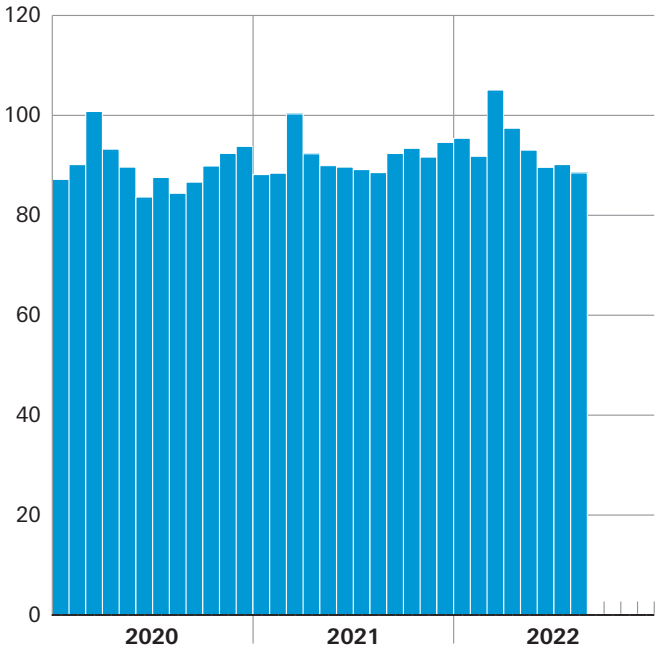


Weitere Informationen und Statistiken zum Thema Verdienste unter: http://q.bayern.de/verdienste

Landwirtschaft

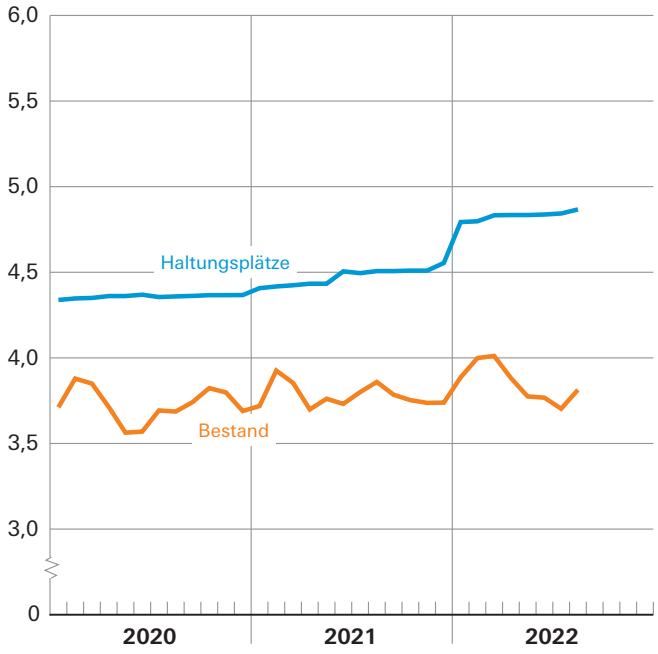
Mill.

Erzeugte Eier



Mill.

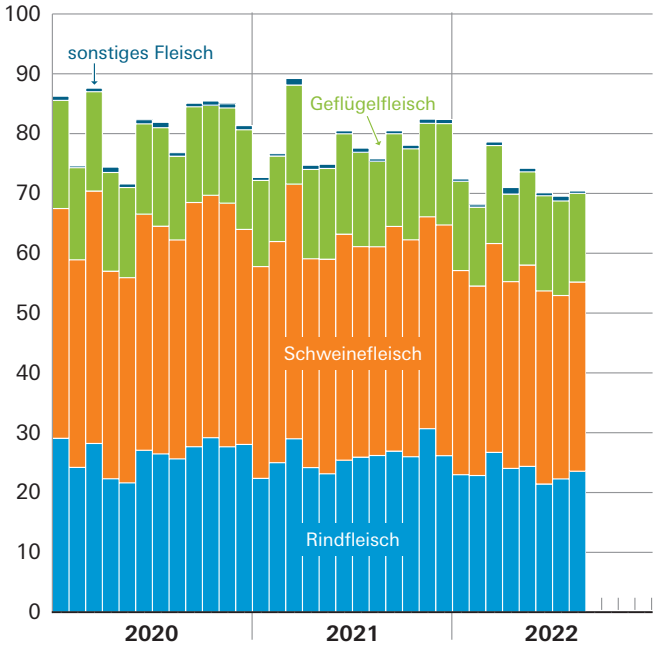
Legehennenhaltung



Weitere Informationen und Statistiken zum Thema Landwirtschaft unter: http://q.bayern.de/tiererzeugnisse

Tsd. t

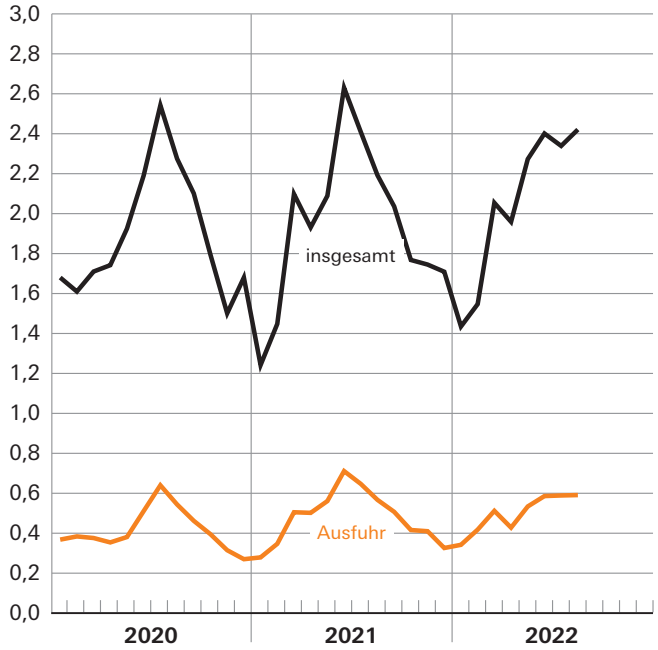
Schlachtmenge



Weitere Informationen und Statistiken zum Thema Schlachtmengen unter: http://q.bayern.de/tiererzeugnisse

Mill. hl

Bierabsatz

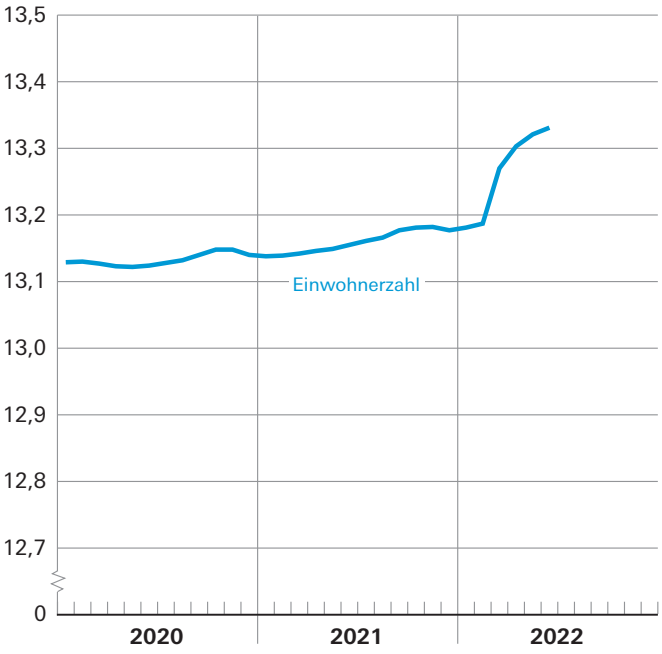


Aus: Statistisches Bundesamt, Fachserie 14, Reihe 9.2.1: Finanzen und Steuern, Absatz von Bier
http://q.bayern.de/bierabsatz

Bevölkerung

Mill.

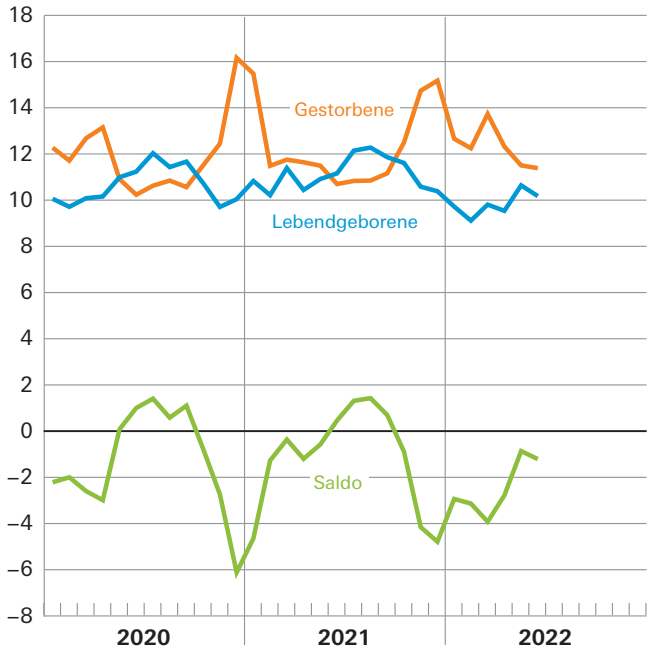
Bevölkerungsstand



Weitere Informationen und Statistiken zum Thema Bevölkerung unter: http://q.bayern.de/bevoelkerung

Tsd.

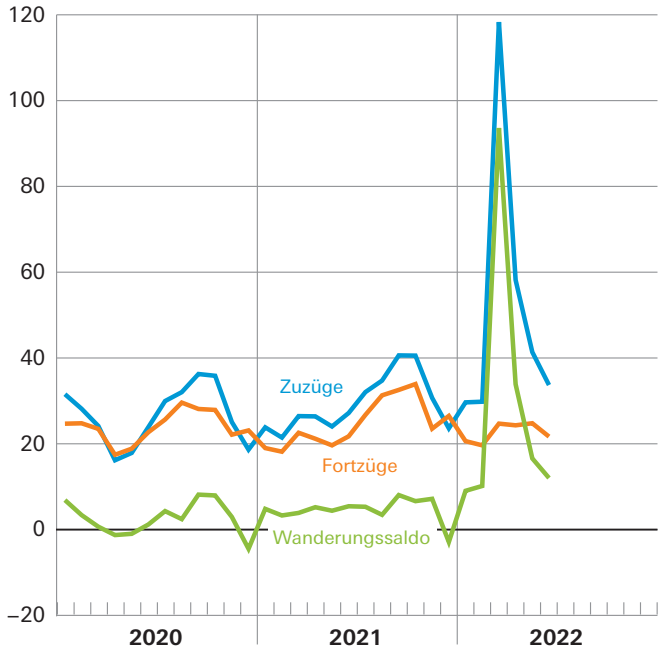
Natürliche Bevölkerungsbewegung[1]



Weitere Informationen und Statistiken zum Thema natürliche Bevölkerungsbewegung unter: http://q.bayern.de/bewegungen

Tsd.

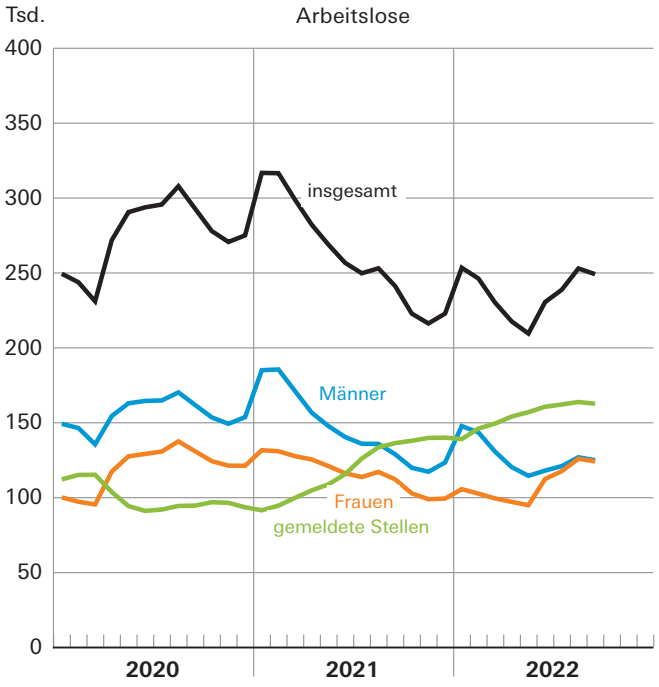
Außenwanderung[1]

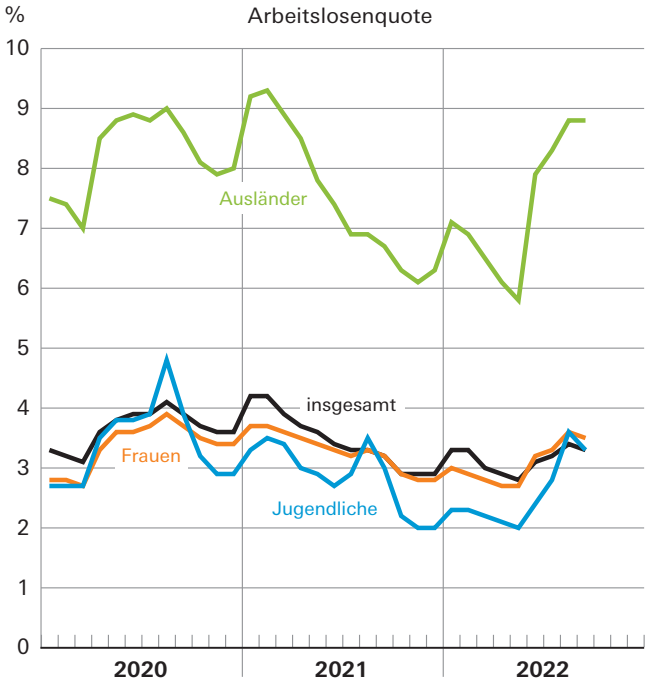


Weitere Informationen und Statistiken zum Thema Wanderungen unter: http://q.bayern.de/wanderungen

1 Die Zahlen der natürlichen Bevölkerungsbewegung und der Wanderungen geben den jeweils aktuellen Stand des Monats im noch nicht abgeschlossenen Berichtsjahr wieder. Bis zum Ende des Jahres können Nachmeldungen der Städte und Gemeinden für die einzelnen Monate erfolgen, so dass sich die endgültigen Monatsergebnisse noch ändern können.

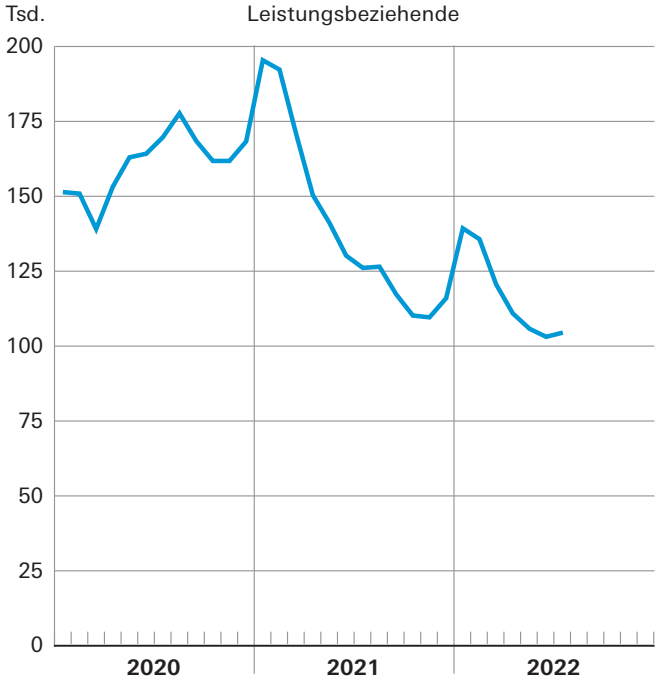
Arbeitsmarkt

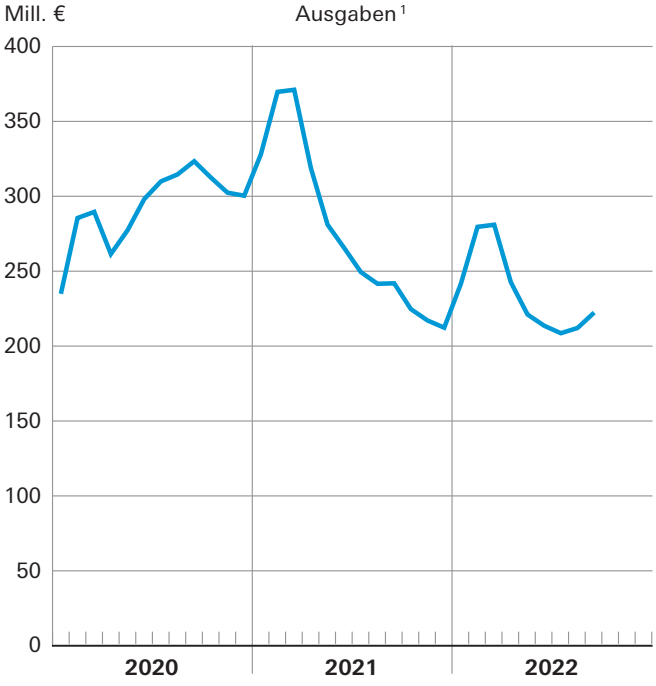




Weitere Informationen und Statistiken zum Thema Arbeitsmarkt unter: http://q.bayern.de/erwerbstaetigkeit

Arbeitslosengeld I



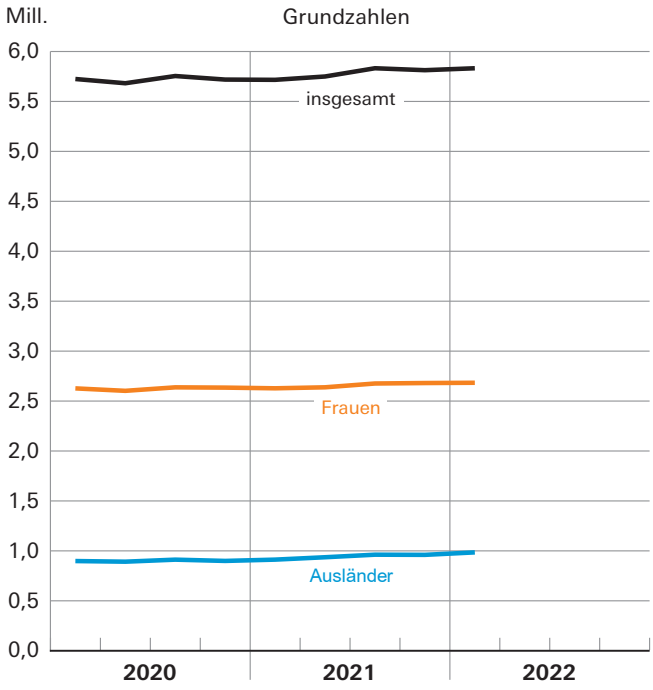


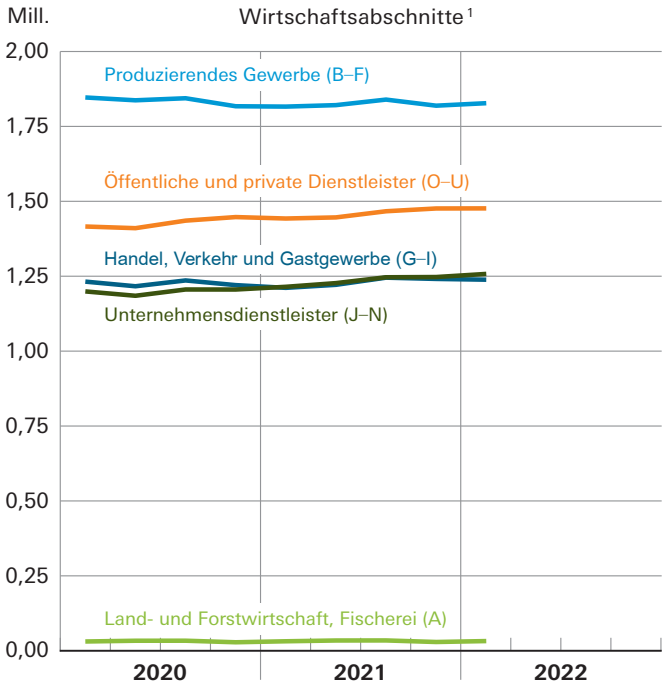
Weitere Informationen und Statistiken zum Thema Leistungsbeziehende unter: http://q.bayern.de/leistungsbeziehende

Weitere Informationen und Statistiken zum Thema Sozialausgaben unter: http://q.bayern.de/sozialhilfeausgaben

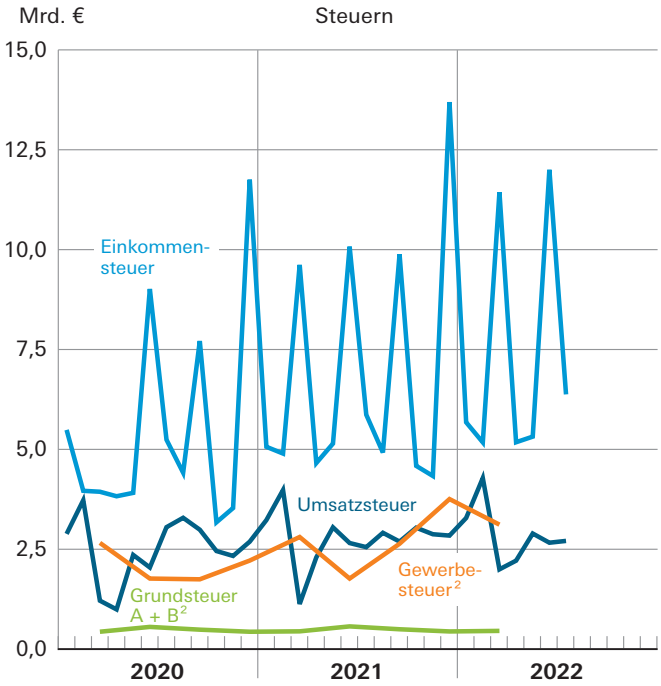
1 Ab 2016 inklusive Arbeitslosengeld bei beruflicher Weiterbildung.

Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte am Arbeitsort





Weitere Informationen und Statistiken zum Thema Beschäftigte unter: http://q.bayern.de/erwerbstaetigkeit



Weitere Informationen und Statistiken zum Thema Steuern unter: http://q.bayern.de/steuern

1 Klassifikation der Wirtschaftszweige, Ausgabe 2008 (WZ 2008); in Klammern WZ-Code (vgl. Statistischer Bericht A6501C). 2 Quartalswerte.

Statistische Berichte

Bevölkerung
- Einwohnerzahlen am 30. Juni 2022
  Gemeinden, Kreise und Regierungsbezirke in Bayern
  Basis: Zensus 2011
- Auswirkungen der Corona-Pandemie
  auf die Sterblichkeit in Bayern
  von Januar 2016 bis August 2022

Bildung
- Realschulen, Realschulen zur sonderpädagogischen Förderung und Abendrealschulen in Bayern
  Stand: Oktober 2021
- Promovierende an Hochschulen in Bayern

Viehwirtschaft
- Viehbestände in Bayern 2022
  Viehzählung im Mai

Gewerbeanzeigen
- Gewerbeanzeigen in Bayern im September 2022

Produzierendes Gewerbe
- Verarbeitendes Gewerbe in Bayern im August 2022
  (sowie Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden)
- Index der Produktion für das Verarbeitende Gewerbe in Bayern im August (sowie Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden)
  Basisjahr 2015
- Index des Auftragseingangs für das Verarbeitende Gewerbe in Bayern im August
  Basisjahr 2015

Baugewerbe
- Bauhauptgewerbe in Bayern im August 2022

Energieversorgung
- Energiewirtschaft in Bayern
  Teil I: Monatsergebnisse – 2. Quartal 2022

Handel
- Umsatz und Beschäftigte im bayerischen Einzelhandel im August 2022
- Umsatz und Beschäftigte im bayerischen Einzelhandel im Juli 2022
- Umsatz und Beschäftigte im bayerischen Kraftfahrzeughandel und Großhandel im Juli 2022
- Umsatz und Beschäftigte im bayerischen Kraftfahrzeughandel und Großhandel im Juni 2022
- Ausfuhr und Einfuhr Bayerns im August 2022

Tourismus, Gastgewerbe
- Tourismus in Bayern im August 2022
- Umsatz und Beschäftigte im bayerischen Gastgewerbe im August 2022
- Umsatz und Beschäftigte im bayerischen Gastgewerbe im Juli 2022

Schiffsverkehr
- Binnenschifffahrt in Bayern im Juli 2022

Sozialleistungen
- Kinder- und Jugendhilfe in Bayern 2021

Steuern
- Bezirks- und Kreisumlagen, Schlüsselzuweisungen, Steuer- und Finanzkraft

Preise und Preisindizes
- Verbraucherpreisindex für Bayern
  Monatliche Indexwerte
  von Januar 2015 bis September 2022
- Verbraucherpreisindex für Deutschland
  im September 2022
- Preisindizes für Bauwerke in Bayern im August 2022

Arbeitskosten
- Arbeitskosten im Produzierenden Gewerbe und im Dienstleistungsbereich in Bayern 2020
  Ergebnisse der EU-Arbeitskostenerhebung 2020

Verzeichnisse

- Einrichtungen der Erwachsenenbildung in Bayern
  Stand: 31. Dezember 2020
- Einrichtungen der Erwachsenenbildung in Bayern
  Stand: 31. Dezember 2019

Publikationsservice

Das Bayerische Landesamt für Statistik veröffentlicht jährlich über 400 Publikationen. Das Veröffentlichungsverzeichnis ist im Internet als Datei verfügbar, kann aber auch als Druckversion kostenlos zugesandt werden.

Kostenlos
ist der Download der meisten Veröffentlichungen, zum Beispiel von Statistischen Berichten (PDF- oder Excel-Format).

Kostenpflichtig
sind alle Printversionen (auch von Statistischen Berichten), Datenträger und ausgewählte Dateien (zum Beispiel von Verzeichnissen, von Beiträgen, vom Jahrbuch).

Publikationsservice
Alle Veröffentlichungen sind im Internet verfügbar unter
www.statistik.bayern.de/produkte

Aktuelle Veröffentlichungen unter q.bayern.de/produkte

Statistisches Jahrbuch für Bayern 2022

Bayern Daten 2022



Das **Statistische Jahrbuch für Bayern** ist das Standardwerk der amtlichen Statistik in Bayern seit 1894. Darin zusammengestellt sind jährlich aktuelle Statistikdaten über Land, Leben, Leute, Politik, Wissenschaft und Wirtschaft in Bayern.

Auf 745 Seiten enthält es die wichtigsten Ergebnisse aller amtlichen Statistiken – in Form von Tabellen, Graphiken oder Karten – zum Teil mit langjährigen Vergleichsdaten und Zeitreihen.

Ebenso enthalten sind ausgewählte wichtige Strukturdaten für Regierungsbezirke, kreisfreie Städte und Landkreise sowie Regionen Bayerns, für Bund und Länder sowie die EU-Mitgliedstaaten.

Die Auswirkungen der Corona-Pandemie sind in ausgewählten Sonderstatistiken dargestellt, wodurch die ersten drei Wellen der Pandemie vollständig abgebildet werden.

Buch 39,00 € | Buch + DVD 46,00 €
PDF (DVD oder Datei) 12,00 €

Die **Bayern Daten** sind ein Auszug aus dem Statistischen Jahrbuch und enthalten auf über 30 Seiten die wichtigsten bayerischen Strukturdaten aus Wirtschaft, Gesellschaft und Politik in Tabellen und Graphiken.

Heft und Datei kostenlos

Bayerisches Landesamt für Statistik – Vertrieb, Nürnberger Straße 95, 90762 Fürth
Telefon 0911 98208-6311 | Telefax 0911 98208-6638 | vertrieb@statistik.bayern.de